



40. Sitzung

Mittwoch, 7. September 2016

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsidentin Christiane Schneider

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	2695	Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP Dr. Alexander Wolf AfD Dora Heyenn fraktionslos Dr. Ludwig Flocken fraktionslos Ties Rabe, Senator	2700, 2708 2701, 2709 2702 2703 2704
Gedenkworte und Schweigeminute zum Tod von Henning Voscherau am 23. August 2016.	2695	CDU-Fraktion: Tempo 30, Fahrverbote, Parkplatzvernichtung: Grüne Verkehrsideologie schadet der Mobilität in Hamburg	
Aktuelle Stunde	2695	(Fortführung am 8. September 2016)	
SPD-Fraktion: Hamburgs Schulen starten bestens gerüstet in das neue Schuljahr: Höchstzahlen bei Ganztagsanmeldungen, Schülerinnen und Schülern, Pädagoginnen und Pädagogen mit		GRÜNE Fraktion: Mehr Geld für Hamburgs Grün: Wir machen die Stadt noch attraktiver (Fortführung am 8. September 2016)	
FDP-Fraktion: Start ins Schuljahr: Rabes Schulpolitik braucht dringend eine Generalüberholung Barbara Duden SPD Karin Prien CDU Dr. Stefanie von Berg GRÜNE Sabine Boeddinghaus DIE LINKE	2696 2697, 2706 2698 2699, 2707	Fraktion DIE LINKE: OSZE/G20 werfen sicherheitspolitisch ihre Schatten voraus (Fortführung am 8. September 2016)	
		AfD-Fraktion:	

Brennpunkt Jungfernstieg: Hamburg wieder sicher machen!		Mehr Schutz, Selbstbestimmung und verbesserte Rahmenbedingungen für Prostituierte – Der Senat muss die Umsetzung eines Prostituiertenschutzgesetzes auf Bundesebene unterstützen (Antrag der CDU-Fraktion) und Selbstbestimmungsrechte und Schutz von Prostituierten stärken – Runden Tisch Prostitution einsetzen (Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD)	
(Fortführung am 8. September 2016)		– Drs 21/5618 –	2724
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Mareike Engels GRÜNE	2724
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde	2709	Annkathrin Kammeyer SPD	2726
– Drs 21/1466 –		Franziska Grunwaldt CDU	2727
und		Cansu Özdemir DIE LINKE	2728
		Jennyfer Dutschke FDP	2729
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Dr. Bernd Baumann AfD	2729
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung	2709		
– Drs 21/2316 –			
Ergebnis	2724	Beschlüsse	2730
Senatsantrag:		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018, Mittelfristiger Finanzplan 2016-2020 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2017/2018 der Freien und Hansestadt Hamburg	2710	Mietpreisbremse, aber richtig!	2730
– Drs 21/5000 –		– Drs 21/5672 –	
Dr. Peter Tschentscher, Senator	2710	dazu	
Thilo Kleibauer CDU	2712	Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Jan Quast SPD	2714	Mietpreisbremse zeigt erste Wirkung – Mieterinnen und Mieter bei der Anwendung des Gesetzes unterstützen, Evaluation durchführen	2730
Farid Müller GRÜNE	2716	– Drs 21/5854 –	
Norbert Hackbusch DIE LINKE	2718	Heike Sudmann DIE LINKE	2730, 2737
Jennyfer Dutschke FDP	2720	Dirk Kienscherf SPD	2732
Dr. Jörn Kruse AfD	2722	Jörg Hamann CDU	2734
im Vorwege überwiesen an die Fachausschüsse	2724	Olaf Duge GRÜNE	2735
		Jens Meyer FDP	2736
		Dr. Bernd Baumann AfD	2737
Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksachen 21/3851 und 21/4048:		Beschlüsse	2738
		Große Anfrage der FDP-Fraktion:	
		Hamburgs Unternehmensbeteiligungen – Welche Unternehmen besitzt die Stadt und wie gut werden sie gesteuert?	2739
		– Drs 21/4972 –	

mit

Antrag der Fraktionen der SPD und
der GRÜNEN:

**Hamburger Beteiligungsver-
waltung gut aufstellen und die
Empfehlungen des Rechnungs-
hofes umsetzen**

– Drs 21/5113 – 2739

Michael Kruse FDP 2739

Markus Schreiber SPD 2741

Thilo Kleibauer CDU 2742, 2746

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE 2744

Norbert Hackbusch DIE LINKE 2745

Andrea Oelschläger AfD 2746

Beschlüsse 2747

Antrag der AfD-Fraktion:

**Öffentlichkeit über Abstim-
mungsverhalten im Bundesrat
informieren**

– Drs 21/5423 – 2747

dazu

Antrag der Fraktionen der SPD und
GRÜNEN:

**Öffentlichkeit über Abstim-
mungsverhalten im Bundesrat
informieren**

– Drs 21/5855 – 2747

Dr. Jörn Kruse AfD 2747

Olaf Steinbiß SPD 2748

Richard Seelmaecker CDU 2748

Farid Müller GRÜNE 2749

Martin Dolzer DIE LINKE 2749

Michael Kruse FDP 2750

Dr. Alexander Wolf AfD 2750

Heike Sudmann DIE LINKE 2752

Beschlüsse 2753

Antrag der CDU-Fraktion:

**Besserer Schutz von Minder-
jährigen vor Eheschließungen
im Kindes- und Jugendalter**

– Drs 21/5699 – 2753

Beschlüsse 2753

Beginn: 15.04 Uhr

Präsidentin Carola Veit:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

"Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst."

Dieser Satz, meine Damen und Herren, hätte auch von Henning Voscherau stammen können. Er ist heute vor zwei Wochen verstorben, und wir trauern um einen erfolgreichen Bürgermeister, einen gewichtigen, langjährigen Fraktionsvorsitzenden, der das Wohl unserer Vaterstadt stets an die erste Stelle seines persönlichen und politischen Handelns gestellt hat. Nicht Ruhm, Ehre und persönliche Bereicherung standen für ihn im Vordergrund, sondern stets das Wohl und Wehe seiner, unserer Vaterstadt. Deshalb schmerzt uns der Verlust weit über die Parteigrenzen hinweg.

Hier vorn war sein Platz in unserem Hause. Naturgemäß hat er dort für die Position der sozialdemokratischen Sache gestritten und Mehrheiten organisiert, wo es erforderlich war. Das bringt der Job eines Vorsitzenden der Mehrheitsfraktion so mit sich. Aber er hat beileibe nicht alles hingenommen, wenn er es für falsch hielt, und er war wohl der bisher einzige Vorsitzende einer Regierungsfraktion, der sogar einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss gegen den eigenen Senat durchgesetzt hat, weil er damals Informationen darüber hatte, dass bei der Stadtreinigung nicht alles mit rechten Dingen zugeht. Das hat es vor und nach ihm nie wieder gegeben.

Henning Voscherau war als Fraktionsvorsitzender ein entschiedener Verfechter und Vertreter der Gewaltenteilung. Die Judikative war sein täglich Brot als Notar. Er respektierte sie, auch wenn er sich manchmal über Entscheidungen der Gerichte die Haare raufte. Den Senat, die zweite Gewalt im Staate, sah er oft kritisch, und die Rolle der ersten Gewalt des von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Parlaments verteidigte er als SPD-Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender notfalls mit Zähnen und Klauen. Und darauf gründete sich, glaube ich, auch der Respekt, den ihm durchaus auch Vertreter der anderen Parteien und Fraktionen entgegenbrachten. Und das galt auch fort, nachdem er nicht mehr Bürgermeister war.

Ja, es stimmt, er hat damals auch richtungweisende Entscheidungen ohne vorherige Beteiligung des Parlaments eingeleitet, was heute in Zeiten größtmöglicher Transparenz und Beteiligung vielleicht auch gar nicht mehr so möglich wäre.

Die Entwicklung der Hafencity zum Beispiel, eine Idee, die sicherlich auch noch andere Väter hatte,

aber Henning Voscherau hat die Voraussetzungen geschaffen, unser neues Stadtviertel auch wirklich zu bauen. Voscherau hatte Visionen und er hat sie umgesetzt, Hafencity, Hafenerweiterungen, Altkirchwerder, der gewaltige Ausbau von Airbus in Finkenwerder, das sind nur einige Beispiele.

Aber neben diesen großen Themen waren ihm stets auch die kleinen wichtig, übrigens auch die, die er nicht selbst entwickelt hatte. In seiner Zeit als Bürgermeister wurde zum Beispiel in Hamburg die Verlässliche Halbtagsgrundschule eingeführt, ein Modell, das später in der ganzen Republik kopiert wurde. Dass er versuchte, stets selbst möglichst alles genau und haarklein zu eruiieren, dass er, statt sich auf sogenannte Fachleute zu verlassen, selbst bis zum Rande der völligen Erschöpfung arbeitete, ist Legende.

Man konnte dieser Tage wieder nachlesen, dass zu seiner Zeit im Rathaus oft noch nach Mitternacht das Licht brannte, weil der Chef Akten studierte. Eine Haltung, die er übrigens auch seinem Umfeld dringend empfahl. Von seinem damaligen Fahrer ist überliefert, dass der Chef oft die kurze Zeit zwischen zwei Terminen zu einem Zehnminutenschlaf nutzte, um dann nach dem Verzehr einer Banane auch gleich wieder fit zu sein.

Meine Damen und Herren! Vielen meiner Generation war und bleibt Henning Voscherau ein Vorbild, und ich glaube, wir können ihm gemeinsam Respekt und Anerkennung erweisen für das, was er für unsere Vaterstadt getan hat. Bitte lassen Sie uns einen Augenblick im Andenken an Henning Voscherau schweigen. – Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Meine Damen und Herren! Bevor wir nun gleich zur Aktuellen Stunde kommen, habe ich Ihnen noch einige einvernehmliche Abweichungen von der Empfehlung des Ältestenrats mitzuteilen. Zunächst sind die Fraktionen übereingekommen, die für heute angemeldeten Debatten zu den Tagesordnungspunkten 18 und 62 zu einer Debatte zusammenzufassen. Wir werden also nachher die Drucksachen 21/4972 und 21/5113 gemeinsam als vierten Debattenpunkt aufrufen. Darüber hinaus wird Tagesordnungspunkt 6, das ist die Wahl eines vertretenden Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts, einvernehmlich vertagt. Und ich teile Ihnen sehr gern noch mit, dass zu Tagesordnungspunkt 81 unserer Tagesordnung die FDP-Fraktion ihren Antrag zurückgenommen hat.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind wie immer sechs Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

(Präsidentin Carola Veit)

Hamburgs Schulen starten bestens gerüstet in das neue Schuljahr: Höchstzahlen bei Ganztagsanmeldungen, Schülerinnen und Schülern, Pädagoginnen und Pädagogen

von der CDU-Fraktion

Tempo 30, Fahrverbote, Parkplatzvernichtung: Grüne Verkehrsideologie schadet der Mobilität in Hamburg

von der GRÜNEN Fraktion

Mehr Geld für Hamburgs Grün: Wir machen die Stadt noch attraktiver

von der Fraktion DIE LINKE

OSZE/G20 werfen sicherheitspolitisch ihre Schatten voraus

von der FDP-Fraktion

Start ins Schuljahr: Rabes Schulpolitik braucht dringend eine Generalüberholung

und von der AfD-Fraktion

Brennpunkt Jungfernstieg: Hamburg wieder sicher machen!

Das erste und das fünfte Thema wollen wir gemeinsam debattieren. Zu dieser Debatte rufe ich nun auf. – Frau Duden von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

Barbara Duden SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Sommerpause ist vorbei. Das gilt nicht nur für Hamburgs Parlamentarier, die sich zur ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammenfinden, das gilt auch für Hamburgs Schülerinnen und Schüler. 251 000 Schülerinnen und Schüler beginnen mit dem neuen Schuljahr. Seit gestern sind 16 000 Erstklässler eingeschult, und 15 000 Fünftklässler lernen seit Anfang der Woche ihre neuen Schulen kennen. Hamburgs Schulen sind auch mit Blick auf die erneut gestiegenen Schülerzahlen gut aufgestellt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mehr Schülerinnen und Schüler brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer. 728 Vollzeitstellen sind dafür geschaffen worden, um weiterhin kleine Klassen und gute Unterrichtsqualität für alle Schülerinnen und Schüler zu garantieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Man konnte in den vergangenen Tagen in Hamburgs Tageszeitungen viele junge und engagierte neu eingestellte Lehrerinnen und Lehrer sehen, viele von ihnen selbst mit einem Migrationshintergrund. Das begrüßen wir ausdrücklich, und wir wünschen ihnen allen viel Freude und Engagement bei ihrer neuen Tätigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Alle 203 Hamburger Grundschulen haben ein Ganztagsangebot. Über 80 Prozent aller Schülerinnen und Schüler besuchen den Ganzttag an Grundschulen. Diese Zahl zeigt sehr eindrucksvoll, dass Hamburgs Eltern dieses Angebot akzeptieren und annehmen. Es ermöglicht den Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Zahl zeigt aber auch sehr eindrucksvoll, dass es richtig und wichtig war, das Ganztagsangebot weiterhin in großem Tempo auszubauen. Die mit der Volksinitiative Guter Ganzttag vereinbarten Einigungen werden das Angebot weiterhin qualitativ verbessern. Wir haben gemeinsam vereinbart, einen Ganztagsfonds mit 25 Millionen Euro auszustatten, um Kantinen und Räume an Schulen an die neuen Anforderungen anzupassen und sie schrittweise zu verbessern. Und wir werden in den nächsten Jahren 17 Millionen Euro für mehr Personal bereitstellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

All das gehört zum Start ins neue Schuljahr.

Die Zahlen von Schülerinnen und Schülern mit Fluchthintergrund sind auf 7 800 Schülerinnen und Schüler gestiegen. Hamburgs Schulsystem stellt sich auch dieser Aufgabe. Circa 1 500 Schülerinnen und Schüler in Erstaufnahmeeinrichtungen werden unterrichtet, rund 3 300 Schülerinnen und Schüler in besonderen Vorbereitungsklassen und circa 3 100 Schülerinnen und Schüler in Berufsschulen. Hier ist der Schwerpunkt eindeutig der Spracherwerb, denn Zugang zur Bildung ist für uns der Baustein für eine gelungene Integration.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben zu dieser Problematik in der Vergangenheit in der Bürgerschaft die eine oder andere Debatte geführt, deshalb will ich dieses Thema nur kurz streifen. Auch hier beim Spracherwerb, bei der Integration dieser 7 800 Schülerinnen und Schüler, ist das Engagement von Schulen, Lehrkräften und Mitschülern sehr beeindruckend. Das will ich noch einmal ausdrücklich bekräftigen, weil Sie gleich nach mir mehrfach hören werden, wie schlecht alles ist und dass alles nicht genug ist.

(Dennis Thering CDU: Ist es ja auch! – André Trepoll CDU: Sie wissen also, wie schlecht es steht!)

Und ich will auch noch einmal betonen, dass die dafür benötigten 560 Stellen nicht zulasten von Regelklassen gehen. Damit dies alles auf hohem Niveau bleibt, gehört weiterhin eine Weiterqualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte dazu, damit sie für ihre anspruchsvolle und engagierte Arbeit weiterhin gut gerüstet sind.

Zum Schluss will ich noch ein paar Bemerkungen zum Abitur 2017 machen, weil dies auch dazu ge-

(Barbara Duden)

hört. Ein bundeseinheitliches Abitur wird es geben, und es gibt Abituraufgaben in Kernfächern. Es gibt keinen Hamburger Sonderweg. Hamburg ist im Bundesvergleich gut aufgestellt, das Zentralabitur wurde 2014 auf 27 Fächer erweitert. Sie sehen, das neue Schuljahr beginnt und Hamburgs Schulpolitik ist gut aufgestellt. – Danke schön.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Prien von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Ich finde, Frau Duden, das war eine schöne Geste vonseiten des Parlaments, den Hamburger Schülerinnen und Schülern und den Lehrerinnen und Lehrern einen guten Start ins neue Schuljahr zu wünschen. Diesem Wunsch schließe ich mich ausdrücklich und gern an, aber ansonsten haben Sie mehr die Pressemitteilung des Senators vom 30. August 2016 verlesen. Ich finde, das war ein denkwürdig unpolitisch ein Einstieg in die Aktuelle Stunde heute.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Ich frage mich ernsthaft, wer Ihnen die Idee in den Kopf gesetzt hat, mit diesem Thema in die Aktuelle Stunde zu gehen. Was Sie hier machen, ist nichts anderes als ein Prahlerei mit Zahlen. Sie stellen sich ernsthaft heute hin und rühmen sich mit gestiegenen Schüler- und Pädagogenzahlen, obwohl wir doch alle sehr genau wissen, dass diese im Wesentlichen dem extrem angewachsenen Zuzug von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zuzuschreiben ist. Dass Sie viele Lehrer eingestellt haben, ist gut und wichtig,

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Na, also!)

aber Sie konnten aus dem Vollen schöpfen, auf Geld kam es nicht an im letzten Dreivierteljahr, und insofern ist das nun wirklich nichts, was man sich politisch ans Revers heften müsste.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP – *Sylvia Wowretzko SPD:* So ein Quatsch!)

Sie haben uns etwas vorenthalten heute, Frau Duden, und das ist dann tatsächlich schon ein wirkliches Problem, denn zu den großen Baustellen im Hamburger Schulsystem habe ich heute nicht einen einzigen Lösungsansatz gehört. Und das, obwohl wir vor der Sommerpause doch sehr intensiv über viele dieser Baustellen diskutiert haben. Wir hätten gehofft, und auch die Hamburgerinnen und Hamburger hätten sich erhofft, dass Sie die Sommerpause dazu nutzen, vielleicht einmal den einen oder anderen Vorschlag vorzulegen, wie man diese großen Probleme angehen kann. Ich

will nur ein paar wenige nennen, weil die Zeit dafür tatsächlich nicht reichen würde, aber wir machen gleich noch einmal eine zweite Runde.

Zur Akzeptanzkrise der Stadtteilschule habe ich von Ihnen keine einzige Silbe gehört. Das scheint für Sie kein Problem zu sein, aber für die Hamburgerinnen und Hamburger ist es eines, für die Eltern ist es eines, für die Stadtteilschulleiterinnen und Stadtteilschulleiter ist es eines, für die Lehrerinnen und Lehrer ist es eines, da kommt von Ihnen einfach schlicht gar nichts – negativer Dauerton. Ich habe nichts gehört von Ihnen, Frau Duden, zu der Frage, wie die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in das Hamburger Schulsystem am Ende funktionieren soll. Heute wissen wir, wie viele Schülerinnen und Schüler noch in den Erstaufnahmen sind und leider nicht eingeschult worden sind zum Schuljahresanfang, obwohl das möglich und notwendig gewesen wäre. Heute wissen wir, wie viele Schülerinnen und Schüler in den Integrationsklassen sind. Wie aber der Übergang funktionieren soll in die Regelklassen, wie das gelingen kann, ohne das Niveau insbesondere an den Stadtteilschulen weiter zu senken, dazu sind Sie bisher jede Antwort schuldig geblieben. Auch hier hätten wir uns in dem Jahr, in dem Schuljahr, in dem diese Frage anstehen wird, Antworten von Ihnen gewünscht. Aber auch hierzu war von Ihnen heute wieder nichts zu hören. Schwaches Bild, Frau Duden.

(Beifall bei der CDU)

Auch zum Thema gerechtere Verteilung, gerechtere Verteilung der Flüchtlingskinder in der Stadtteilschule – kein Wort von Ihnen heute. Kein Wort zum Thema, wie wir das eigentlich mit den Raumkapazitäten in der Stadt schaffen. Auch einmal eine Zahl für Sie: Über 500 Klassen werden im Augenblick in Containern beschult in Hamburg. Auch dazu hört man von Ihnen nichts. Man sieht zum Beispiel an der Schule meiner Kinder, dass es nach Monaten endlich möglich geworden ist, eine IVK-Klasse einzurichten, auf die sich die Schülerinnen und Schüler lange vorher vorbereitet haben, genauso wie die Lehrerinnen und Lehrer. Wissen Sie, wie viele Schülerinnen und Schüler in der IVK-Klasse sind? Vier. Zwei aus Polen, einer aus Russland, einer aus China, und eines davon ist auch noch ein Diplomatenkind. Das ist eine Superleistung im Hinblick auf eine gerechte Verteilung von Schülerinnen und Schülern in Hamburg.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Wollen Sie mehr, oder was?)

Also, da ist vieles im Argen, und der Sommer hätte genutzt werden müssen, um die Probleme tatsächlich anzugehen.

Das Zentralabitur haben Sie immerhin angesprochen, Lösungsansätze jedoch, wie die Hamburger Schülerinnen und Schüler das wuppen sollen, ha-

(Karin Prien)

ben Sie nicht geliefert. Sie haben nichts zu dem nach wie vor bestehenden Qualitätsverlust in den Bereichen Mathematik und Deutsch gesagt, Sie haben nichts zu den Problemen im Ganztags gesagt. Da haben Sie nur erwähnt, wie viele das sind. Ja, es sind viele, aber wenn gleichzeitig an manchen Schulen schon die Eltern aufgefordert werden, im Ganztags auszuweichen, dann sieht man, dass es mit der Qualität im Ganztags nicht weit her ist.

Insofern war das ein schulpolitischer Fehlstart dieses Senats in das neue Schuljahr. Es war gewogen und für zu leicht befunden, Prahlerei mit Zahlen ersetzt keine Politik, und deshalb schlage ich vor, dass wir es noch einmal neu versuchen. Denken Sie sich einmal ein paar Lösungsansätze aus, dann kann es auch etwas werden. Wir sind jedenfalls gern bereit, diesen Weg der Lösungsansätze mit Ihnen zu gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Daniel Oetzel FDP*)

Präsidentin Carola Veit: Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist das übliche parlamentarische Spiel, das wir hier gerade erleben, die Regierungsfractionen sagen, alles sei super, die Opposition sagt, alles sei doof, und die Bürgerinnen und Bürger sind zum Teil etwas gelangweilt. Es wird Sie aber trotzdem nicht verwundern, dass ich mir tatsächlich nicht das halb leere, sondern das halb volle Glas anschau. Liebe Kollegin Prien, ich möchte auch nicht sagen, dass alles gut und richtig und völlig problem- und reibungslos läuft, das kann auch gar nicht sein angesichts des komplexen Feldes Schulpolitik und angesichts der aktuellen Herausforderungen, die wir tatsächlich in dieser Stadt zu bewältigen haben. Aber ich finde – und ich kann das wirklich mit gutem Gewissen sagen –, ich kann sehr, sehr zufrieden auf die Vergangenheit und auch darauf blicken, was wir hier bereits in der Qualität geschafft haben, denn ich möchte vor allen Dingen nicht auf die Zahlen, sondern auf die Qualität eingehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Exemplarisch möchte ich dies an drei Punkten tun, denn es ist das eine, dass man mehr Geld in die Hand nimmt, das andere aber ist, was man eigentlich mit diesem Geld macht und was eigentlich kluge Bildungsfinanzierung ist.

Der größte Erfolg, finde ich, liegt tatsächlich in der Verbesserung der Qualität des Ganztags. Wir haben durch unsere Einigung mit der Volksinitiative geschafft, dass wir Qualitätsstandards bekommen. Wir haben es geschafft, dass es einen Qualitätszirkel für gutes Essen geben wird. Es wird keine Fi-

nanzierung mit der Gießkanne geben, es wird keine Standardlösungen geben, sondern es wird geschaut, was die Konzepte vor Ort machen, was die Schulen wollen und brauchen. Dafür wird Geld in die Hand genommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir werden dafür sorgen, dass es mehr frisches, gesundes Essen gibt. Wir werden dafür sorgen, dass die Räume kindgerecht werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Schulgemeinschaften beteiligt werden mithilfe des Ganztagsausschusses. Und das alles, um nur diese paar Punkte der Qualitätsverbesserungen zu nennen, werden wir gemeinsam auch weiterhin mit der Volksinitiative machen, denn wir sind im Austausch auf unterschiedlichen Ebenen, und ich verspreche Ihnen, das werden wir weiterhin tun, weil ich uns als Parlament schon als Kontrolle unseres Beschlusses auffasse.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Daniel Oetzel FDP*)

Bei der großen Generationenaufgabe der Umsetzung der Inklusion haben wir nicht nur mehr Stellen in die Hand genommen, sondern wir sorgen Stück für Stück dafür, dass die Lehrerbildung besser wird, denn es ist nicht nur die Anzahl der Lehrkräfte, sondern deren Qualifizierung, die entscheidend ist. Wir sorgen dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen immer multiprofessioneller werden, weil wir verschiedene Professionen zur Umsetzung der Inklusion brauchen. Und wir haben nicht zuletzt dafür gesorgt, auch wenn es für einige vielleicht ein Randthema sein mag, dass es durch die Einführung der deutschen Gebärdensprache als Wahlpflichtfach auch gehörbehinderten Kindern ermöglicht wird, an der Gesellschaft, an der Schule teilzuhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Bei dem wirklich großen Thema – das ist, glaube ich, das dickste Schiff, das uns im Moment in der Schulpolitik begleitet –, beim Thema Geflüchtete, sorgen wir als einziges Bundesland dafür, dass es Bildung von Anfang an gibt.

(Beifall bei *Uwe Lohmann* und *Sören Schumacher*, beide SPD)

Es ist richtig, Frau Prien, es gibt noch Probleme bei der Bildung von internationalen Vorbereitungsklassen, beim Übergang von Erstaufnahmen in diese Regelklassen oder internationalen Vorbereitungsklassen, aber ich finde angesichts der Zahl, die wir hier bereits mengenmäßig wirklich bewältigt haben, ist es uns gelungen, das tatsächlich gut umzusetzen, und wir achten auch darauf, dass es Qualität hat, keine Schnellschüsse gibt und diese Kinder tatsächlich mit einem guten Blick in die Zukunft auch eine neue Schule finden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

(Dr. Stefanie von Berg)

Deswegen haben wir bereits in den Erstaufnahmen einen sehr hohen Prozentsatz an ausgebildeten Lehrkräften, anders als in anderen Bundesländern, in denen es häufig Honorarlehrkräfte gibt. Wir haben außerdem auf den Weg gebracht, dass Deutsch als Zweit- und Fremdsprache in die Lehrer- und Lehrerinnenbildung in der zweiten Phase direkt eingebettet wird. Und wir haben dafür gesorgt, dass junge Geflüchtete in die Ausbildungsvorbereitung in zwei verschiedenen Schulformen gehen können. Das heißt, wir kümmern uns sehr wohl um die Integration.

Noch einmal: Dass nicht alles super wie am Schnürchen klappt, kann man diesem Senat, das kann man auch uns, dem Parlament, zugestehen angesichts dieser wirklich immensen Herausforderung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist nicht nur ein halb volles Glas, sondern ein zumindest drei Viertel volles Glas, und dem Viertel leeren Glas sollten wir uns gemeinsam und konstruktiv als Parlament annehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE hat nun das Wort.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, das einzig Positive an dieser Debattenanmeldung ist in der Tat, dass auch wir von der LINKEN den Erstklässlerinnen und Erstklässlern und ihren Eltern alles Gute wünschen. Ich meine das wirklich sehr, sehr ernst, und im Grunde sind wir da schon bei des Pudels Kern, denn in den Grundschulen ist eben in Sachen Inklusion, in Sachen Ganzttag wirklich vieles überhaupt nicht im Reinen, und von daher wünsche ich von ganzem Herzen, dass die Kinder einen Schulalltag erhalten, in dem sie wirklich individuell gefördert werden, in dem sie nicht beschämt werden

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Beschämt? Was meinen Sie damit?)

und in dem sie wirklich in ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten unterstützt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau von Berg hat durchaus eine Tiefe in die Debatte gebracht, aber ich muss jetzt auch auf den Beitrag von Frau Duden eingehen, weil die SPD dieses Thema zur Aktuellen Stunde angemeldet hat. Deswegen möchte ich kurz noch etwas zu den Zahlen sagen.

Erstens einmal kann ich nicht verstehen, wie man sich als Senat rühmen kann, dass die Erstklässler- und Erstklässlerinnenzahl gewachsen ist. Ich verstehe nicht, was das jetzt mit dem Senat zu tun

hat. Vielleicht habe ich auch verpasst, dass der Senat vor sechs Jahren irgendwie ein Familienzuwachsprogramm aufgelegt hat.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Dass der Senat das Kita-Programm neu aufgelegt hat, haben Sie auch nicht mitgekriegt!)

Auf jeden Fall freuen wir uns über jeden mehr, der in der Schule ist.

Zweitens kann ich nicht verstehen, warum der Senat sich als Verdienst ans Revers heftet, dass er das Schulgesetz umsetzt, und im Schulgesetz sind Frequenzen angegeben, festgelegt, und die muss er natürlich einhalten. Wenn die Schüler- und Schülerinnenzahlen wachsen, müssen auch die Lehrer- und Lehrerinnenzahlen wachsen, dafür muss man sich nicht auf die Schulter klopfen.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Man muss es auch bezahlen können!)

– Man muss es bezahlen müssen, lieber Anjes Tjarks. Ich bitte dich.

(Beifall bei der LINKEN)

Und aus welchem Topf die Lehrerinnen und Lehrer bezahlt werden, das werden wir noch im Laufe der Haushaltsberatungen klären. Der Senat tut alles dafür, um das zu verschleiern.

Wenn wir richtig rechnen, dann sind das 473 tatsächliche, zusätzliche Lehrerstellen, und das ist wirklich der sehr berühmte Tropfen auf dem heißen Stein; die restlichen nämlich, die der Senat angibt, sind diejenigen, die jetzt auslaufen und die vorn in der ersten Klasse wieder anfangen. Also man soll auch ehrlich sein mit Zahlen, wenn man schon eine reine Zahlendebatte anmeldet. Die 63 Stellen mehr für die Inklusion sind angesichts der Bedarfe, die wir haben, eine lächerliche Größe, und auch im Ganzttag sind es lediglich 34 Stellen mehr. Und wir wissen noch nicht einmal, ob es nur Lehrerinnen- und Lehrerstellen sind oder wie viele Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Erzieherinnen und Erzieher noch darunter erfasst sind. Darüber gibt uns der Senat keine Auskunft. Es ist schlimm, dass da so viel Intransparenz herrscht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Karin Prien CDU*)

Dann noch einmal zum Ganzttag. Wie kann man sich so auf die Schulter klopfen, wenn man von einer Gruppe von Eltern erst einmal in Trab gebracht werden musste, um überhaupt endlich etwas für die Qualität zu tun? Das kommt sowieso erst nächstes Jahr. Wir erwarten, dass jetzt schon viel mehr getan wird für die Verbesserung der Qualität, denn die Erstklässlerinnen und die Erstklässler, die jetzt in die Grundschulen kommen, sind noch konfron-

(Sabine Boeddinghaus)

tiert mit der schlechten Qualität und mit dem schlechten ...

(Dirk Kienscherf SPD: Wir haben keine schlechte Qualität!)

– Wir haben eine schlechte Qualität, lieber Dirk Kienscherf, ganz sicher.

(Sylvia Wowretzko SPD: So ein Tüdelkram!)

Sonst hätte sich wohl eine Volksinitiative nicht auf den Weg gemacht und wäre so erfolgreich gewesen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Karin Prien CDU)

Also an der Stelle auch einmal ein bisschen mehr Selbstkritik, ein bisschen weniger Eigenlob, das wäre viel beeindruckender.

(Beifall bei der LINKEN und bei Karin Prien CDU)

Ich mache Ihnen einmal ein konkretes Angebot, was man jetzt sofort tun könnte als Senat. Man könnte nämlich dieses Musterflächenprogramm überarbeiten. Es gibt zunehmend Schulen, die ihre Klassenräume abvermieten müssen, sie müssen sogar Gelände verkaufen, weil sie ihre eigenen Sanierungsbaumaßnahmen finanzieren müssen. Das ist ein Unding. Wir brauchen die Räume für einen verbesserten Ganzttag.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann noch einmal zur Inklusion: Die Inklusionsquote ist weitaus höher in vielen, vielen Grundschulen und Stadtteilschulen, als es vom Senat festgelegt ist. Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer in der Inklusion, wir brauchen viel mehr Qualität, Fortbildung und Weiterbildung. Das ist das größte Problem. Und wir sind in die Sommerpause gestartet mit großen kontroversen Debatten in der Schulpolitik, ich habe jedoch den Eindruck, dass die SPD vollkommen ins Sommerloch gefallen ist und eine Totalamnesie erlitten hat bezüglich der tatsächlichen Probleme, die es an Hamburgs Schulen gibt. Da ist die soziale Ungerechtigkeit durch das Zwei-Säulen-Modell, es ist die Vernachlässigung der Stadtteilschulen, es ist im Grunde die Bevorteilung der Gymnasien, weil die eben nicht die Inklusion übernehmen, und all solche Dinge. Der Brandbrief der Schulleiter findet hier überhaupt keinen Platz in der Debatte, sondern es wird sich auf die Schenkel geklopft über Zahlen, die gewachsen sind, aber im Grunde werden die Probleme nicht angesprochen. Und das werden wir weiterhin bewegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt bekommt Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ob das Glas halb voll, viertel voll oder wie immer auch voll ist, ich glaube, Opposition darf immer noch sagen, was sie denkt. Damit fangen wir jetzt an.

Letzte Woche titelte das "Hamburger Abendblatt":

"Schulsenator warnt, das Abitur 2017 hat es in sich."

Teilt der Schulsenator etwa unsere Sorge, dass er seine Schüler nicht gut genug vorbereitet hat? Wenn er das täte, dann hätte er ausnahmsweise einmal recht.

(Beifall bei der FDP)

Heute lobt sich nun die SPD selbst – wir haben es schon gehört – unter dem Motto, Hamburgs Schulen starten bestens gerüstet in das neue Schuljahr. Höchstzahlen bei Ganztagsanmeldungen, Schulen und Pädagogen. Wenn aber fast 8 000 Flüchtlingskinder in die Stadt kommen, dann sind 560 dafür eingestellte Lehrer natürlich sinnvoll und wir begrüßen das auch, aber ehrlicherweise ändern sie doch nicht wirklich etwas an der Schüler-Lehrer-Relation.

Was bleibt also? Die hohe Anmeldequote beim Ganzttag? Da hilft ein kurzer Blick zurück. Die erfolgreichen Horte wurden vor Jahren sehr voreilig geschlossen, die Nachmittagsbetreuung im Hauruckverfahren in die Grundschulen verlagert.

(Dirk Kienscherf SPD: Die waren doch nur bei 33 Prozent!)

Ganzttag, das finden wir auch, ist elementar für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daran gibt es keinen Zweifel. Aber es muss ein guter Ganzttag sein. Allerdings ist bei dem rasanten Ausbau die Qualität in Hamburg auf der Strecke geblieben, und erst auf massiven Druck der Volksinitiative, die sich bezeichnenderweise Guter Ganzttag genannt hat, ist Rot-Grün überhaupt auf die Idee gekommen, die längst überfälligen Verbesserungen anzugehen. Es scheint ein politisches Naturgesetz in Hamburg zu sein, dass dieser Senat immer erst dann tätig wird, wenn sich eine Volksinitiative gründet.

(Beifall bei der FDP und bei Karin Prien CDU)

Das ist schade.

Die SPD kann mit dieser Zahlendebatte aber nicht von den wirklichen Herausforderungen im Hamburger Schulsystem ablenken. Wir brauchen nach wie vor, und deswegen habe ich das Thema heute angemeldet, eine Generalüberholung in der Schulpolitik.

(Barbara Duden SPD: Wo habt ihr die denn generalüberholt?)

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

Wir haben dafür auch Vorschläge. Das fängt an bei den Lehrern, geht weiter mit fundiertem Wissen für Qualität im Unterricht und zeigt sich auch beim Zentralabitur, um nur einiges zu nennen.

Folgendes wäre ein guter Schulstart. Erstens: Lehrer. Wir brauchen beste Lehrer für unsere Kinder.

(Barbara Duden SPD: Haben wir!)

Deswegen fordern wir freiwillige Eignungstests für Lehramtsstudenten. Und wir brauchen eine klare Zielrichtung für die Reform der Lehrerbildung. Der Stadtteilschullehrer muss gut vorbereitet werden für seine Kernaufgabe, die mittleren Abschlüsse, die Gymnasien müssen gestärkt werden für ihren Bildungsauftrag, die Vorbereitung auf das Studium. Manche denken, dies sei ein alter Hut, aber es ist leider noch nicht geschehen. Die hier vom Senat immerhin angestoßene Reform werden wir genau begleiten.

Zweitens: Wir brauchen mittlerweile eine Qualitätsoffensive für den Unterricht, denn es wird Zeit. Dafür haben wir für morgen einen Antrag vorgelegt.

(Barbara Duden SPD: Das ist ja spannend!)

Wir fordern darin, dass im Unterricht endlich, endlich, endlich mehr Inhalte statt Kompetenzen vermittelt werden, und dass diese unsinnige Präsentationsprüfung Abitur endlich abgeschafft wird. Dazu morgen mehr.

Drittens: Das Zentralabitur 2017, da haben wir es, die große Messlatte für das Hamburger Leistungsniveau der Hamburger Schüler. Und hier müssen wir sehr genau hinschauen, damit das, was unter Zentralabitur läuft, in Hamburg auch ein Zentralabitur wird. Denn wer wie in Hamburg überwiegend auf Kompetenzorientierung setzt, der wird auch hier den leichteren Weg wählen und vielleicht auch wählen müssen. Denn es gibt doch nur einen Aufgabenpool, aus dem sich die Bundesländer in vier Fächern bedienen können, Frau Duden, sie müssen es nicht. Hamburg könnte sich also eine bis zwei leichte Aufgaben herausuchen, um dann, wie gehabt, ein Abi light schreiben zu lassen. Ergänzt wird dies noch durch die sogenannte Präsentationsprüfung. Statt der klassischen mündlichen Prüfung mit 30 Minuten Vorbereitungszeit haben Abiturienten in Hamburg zwei Wochen Zeit. Damit lässt sich problemlos fremde Hilfe organisieren, wenn nicht sogar einkaufen. Und das, finde ich, ist der traurige Gipfel der Bildungs- und Chancengerechtigkeit sozialdemokratischer Natur. Sehr schlecht.

(Beifall bei der FDP)

Dann wäre zwar, wenn man das so weiterdenkt, das sozialdemokratische Ziel erreicht, flächendeckendes Abitur für alle, aber was unsere Abiturienten in der Universität und im späteren Leben erwartet, das scheint den Sozialdemokraten relativ

egal zu sein. Und diese Kultur des Durchwinkens muss aufhören. Also bitte, gleich an den Start, zum neuen Schuljahr die dringenden Herausforderungen angehen, dann sind wir dabei. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen! Vorab wünschen auch wir natürlich allen Kollegen, allen Erstklässlern einen guten Start ins neue Schuljahr. Dies vorausgeschickt.

Zur Aktuellen Stunde selbst. Wir von der AfD haben durchaus unseren Humor nicht verloren,

(Ekkehard Wysocki SPD: Ist das so?)

aber es ist ein Witz, und ich zitiere die heutige Anmeldung der SPD-Fraktion im Wortlaut:

"Hamburgs Schulen starten bestens gerüstet in das neue Schuljahr: Höchstzahlen bei Ganztagsanmeldungen, Schülerinnen und Schülern, Pädagoginnen und Pädagogen."

Ganz ehrlich, wenn wir hier überhaupt noch lachen können, dann allerhöchstens zynisch oder bitter. Und nebenbei, es klang auch schon an bei mehreren Vorrednern: Es verkommt hier zur regelmäßigen Übung, indem die Fraktionen von SPD und GRÜNEN ständig Themen zur Aktuellen Stunde anmelden, die eigentlich in den Bereich Agitprop gehören, Agitation und Propaganda des Senats. Da frage ich mich, muss das sein? Haben Sie denn Ihren Stolz und Ihre Rolle als Abgeordnete an der Rathaustür abgegeben? Verstehen Sie sich zuvörderst als Erfüllungsgehilfe der Exekutive?

(Gerhard Lein SPD: Heul doch!)

Einige von Ihnen ernennen sich neuerdings gern zur Gemeinschaft der Demokraten. Es wäre schön, wenn Sie diese Selbsternennung mit Leben füllten und sich beispielsweise Ihrer Rolle als Parlamentarier wieder bewusster würden. Ein wenig mehr Demokratie,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Thema, Thema!)

auch in einem kritischen Verhältnis zum eigenen Senat – wir hörten vorhin von einem Fraktionsvorsitzenden, der sogar gegen den eigenen Senat eine Untersuchung durchsetzte –, schadete Ihnen nicht.

Nun zum eigentlichen Thema. Der Senator wird uns wohl gleich noch höchst selbst das Märchen von der deutschlandweit unglaublich erfolgreichen Hamburger Bildungspolitik erzählen.

Meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen, circa 7 800 jugendliche Flüchtlinge sind der alleinige Grund für den Anstieg der Schülerzahlen.

(Dr. Alexander Wolf)

Wie die Kollegin von der LINKEN vorhin zu Recht und süffisant, meine ich, anmerkte, ist das keine Folge einer erfolgreichen Geburtenpolitik des Senats, sondern es ist das Thema und die Folge einer verfehlten Flüchtlingspolitik.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Das habe ich nicht gesagt! Jetzt geht es wohl los!)

Sich diese Zahl auch noch propagandistisch an das eigene Revers zu heften, das ist schon – jetzt wäre mir beinahe eine unparlamentarische Formulierung herausgerutscht – mehr als sonderbar. Aber eben auch entlarvend.

Sprechen wir über einige hausgemachte Probleme der Hamburger Schulpolitik. Das Hamburger Schulsystem befindet sich in schwerer Schieflage. Sechs Jahre nach Antritt des ersten rot-grünen Senats unter Olaf Scholz gerät es immer mehr zur Spielwiese ideologischer Bildungsexperimente. Unter dem Diktum von Vielfalt, Inklusion und Kompetenzorientierung entstehen immer heterogener zusammengesetzte Schulklassen. Eine begabungsgerechte Förderung der Schüler wird erschwert, das Lernniveau insgesamt wird gesenkt. Auf Details kommen wir gern noch in der zweiten Runde und in der morgigen Debatte zurück.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Was sind denn Ihre Vorschläge?)

Und zu diesen ohnehin schon großen und unge lösten Problemen, mutwillig herbeigeführten Problemen, möchte man sagen, kommt nun noch das Flüchtlingsthema hinzu. Ich muss dies ansprechen, es ist ein Teil des von der SPD selbst angemeldeten Themas. Dass Hamburg, anders als andere Bundesländer, hier jeden jugendlichen Migranten, ob mit oder ohne Aufenthaltsstatus, ob mit oder ohne Bleibeperspektive, in der jetzigen Weise beschult und damit die allen bekannten Probleme, angefangen von den fehlenden Räumlichkeiten, dem Fehlen von qualifiziertem Lehrpersonal, bis hin zu den bekannten Problemen für Eltern, Schüler, Lehrer und nicht zuletzt den Steuerzahler, den Sie auch immer wie selbstverständlich für Ihre desaströs verfehlte Zuwanderungspolitik zur Kasse bitten, dass der Senat dies immer weiter treibt, ist sicher nicht der Weisheit letzter Schluss, das kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

(Barbara Duden SPD: Sollen die nicht zur Schule gehen oder was?)

Es ist zu unterscheiden und zu differenzieren,

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Da sind wir aber gespannt!)

und was wir hierzu konkret vorschlagen, werde ich gern in der zweiten Runde nachher noch ausführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Heyenn bekommt das Wort.

Dora Heyenn fraktionslos:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jedes Jahr, wenn das neue Schuljahr beginnt, gibt der Schulsenator eine Pressekonferenz, bei der er zu Protokoll gibt, wie gut Hamburg aufgestellt ist, und diesmal ist sogar von Höchstzahlen die Rede.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Was die Zahl der Schülerinnen und Schüler anbetrifft, die die staatlichen Schulen besuchen, sind es in der Tat 7 240 mehr als im vorigen Schuljahr. Nur, und das ist auch schon von meinen Vorrednern gesagt worden, wenn mehr Kinder und Jugendliche die Schule besuchen, dann braucht man auch mehr Lehrkräfte und mehr Pädagogen. Der Anstieg der Vollzeitkräfte für Pädagogen beträgt ungefähr 3,6 Prozent und entspricht ziemlich genau der Zunahme der Schülerzahlen, also war die Aufstockung eine notwendige Maßnahme. Und es ist eine gute Maßnahme, zugegeben, aber keine Jubelmeldung.

Auch die Teilnahmequote an den Ganztagsangeboten ist erfreulich, aber, was der Schulsenator gern ausblendet, sind die Brüche in der hamburgischen Schullandschaft. Kurz vor den Sommerferien haben 51 von 53 der Stadtteilschulleiterinnen und -leiter ihre Sorgen in einem Papier dargelegt. Nur noch 42 Prozent der Schülerinnen und Schüler werden an Stadtteilschulen angemeldet, und das mit stetig sinkender Tendenz. 2020 wird mit 70 Prozent Anmeldungen für das Gymnasium gerechnet. Das umstrittene Zwei-Säulen-Modell gerät immer mehr in Schieflage.

Anstatt mit den Schulleiterinnen und Schulleitern zu sprechen, machen Sie, Herr Rabe, immer einfach so weiter, als sei das kein Problem. Dabei gibt es viele Lösungsvorschläge, wir haben einige eben auch schon gehört, und zwar nicht nur von den Schulleitungen. Jetzt wäre die Zeit vorzubereiten, dass es keine Gymnasialempfehlungen mehr gibt. Ende Januar beginnt die nächste Anmelderunde. Auch die Regelung, dass nach der sechsten Klasse Schüler und Schülerinnen das Gymnasium verlassen müssen aufgrund von Zeugnisnoten, ist erneut in die Kritik geraten. Ein Rechtsgutachten vom Institut für Bildungsforschung und Bildungsrecht der Universität Bochum von Wolfram Cremer stellt fest – ich zitiere –:

"dass Noten nie objektiv und daher ungeeignet sind, um Aussagen über die Eignung für weiterführende Schulen zu treffen."

– Zitatende.

Seiner Auffassung nach widerspricht die auf Noten basierende verbindliche Übertrittsempfehlung den Rechten der Eltern im Grundgesetz und dem Dis-

(Dora Heyenn)

kriminierungsverbot. Von unfassbarem Stress in den Familien spricht auch der Vorsitzende des Bildungsausschusses des Bayrischen Landtags, Martin Güll. Er ist sozialdemokratischer Abgeordneter und setzt sich dafür ein, dass die Entscheidungen über die Eignung zu weiterführenden Schulen nicht über die Noten getroffen werden. In Bayern. Das Grundgesetz gilt aber auch in Hamburg. Herr Rabe, Sie sollten mit Ihrem Parteifreund Martin Güll einmal reden.

Und noch einen Problembereich blendet der Senat aus, die Ausbildungsplatzsituation. Ich nenne dazu einmal die neuesten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit für Ende August 2016. Danach haben von den 8 902 Bewerberinnen und Bewerbern für eine Berufsausbildung in Hamburg nur 3 252 tatsächlich einen Ausbildungsplatz bekommen. Das sind 36,5 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber. Damit gehört Hamburg zu den Schlusslichtern in der Ausbildungsplatzversorgung. Es besteht ein erheblicher Handlungsbedarf, und mit einem Weiter so wird man den Jugendlichen nicht gerecht.

Zusammenfassend muss man sagen: An den Hamburger Schulen hat sich einiges getan, das gebe ich zu, aber bestens gerüstet gehen sie nicht in das neue Schuljahr.

(Beifall bei *Nebahat Güçlü fraktionslos* – *Barbara Duden SPD*: Doch!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Flocken.

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Bereits bei der letzten Schuldebatte hieß es: schon wieder das gleiche Theater. DIE LINKE auf der einen Seite, CDU, FDP, AfD auf der anderen Seite, liefern sich ein ideologisches Scharmützel, und der Senator kann sich genüsslich zurücklehnen. Herr Senator Rabe, Sie sagten einmal in Bergedorf, entscheidend für den Lernerfolg sei nur zu ungefähr 10 Prozent die Schulform oder die individuelle Schule, 90 Prozent mache der einzelne Lehrer aus, seine Persönlichkeit, sein Engagement, seine Fähigkeit, einen Funkverkehr zwischen seinen eigenen Spiegelneuronen und denen seiner Schüler aufzubauen. Deshalb: Unterstützen Sie die Lehrer, belasten Sie sie nicht mit Bürokratie, geben Sie ihnen keine Hausaufgaben auf in Form von Konzepten, die sie erstellen müssen. Gestatten Sie ihnen, sich auf ihre Arbeit zu konzentrieren, und schützen Sie sie, wenn möglich, vor den elterlichen Kampfhubschraubern. Zur Situation in den einzelnen Fächern.

Erstens: Biologie. In den ersten Klassen zeigen fast alle Kinder eine natürliche Neugier auf die Natur. Zehn Jahre später gilt die Biologie als Weichspülernaturwissenschaft, weniger anspruchsvoll als Physik und Chemie. Dabei könnte ein solides

Wissen um die Deszendenzlehre, um die Entwicklungsbiologie und eine wissenschaftliche Gesinnung einen guten Schutz gewähren vor der Genderideologie.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Zweitens: Andere Naturwissenschaften und vor allen Dingen die Mathematik gelten als anstrengend. Ich war erschüttert, als ich im Abi-Heft meiner Tochter lesen musste, dass über die Hälfte der Abiturklasse sehr erleichtert war, sich jetzt nicht mehr geistig anstrengen zu müssen.

(*André Trepoll CDU*: Das haben Sie ihr doch vorgemacht!)

Das ist also das Ergebnis einer zwölfjährigen Schulzeit.

Drittens: Fremdsprachen. Heutige Schüler können besser Englisch als frühere. Was aber ist mit denjenigen, die mehrere Sprachen zu einem besonderen Fokus ihrer Bildung machen wollen? An vielen Schulen besteht ein Sprachprofil nur aus einer weiteren Fremdsprache. Zitat meiner Tochter: Ein Sprachprofil mit Englisch, Französisch, Spanisch und am besten noch einer ganz anderen Sprache hätte sich gelohnt. Aber es passt zum gegenwärtigen außenpolitischen Isolationskurs, ein Schmalspur-Fremdsprachenangebot und ein außenpolitischer Konfrontationskurs.

Viertens: Deutsch. 25 Prozent der Jungen sind bei Schulabgang funktionelle Analphabeten. Die schlecht integrierten Ausländer verschärfen dies ein bisschen, aber auch bei den indigenen und sogar in anderen Ländern, die weitgehend ethnisch homogen sind, sind Jungen schlechter im Lesen und Schreiben als Mädchen. Wie reagiert man darauf? In ganz Deutschland gibt es vier Programme zur gezielten Lese- und Schreibförderung von Jungen gegenüber 100 Programmen zur gezielten MINT-Förderung von Mädchen. Eine himmel-schreiende Ungerechtigkeit.

Fünftens: PGW. Die Große Anfrage der AfD beziehungsweise die Antwort darauf zeigt leider nicht auf, ob hier ein betreutes Denken oder eine Indoktrination im Gleichschritt mit den Medien verfolgt wird. Ist es ein Ziel, im Sinne von Kant aufzuklären – habe den Mut, deinen eigenen Verstand zu benutzen, befreie dich aus deiner selbstverschuldeten, im Fall von Schülern natürlich noch nicht selbstverschuldeten – Unmündigkeit?

Ein letzter Punkt. Wir wissen wenig über rassistische Übergriffe zum Beispiel auf Juden und Europäer. In Berlin weiß man darüber mehr. In Berlin gab es mutige Menschen, die das Problem aufgezeigt haben. Wir wissen wenig darüber, wir wissen aber, dass gnadenlos abgestraft wird, wer den Finger in die Wunde legt. – Vielen Dank.

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt jetzt Senator Rabe.

Senator Ties Rabe:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hamburg wächst, und das erkennen wir besonders in den Schulen. Die Schülerzahl hat in nur einem Jahr um über 7 000 Schülerinnen und Schüler zugenommen. Übrigens: Weil wir eine Bildungsdiskussion führen, wäre ein bisschen Präzision in der Recherche angemessen.

(Michael Kruse FDP: Das toppen Sie!)

Nur die Hälfte dieses Zuwachses ist auf die Flüchtlinge zurückzuführen, die andere Hälfte sind Menschen, die aus Reinbek oder Berlin, aus Dortmund oder Düsseldorf hierher ziehen und auch zu Hamburg gehören. Und das ist eine besondere Entwicklung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In den Siebzigerjahren beklagten wir die Stadtfucht, heute ist es umgekehrt. Diese Beliebtheit Hamburgs, das ist richtig, hat sehr viele Ursachen. Ich bin aber persönlich überzeugt, dass eine dieser Ursachen in der Tat das sehr gute Angebot, insbesondere für Familien, im Bereich der Kindertagesstätten und Schulen ist, und das kommt nicht vom Himmel, sondern das hat der Senat maßgeblich mit geprägt.

(Beifall bei der SPD)

Das war nicht immer so. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an vier Verbesserungen, die auf den Weg gebracht wurden und die im kommenden Schuljahr die Grundlage für eine gute Schule sind.

Erstens: Frau Boeddinghaus hat gesagt, wir mussten mehr Lehrer einstellen, weil das doch im Schulgesetz steht. Ja, Frau Boeddinghaus, aber wer hat es da hineingeschrieben? Und das ist das Spannende. Sie denken immer, das kommt irgendwie alles von selbst.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Nein! Wer sagt das denn?)

Nein, dafür hat die SPD gekämpft, das hat dieser Senat bewilligt, und wir stellen diese vielen Lehrer und Sozialpädagogen ein. Das machen nicht alle Bundesländer, wenn mehr Schüler kommen, sondern sie vergrößern einfach die Schulklassen. Wir haben das gemacht, damit die Klassen bei 21 Schülerinnen und Schülern im Durchschnitt so klein bleiben, wie es zur Zeit meiner Kinder leider in Hamburg nicht der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben wir natürlich aus dem Flickenteppich höchst unterschiedlicher und überwiegend nicht immer erfolgreicher Schulformen eine übersichtliche, eine gute und vernünftige Schulstruktur ge-

schaffen. Vierjährige Grundschulen, gleich viele und gleich wertvolle Gymnasien und Stadtteilschulen bieten ein hervorragendes Angebot, und wenn ich die Eltern sehe, dann stehen sie gern vor dieser Wahl, und sie freuen sich darüber, weil in anderen Bundesländern eine solche Vielfalt und ein solches Angebot nicht vorhanden sind. Auch diese Schulstruktur ist eine gute Einrichtung, auch sie ist nicht vom Himmel gefallen, sondern von uns bewegt worden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und natürlich dürfen wir hier die Ganztagschulen nennen. Ich will einmal daran erinnern, dass alle Regierungen Ganztagschulen hätten einrichten können. Sie haben sich auch leidlich angestrengt. Für die ersten 50 Ganztagschulen haben sich sechs verschiedene Regierungen 30 Jahre Zeit gelassen. Wir haben in nur drei Jahren die anderen 150, die vergessen worden waren, obendrauf gesetzt. Und dass das richtig war und dass es sogar gut ankommt, zeigt die Abstimmung mit den Füßen, da muss man sich nicht einfach davonmachen und sagen, es konnte doch nicht anders gehen, sondern es ist ein Vertrauensbeweis und ein Qualitätssiegel, wenn 82 Prozent der Kinder und Eltern sagen, ja, da will ich mitmachen. Es zeigt, dass wir das auf einen richtigen Weg gebracht haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Einen letzten Punkt will ich nennen, der jetzt für dieses Schuljahr trägt. Wir arbeiten Schritt für Schritt an einer Verbesserung des Unterrichts. Es ist ein großes Rad, das dort bewegt wird, und da müssen wir beharrlich sein und viele Maßnahmen ineinandergreifen lassen. Ein paar davon will ich nennen.

Unterrichtsausfall: Wir sind die erste Regierung, die das überhaupt überprüft. Das hätten alle auch schon vorher machen können. Wir haben es eingeführt, monatlich klar Rechenschaft abzulegen und anschließend Gespräche zu führen mit den Schulen.

Wir haben auch eingeführt, dass alle zwei Jahre Hamburgs Schülerinnen und Schüler landesweit einen Test machen, damit wir einmal genau wissen, wo sie stehen, und uns nicht immer gegenseitig irgendetwas erzählen, sondern Daten haben. Und mit diesen Daten gehen wir dann an die Schulen und bewegen die Qualität weiter. Das sind Dinge, die wir eingeführt haben und von denen ich fest überzeugt bin, da uns das Ergebnis wichtig ist, dass das Hamburgs Schulen voranbringen wird, daran arbeiten wir. Diese Verbesserungen haben wir jetzt zur Grundlage gemacht, und ich finde, dass der Senat hiermit eine gute Grundlage für das künftige Schulsystem geschaffen hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Senator Ties Rabe)

Dass das viel Geld kostet und dass wir uns viel Mühe geben, sage ich nur nebenbei. Aber ganz darf man es nicht ausblenden. Seit 2009/2010 hat die Zahl der Pädagogen an den Schulen von 15 000 auf 18 000 zugenommen, es sind 3 000 mehr.

(André Trepoll CDU: Die wurden von der SPD eingestellt? Ja?)

Ich will hier einmal ein bisschen in den halbbrechten Raum gucken, der auch einige meiner Vorredner gestellt hat. Ich kann mich daran erinnern, dass es dort mit den Bildungsmaßnahmen, mit dem Lehrerdasein und vor allem mit dem Geld häufig rückwärtsging und nicht vorwärts. 3 000 Lehrer mehr, das waren wir, und es wäre schön, wenn das jetzt alle gut finden und nicht einige so tun, als hätten sie früher mehr gemacht. Nein, da ging es eine Weile rückwärts. Das ist ein Punkt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein zweiter Punkt ist der Schulbau. Gemessen an der Regierung vor uns haben wir den Schulbau verdoppelt durch die Investitionen. Und wenn Sie so mit leichter Hand sagen, Frau Prien, da ständen so viele Container, dann hätten Sie auch sagen müssen, dass 200 dieser Container dort nur stehen, weil wir die Schulen umbauen und weil sie vorübergehend wegen der Bauarbeiten nötig sind. Das war früher in der Tat nicht üblich, weil gar nicht gebaut wurde. Auch das haben wir auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Selbstverständlich bleiben für die Zukunft viele, viele Aufgaben. Wir wollen den Schulbau weiter vorantreiben, wir wollen die Pädagogen bei der Inklusion unterstützen, die Ganztagsangebote verbessern – das ist angesprochen worden –, die Berufsorientierung verstärken an den allgemeinen Schulen, für mich sehr wichtig, aber auch die Berufsausbildung attraktiver machen und die Schulform stärken, das ist richtig.

Zwei Aspekte will ich am Ende betonen, weil sie aus meiner Sicht besonders vorrangig sind. Zunächst einmal werden und wollen wir weiter energisch daran arbeiten, dass Hamburgs Schülerinnen und Schüler in der "Bildungsbundesliga" auf Augenhöhe mitspielen. Es gibt schon jetzt Bereiche, in denen wir Spitze sind. Wir gewinnen reihenweise Bundespreise, durchaus bei anerkannten Wettbewerben; in Englisch, das wurde kurz erwähnt, ist Hamburgs Schulsystem hervorragend. Und auch in einem Bereich, in dem alle immer nach Hamburg sehen, aber die Hamburger gar nicht merken, was die Schulen dort schaffen, nämlich das Zusammenleben, die Integration einer heterogenen Stadtgesellschaft auf den Weg zu bringen, leisten unsere Schulen Außerordentliches, sind wir gut.

Aber wir wollen mehr, und dazu zählen Dinge wie Mathematik und Deutsch, Lesen und Rechtschreibung, Dreisatz- und Prozentrechnung und so weiter, die Fähigkeit zum selbstständigen Lernen, das Wissen und die Verknüpfung naturwissenschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge. In diesen Bereichen können, müssen und werden Hamburgs Schülerinnen und Schüler besser werden.

Kein Bundesland investiert so viel Geld in Bildung wie Hamburg, kein Bundesland hat eine so gute Personalausstattung. Das ist die Grundlage. Aber jetzt machen wir uns auch daran, mit den Lehrerinnen und Lehrern den Unterricht Schritt für Schritt zu verbessern. Wenige Punkte seien genannt: Mathematikoffensive, Offensive zur Begabungsförderung, Rechtschreibung verbessern, Beratungsteams für die unterrichtenden Kollegen, aber auch Anspruch.

Ja, wir riskieren etwas und sagen, wir wollen ein Bundesabitur in Hamburg. Und das ist schon etwas – das sage ich Ihnen offen –, was sich nicht alle Kolleginnen und Kollegen anderer Bundesländer trauen. Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass die Bundesländer auswählen können bei den Prüfungen. Wir haben gesagt, wir machen mit, ohne Wenn und Aber, und geben uns redlich Mühe, denn wir müssen darauf setzen, dass in Hamburg Bildung wichtig ist. Sie öffnet die Türen in eine erfolgreiche Stadtgesellschaft für viele Kinder. Das ist der eine Punkt, der uns sehr, sehr wichtig ist. Und da bleibt viel zu tun.

Und ein zweiter Punkt, mit dem ich schließen möchte: Wir wollen rund 7 000 Flüchtlingskindern eine Zukunft geben, und gute Bildung ist der Schlüssel dafür. Dazu haben wir Dinge gemacht, die bundesweit durchaus für Aufmerksamkeit gesorgt haben.

In den Erstaufnahmeeinrichtungen gibt es richtigen Schulunterricht, nicht irgendeine Freizeitorganisation, sondern richtig 25 bis 30 Schulstunden mit echten Lehrern, mit richtigen Fächern, sogar Tests werden dort geschrieben. Und wir haben über 550 Pädagogen nur in diesen besonderen Klassen eingesetzt für Flüchtlinge. Das ist schon eine gewaltige Kraftanstrengung, weil wir von Anfang an – und da, Herr Wolf, bin ich gespannt, was die AfD dazu eigentlich sagen will, ob Sie die Hälfte der Schüler gar nicht in die Schule schicken wollen – gesagt haben, sobald jemand in Hamburg ankommt, es ist egal, welchen Status er hat, es ist egal, wo er untergebracht wird, es muss sofort Unterricht beginnen. Das ist aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Beitrag für die Integration in der Stadt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zwei Dinge gehören dazu: Die Sprache muss gelernt werden, und Deutsch ist eine verflixt schwierige Sprache. Aber noch schwieriger als die Spra-

(Senator Ties Rabe)

che ist unsere Gesellschaft. Das, was wir sozusagen alle von selbst mit gelernt haben, das muss die Schule auch mit den Flüchtlingen lernen: eine Zivilgesellschaft, die auf Toleranz, Weltoffenheit, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung baut, eine Gesellschaft auch, die anstrengend ist, weil sie das Engagement, die gute Bildung und den Leistungswillen eines jeden Einzelnen voraussetzt.

Deswegen investieren wir sehr, sehr viel Geld für einen richtigen Schulunterricht. Die Aufgabe ist nicht leicht, aber ich will zum Schluss sagen, dass wir davor keine Angst haben und keine Angst machen sollten.

Als ich in meiner Jugend die "Tagesschau" gesehen habe – das machte ich, als ich etwas älter war –, da hießen die Nachrichtensprecher nach meiner Erinnerung Karl-Heinz Köpcke, Wilhelm Wieben oder Werner Veigel. Wenn ich heute Nachrichten sehe, dann heißen sie Ingo Zamperoni, Pinar Atalay und Linda Zervakis. Liebe AfD, ich sage einmal, der Weltuntergang ist ausgeblieben. Im Gegenteil, wir können stolz auf dieses Zusammenleben sein. Und ich darf zum Schluss sagen, Linda Zervakis hat ihr Abitur an einem Hamburger Gymnasium gemacht. So wünschen wir uns Integration. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Senator, Sie haben das Doppelte der Redezeit in Anspruch genommen, das den Abgeordneten im Rahmen der Aktuellen Stunde zur Verfügung steht. – Das Wort bekommt jetzt erneut Frau Prien von der CDU-Fraktion. Bitte.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Senator, wir sind uns in vielem nicht einig, aber in einem will ich Ihnen ausdrücklich zustimmen. Es ist richtig, dass wir in Hamburg Schülerinnen und Schüler unter den Geflüchteten vom ersten Tag an beschulen. Es ist richtig, dass wir Jugendlichen unter den Flüchtlingen die Möglichkeit geben, einen Einstieg in eine Ausbildung zu finden, und zwar gerade dann, wenn man unser Asyl- und Flüchtlingsrecht ernst nimmt, und gerade dann, wenn man der Auffassung ist, dass viele von denen, die heute hier sind, auch wieder zurück in ihre Heimat gehen sollen. Denn es ist richtig, Kindern und Jugendlichen, die auf der Flucht sind, die Möglichkeit zur Bildung zu geben. Da gibt es kein Wenn und Aber, und das lassen wir uns von Ihnen auch nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD und der FDP und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Ich schätze Ihre jedenfalls meistens sehr sachliche Herangehensweise an schulpolitische Fragen, Frau von Berg. Deshalb finde ich es auch völlig

richtig zu sagen, das Glas ist nicht nur halb leer, sondern möglicherweise ist es halb voll. Darüber kann man dann im Einzelfall streiten. Ich hätte auch überhaupt nichts dagegen gehabt, eine solche Debatte zu führen. Unsere Kritik richtete sich gegen den Aufschlag der SPD und auch das, was Frau Duden uns angeboten hat heute. Das war nämlich kein kritischer Einstieg in eine Debatte, und genau die müssen wir miteinander führen.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Und das, finde ich, haben Hamburgs Schülerinnen und Schüler auch verdient.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator, Sie sagen, die Menschen kommen in großer Anzahl nach Hamburg, weil das Schulsystem und unser Kindertagesstättensystem so großartig sind. Nach meiner Erfahrung ist es eher so, dass die Menschen in unsere Stadt kommen, weil Hamburg die schönste Stadt der Welt ist. Deshalb kommen die Leute hierher, aber sie kommen trotz des Hamburger Schulsystems und nicht wegen des Hamburger Schulsystems.

(*Wolfgang Rose SPD: So ein Quatsch!*)

– Denn, Herr Rose, wechseln Sie einmal von Hamburg nach Baden-Württemberg, Bayern oder Sachsen, dann haben Sie ein Problem.

Sie müssen sehr häufig Ihre Schüler ein Jahr wiederholen lassen. Sich damit nun gerade heute zu rühmen ist, glaube ich, ein Bumerang gewesen. So werden wir nicht weiterkommen.

Auch das Argument, dass die Schülerkosten in Hamburg so hoch sind, stimmt. Die Schülerkosten sind sehr hoch in Hamburg. Sie sind im Augenblick die höchsten in Deutschland, aber entscheidend ist ehrlich gesagt nicht, was ich vorn hineinstecke, sondern entscheidend ist, was hinten herauskommt. Und wenn wir uns anschauen, was an Output herauskommt, dann lässt es eben an manchen Stellen zu wünschen übrig.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator, ich weiß nicht, wie abgehoben Sie inzwischen sind, aber sich jetzt die Schulstruktur in Hamburg auf das SPD-Ticket zu schreiben, ist doch wirklich absurd. Die neue Schulstruktur in Hamburg ist in der Enquete-Kommission über zwei Jahre lang intensiv beraten und beschlossen worden zu CDU-Regierungszeiten. Vieles ist umgesetzt worden zu CDU-Regierungszeiten, zusammen zum Teil mit den GRÜNEN. Das ist wirklich eine völlige Verklärung der Realität. Das nimmt Ihnen auch keiner ab. Lassen Sie doch so etwas, es bringt uns gar nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

(Karin Prien)

Das Gleiche gilt für kleinere Klassen. Das haben Sie beschlossen? Das wüsste ich aber, wenn es so gewesen wäre. Auch das ist Geschichtsklitterung. Auch das bringt keinen Hamburger Schüler weiter.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat Olaf Scholz da reingeschrieben!)

Ich finde, da sollten Sie bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme gern noch einmal das Thema Unterrichtsausfall auf. Ich finde es wirklich super, ich finde es toll, dass Sie den Unterrichtsausfall in dieser Form dokumentieren lassen. Aber wenn Sie dann so herangehen an die Sache, dass den Schulen die Möglichkeit eröffnet wird, in dubiosen Kategorien dafür Sorge zu tragen, dass das, was als Vertretungsstunde gewertet wird, in Wahrheit nichts anderes ist, als dass Aufgaben, wenn überhaupt, in der Klasse abgegeben werden, die Lehrkräfte verschwinden und die Schüler hinterher gar nichts machen, Herr Senator Rabe, dann ist das keine Bekämpfung von Unterrichtsausfall, sondern das ist ein – ich sage es jetzt einmal vorsichtig – Schönen von Statistik. Und die ist keine, die man ernst nehmen könnte.

(Beifall bei der CDU und bei Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP)

Ein letzter Punkt. Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit dem Testen von Bildungsqualität, warum stellen Sie diese Ergebnisse nicht der Öffentlichkeit vor? Warum machen Sie ein Geheimnis daraus? Dann könnten wir uns über den Erfolg Ihrer Politik nämlich einmal ernsthaft unterhalten. Das tun Sie nicht. Da verweigern Sie sich mit Zähnen und Klauen. Und deshalb können wir Ihnen das heute nicht abnehmen. Das läuft einfach nicht gut. Wir wüssten es nur zu gern. Sie verweigern darüber regelmäßig die Auskunft, lieber Herr Senator.

Bildungsbundesliga in Hamburg, das wünschten wir uns alle miteinander. Aber dann hätten Sie eben anfangen müssen, an den Bildungsreden zu arbeiten, und zwar nicht erst jetzt, sondern Sie hätten es schon vor Jahren tun müssen. Sie hätten im letzten Jahr anfangen müssen.

(Dirk Kienscherf SPD: 2009 hätten wir anfangen müssen!)

Sie haben uns im letzten Jahr gesagt, Sie hätten Besseres zu tun gehabt. Ich verstehe nicht, wie man irgendetwas Besseres zu tun haben kann, als das Bildungsniveau an den Hamburger Schulen zu heben. Da gibt es Riesendefizite. Da müssen Sie heran. Und dass Sie jetzt an die Änderung des Schulgesetzes herangehen, ohne die wesentlichen Themen auch nur anzusprechen, ist ein Armutszeugnis. Wir wünschen uns eine ernsthaftere Debatte.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Frau Prien, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Karin Prien CDU (fortfahrend):* Ich komme zum Schluss. Gern führen wir mit Ihnen eine konstruktive Debatte, werden das an den nächsten beiden Tagen auch noch an weiterer Stelle tun. Das jedenfalls war kein guter Anfang.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als nächste Rednerin bekommt das Wort Frau Boeddinghaus von der Fraktion DIE LINKE.

Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Herr Senator Rabe, wie verzweifelt müssen Sie eigentlich sein, dass Sie noch einmal betonen, es sei im Grunde ein Erfolg, dass Sie auf die Einhaltung des Schulgesetzes achten und dementsprechend Lehrerinnen und Lehrer einstellen? Ich begreife das wirklich nicht und finde es richtig peinlich. Sie müssen ziemlich verzweifelt sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann zu dem Aspekt der Ganztagschulen, und noch einmal: Dass so viele Eltern die Ganztagschulen wählen, heißt doch erst einmal, dass sie den Bedarf haben, ihre Kinder den Tag über unterzubringen und betreut zu wissen, während beide Eltern ihrem Beruf nachgehen. Das heißt doch noch gar nicht, dass sie sofort sagen, das sei eine tolle Qualität. Im Gegenteil: Wir wissen von sehr, sehr vielen Eltern, die dabei große Bauchschmerzen haben und denen es schlecht geht, weil sie wissen, dass es eben nicht gut läuft. Vielleicht können Sie an der Stelle noch einmal sagen, wie es jetzt eigentlich in der Schule Schnuckendrift weitergeht. Die Eltern waren vor der Sommerpause schier verzweifelt, weil sie nicht wussten, wie es mit der Ganztagsbetreuung nach der Sommerpause weitergeht für ihre Kinder. Das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Und erst recht noch einmal: Wie gut, dass es die Volksinitiative gab.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann zum Punkt Inklusion. Es gibt immer diese Zahlenspielererei mit den Lehrerstellen, wir kriegen es nie ganz auseinandergedrösel. Ich kann nur ein konkretes Beispiel nennen. Als es noch integrative Grundschulen gab, haben die Schulen die Mittel bekommen, dass sie von montags erster Stunde bis freitags letzter Stunde eine Doppelbesetzung gewährleisten konnten in ihren inklusiv arbeitenden Klassen. Jetzt haben sie die Mittel, dass sie gerade einmal sechs Unterrichtsstunden doppelt besetzen können. Das ist die Realität. Und ich

(Sabine Boeddinghaus)

orientiere mich an der Realität und nicht an Zahlenspielerereien.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann zum Schulbau. Sie haben kein Wort davon gesagt, dass Sie die Möglichkeit hätten, jetzt das Musterflächenprogramm zu ändern. Es kann nicht sein, dass Schulen durch Raumvermietung, durch Grundstücksverkäufe, durch Mittel aus eigenen Reserven dazu beitragen, dass sie an anderer Stelle saniert werden. Das kann nicht sein. Und deswegen muss es hier eine Überarbeitung geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte zum Schluss sagen, Senator Rabe, ich nehme es Ihnen wirklich ab. Ich glaube, dass Sie es wirklich ernst meinen mit der Integration der geflüchteten Kinder und Jugendlichen. Das ist für mich keine Frage. Aber umso mehr fände ich es begrüßenswert, wenn Sie Vorschläge aus der Opposition auch einmal annehmen würden, dass wir uns gemeinsam in den Regionen ansehen, wie es läuft. Leider ist es beispielsweise nicht so, dass auch geflüchtete Kinder und Jugendliche regelhaft in den Genuss der Ganztagschule kommen. Das ist nicht die Realität. Das ist zwar beschlossen, aber es ist nicht die Realität. Und deswegen möchte ich noch einmal sagen: Unser Angebot steht, den Schulentwicklungsplan mit den Akteuren vor Ort weiterzuentwickeln. Es ist bitter nötig, und irgendwann wird es auch so weit sein. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt hat sich Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion gemeldet.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Sehr geehrter Präsident! Ich habe noch genau drei Punkte, auf die ich gern eingehen möchte, aber ich werde mich nicht am Schulsenator abarbeiten. Ich habe mir heute einmal etwas anderes vorgenommen.

Ich wollte einmal erwähnen, was ich schon lange vorhatte zu sagen zum Thema Unterrichtsausfall. Sie haben gesagt, daran hätten Sie nun gearbeitet, Sie würden das dokumentieren und so weiter. Wie kann es eigentlich sein, dass unsere Kinder geschätzte vier, ich würde einmal sagen, mit Sicherheit drei Wochen vor den Sommerferien überhaupt nichts anderes tun außer Filme oder DVDs zu sehen?

(Dirk Kienscherf SPD: Bei meinem Kind ist das anders gewesen!)

– Moment einmal, jetzt rede ich.

Und wenn sie Aufgaben haben, dann wird das noch nicht einmal abgeprüft. Das nennen Sie Bekämpfung des Unterrichtsausfalls? Darüber kann

ich nur lachen. Das finde ich wirklich gerade am Rande vorbei dessen, was ich hier lieber nicht sagen möchte.

(Beifall bei der FDP)

Das Nächste, Thema Hochbegabung. Da stellen Sie sich tatsächlich hin und sagen, Sie würden jetzt dort eine Offensive starten. Darauf warten die Hochbegabten, glaube ich, ziemlich lange, und wie mir scheint, auch vergeblich. Ich will einmal eine kleine Studie zitieren, die Sie komischerweise völlig anders auslegen als ein Autor dieser Studie. Der Autor dieser Studie sagt, wie wir, das ist nun einmal so, dass es besser wäre, Hochbegabte – wir sagen an Schwerpunktschulen, er sagt in bestimmten Klassen – zusammen zu fördern. Was sagen Sie mit dieser gleichen Studie? Das können Sie im "Spiegel" nachlesen. Da sagt Senator Rabe, es sei toll, Hochbegabte könnten flächendeckend schön alle in einer Klasse – individualisierter Unterricht, das wäre hier das Stichwort – unterrichtet werden.

(Dirk Kienscherf SPD: Das gibt aber auch andere Studien!)

Nein, die Studie sagt genau etwas anderes, aber Sie benutzen das trotzdem. Wollen Sie uns in den Busch führen, oder was? Ich meine, so kann es doch echt nicht gehen, oder?

(Dirk Kienscherf SPD: Ich dachte, Sie wollen sich nicht am Senator abarbeiten!)

Das Nächste, das ich mir aufgeschrieben habe und was mir auch wichtig ist: Sie sagen, Sie hätten so viel Geld für die Hamburger Schulen ausgegeben. Das ist doch wunderbar. Wie kann es dann aber sein, dass wir bundesweit immer so schlecht abschneiden? Was machen Sie denn mit dem Geld?

Wenn wir wirklich eine Qualitätsoffensive in den Schulen hätten, dann hätten wir abgefragt – ich glaube, das war Frau Prien –, wie es sein kann, dass es letztes Jahr beim Vergleich der zehnten Klassen solche unterdurchschnittlichen Noten in den Kernfächern wie Deutsch und Mathematik gab.

(Sylvia Wowretzko SPD: Aber mit den Lehrern gehen Sie hart ins Gericht!)

Ich erinnere Sie ungern daran. Ich würde das gut finden. Es gibt neue KERMIT-Ergebnisse, die habe ich gerade abgefragt. Das werden Sie bald in der Zeitung lesen. Da sind wir auch wieder am untersten Rand.

Dann würde ich mich freuen, wenn wir einmal das Ergebnis sehen könnten und Sie nicht immer verweigern würden, es zu veröffentlichen, und wir es immer abfragen müssen, um uns dann an die Zeitungen zu wenden. Vielen Dank, dass auch einmal geschrieben wird, dass das eben nicht der Fall ist.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

Starten Sie eine solche Offensive. Dann haben Sie uns alle dabei. Wir machen laufend Vorschläge. Morgen machen wir wieder Vorschläge. Vielleicht können Sie sich einmal bemühen, die aufzunehmen und irgendwie einzuarbeiten. Das würde wahrscheinlich guttun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dennis Thering CDU*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Ich habe noch eine Wortmeldung vorliegen. – Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Ich sprach vorhin schon einige hausgemachte Probleme der hamburgischen Politik an, nämlich dass das Hamburger Schulsystem zu sehr zur Spielwiese ideologischer Bildungsexperimente wird unter dem Diktum von Vielfalt, Inklusion und Kompetenzorientierung.

Drei Punkte hierzu konkret. Erstens: Pädagogische Erfahrung wie auch gesunder Menschenverstand sagen, dass Unterricht am besten gelingt, wenn die Schülergruppen möglichst homogen sind.

(*Jens-Peter Schwieger SPD:* Das ist Unsinn!)

Die Hamburger Schulpolitik hingegen setzt aus ideologischen Gründen auf größtmögliche Vielfalt in den Klassenzimmern, unter anderem auf Abschaffung von Sitzenbleiben und so weiter, überfordert damit die einen und unterfordert die anderen Schüler. Insgesamt sinkt das Niveau.

Zweitens: die Inklusion mit der Brechstange, bei der wiederum aus ideologischen Gründen das deutsche Erfolgsmodell der Förder- und Sonderschulen mutwillig zerstört wird, wiederum, um eine möglichst große Vielfalt in den Klassen einer Schule am besten für alle herzustellen. In dieser Art und Weise, wie es durchgeführt wird, undifferenziert und eben mit der Brechstange, ist es verfehlt, überfordert Lehrer vor allem und die Schüler.

Und drittens: Auf den ideologischen Vorrang von Kompetenzvermittlung vor der Vermittlung von Wissen – beides hat seine Berechtigung, aber auf die richtige Gewichtung kommt es an – kommen wir morgen zurück.

Ich komme aber noch auf den anderen Punkt zurück, auf den mich auch Herr Senator Rabe ansprach, auf das Thema, was wir in Sachen Migrantenbeschulung vorschlagen. Selbstverständlich soll es für diejenigen Migranten – und wichtig ist diese Differenzierung, und ich bitte, dies genau zu beachten –, die tatsächlich nach der rechtsstaatlich gebotenen Anwendung unserer Gesetze, Artikel 16 Grundgesetz, Dublin-Abkommen und Genfer Konvention, berechtigt hier sind und eine Bleibeperspektive haben, Unterricht geben. Da sind

wir selbstverständlich dabei, diese zu beschulen in der bestehenden Art und Weise, sie so rasch wie möglich in das normale Schulsystem zu integrieren, vorbereitend durch die IVKs, und sie zu hiesigen Abschlüssen hinzuführen.

Bei dem großen Teil aber derjenigen, die diese Bleibeperspektive hier nicht haben, halten wir es für verfehlt, sie in dieser bestehenden Weise auf eine hiesige Integration hinzuführen. Und das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich klarstellen: Wir wollen da genauso eine Beschulung, eine Wissens- und Abschlussvermittlung, und sie nicht etwa in irgendwelchen Matratzenlagern liegen lassen, wie uns schon einmal polemisch und unsachlich vorgeworfen wurde von der linken Seite dieses Hauses. Es geht aber darum, sie zu unterrichten in einer Art und Weise, die sie möglichst optimal auf ihre Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereitet, damit sie dort tatkräftig mit frisch erworbenen Kenntnissen und mit unserer Hilfe, auch finanzieller Hilfe dort vor Ort, ihre Länder so lebenswert machen, dass eine Flucht hierher als nicht mehr notwendig und als nicht so dringend angesehen wird.

Diese Differenzierung ist notwendig aus sachlichen Gründen, um das geltende Recht anzuwenden und um die Schüler, jeden einzelnen, bestmöglich auf seine und ihre Zukunft vorzubereiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt zu dem ersten und fünften Thema keine weiteren Wortmeldungen vor. Uns verbleiben nun nur weniger als 15 Minuten, um auch das zweite Thema aufzurufen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das sind mehr als 15 Minuten!)

Wird vonseiten der anmeldenden Fraktionen eine Vertagung der Aussprache auf morgen beantragt? – Das ist der Fall. Dann vertagen wir das. Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 und 3 auf, die Deputationswahlen, Drucksachen 21/1466 und 21/2316.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde
– Drs 21/1466 –]**

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich)**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung
– Drs 21/2316 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die beiden Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die beiden Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor. Ich darf die Schriftführung bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden gleich ermittelt. Ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekanntgeben.**

Ich rufe auf Punkt 20a der Tagesordnung, Drucksache 21/5000, Senatsantrag: Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018, Mittelfristiger Finanzplan 2016 bis 2020 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2017/2018 der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Senatsantrag:
Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018, Mittelfristiger Finanzplan 2016-2020 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2017/2018 der Freien und Hansestadt Hamburg
– Drs 21/5000 –]**

Diese Drucksache ist bereits am 22. August 2016 im Vorwege federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden. Zur Einbringung des Haushalts spricht traditionell zunächst der Senat. – Das Wort hat Herr Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat bringt heute einen Haushaltsplan-Entwurf für die Jahre 2017 und 2018 in die Bürgerschaft ein, der in den Ein- und Auszahlungen ausgeglichen ist und zum ersten Mal seit Jahrzehnten kein Finanzierungsdefizit ausweist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist zugleich der zweite vollständig kaufmännische Produkthaushalt, der die gesamte Vermögensentwicklung der Stadt im Blick hat, Abschrei-

bungen berücksichtigt und Rückstellungen für künftige Verpflichtungen bildet.

Der Haushaltsplan-Entwurf für die Jahre 2017 und 2018 fügt sich in das Finanzkonzept ein, das der Senat 2011 beschlossen und seitdem konsequent verfolgt hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dabei orientieren wir die Planungen nicht an den aktuell günstigen Steuerschätzungen und verlassen uns damit nicht auf anhaltend gute Wirtschaftsentwicklungen, sondern wir richten die Ausgabenlinie am langfristigen Steuertrend aus, der einen realistischen Blick auf die zu erwartenden Einnahmen ermöglicht.

Aufgrund guter Haushaltsdisziplin mit jeweils nur geringen jährlichen Ausgabensteigerungen konnten wir bereits 2014 und 2015 Überschüsse im Gesamthaushalt erreichen. Dies ist trotz guter Steuereinnahmen und niedriger Zinsen in Deutschland nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es sind nur wenige Länder, die keine neuen Schulden machen, ohne hohe Zahlungen aus dem Bund-Länder-Finanzsystem zu erhalten. Kein Euro aus dem Umsatzsteuervorgangsausgleich, kein Euro aus dem Länderfinanzausgleich, kein Euro aus Bundesergänzungszuweisungen oder Konsolidierungshilfen und dennoch Überschüsse im Gesamthaushalt, das gibt es nur in Bayern, in Baden-Württemberg und in der Freien und Hansestadt Hamburg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hamburg hat sich im Länderfinanzausgleich insgesamt wieder deutlicher ins Lager der Geberländer bewegt. Wir rechnen in den kommenden Jahren mit Zahlungen in dreistelliger Millionenhöhe. Nun sind Zahlungen an andere wirtschaftlich immer eine Belastung. Aber der Länderfinanzausgleich ist ein Solidarsystem und anders, als die Opposition behauptet, fällt Hamburg im Ländervergleich eben nicht zurück, sondern wir entwickeln uns in der Wirtschafts- und Finanzkraft stärker als andere Länder. Und das ist eine gute Grundlage für die weitere Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn da sollte sich niemand täuschen, wenn die Zeitungen schreiben, wer alles Überschüsse macht. Die öffentlichen Haushalte in Deutschland sind unter kaufmännischen Gesichtspunkten deutlich unter Wasser. Die Länder und der Bund stehen in der zahlungsbezogenen Betrachtungsweise nur deshalb gut da, weil sie die künftigen Pensionsverpflichtungen nicht ausweisen und keine Abschreibungen gegenrechnen. Das macht Hamburg seit 2015 anders.

**Das Wahlergebnis ist auf Seite 2724 zu finden.

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

Und genauso, wie wir das kamerale Defizit in den letzten Jahren in gleichmäßigen Schritten abgebaut haben, wollen wir in den kommenden Jahren auch das doppische Defizit abbauen, das trotz Überschüssen in der Finanzrechnung noch erheblich ist.

In diese Betrachtung sind neben dem Kernhaushalt auch alle anderen wirtschaftlichen Einheiten, Sondervermögen, Landesbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts, Unternehmen und Beteiligungen einbezogen, die sich wirtschaftlich auf das Vermögen der Stadt Hamburg auswirken.

Nach den Grundsätzen der staatlichen Doppik lassen sich keine wirtschaftlichen Belastungen mehr in Nebenhaushalte verlagern, ohne dass dies im Kernhaushalt sichtbar wird. Es ist also nicht mehr möglich, die Haushaltsrechnung durch den Verkauf von Immobilien, von Krankenhäusern, Hafenunternehmen oder Forderungen der Wohnungsbaukreditanstalt künstlich zu verbessern. Eine solche Vermögensmobilisierung, wie es vornehm heißt, die kurzfristig zu Einnahmen führt, aber auf lange Sicht teuer wird, hat es seit 2011 nicht mehr gegeben und wird es mit diesem Senat auch nicht mehr geben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb beabsichtigt der Senat auch nicht, städtische Unternehmen oder Beteiligungen zu verkaufen, die wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen und positiv zum wirtschaftlichen Erfolg Hamburgs beitragen.

In den Jahren 2011 bis 2014 waren es einschließlich des Ergebnisses von Hapag-Lloyd über 700 Millionen Euro. Diesen Erfolg lassen wir auch nicht dadurch in Misskredit bringen, dass man das positive Ergebnis mit der Korrektur von Bilanzierungsfehlern von 2010 und den Folgen der HSH-Nordbank-Krise von 2008 verrechnet.

Die Milliardenverluste durch eine gescheiterte Landesbankenpolitik des Vorgängersensats lassen sich im Nachhinein nicht ungeschehen machen. Die faulen Kredite liegen in der Bilanz der Bank und führen weiterhin zu Abschreibung und Verlusten. Die Restrukturierung der HSH und der Aufbau eines gesunden Neugeschäfts sind aber in den letzten Jahren gut vorangekommen.

Die Risiken aus der Gewährträgerhaftung sind von 65 Milliarden Euro auf mittlerweile unter 3 Milliarden Euro zurückgegangen. Zur Vorbereitung der von der EU-Kommission geforderten Privatisierung haben die Länder einen Teil der Altkredite nun auch direkt in eine Länderanstalt übernommen. Aber nur solche Kredite, für die die Länder ohnehin die volle wirtschaftliche Verantwortung getragen hätten, weil diese Kredite von der Garantie der Länder erfasst sind, die 2009 übernommen wurde. Wir müssen davon ausgehen, dass die Garantie zu einem großen Teil auch in Anspruch genommen

wird, und haben deshalb bereits vor zwei Jahren eine entsprechende Rückstellung in der Bilanz der Stadt gebildet.

Wie in früheren Haushaltsplänen hat der Senat auch in dem heute vorgelegten Doppelhaushalt die erforderlichen Reservepositionen eingeplant. Die Steuererträge werden weiterhin mit Vorsichtsabschlüssen geplant, die den Risiken der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen. Die Zinsplanung ist konservativ und trifft Vorsorge für einen möglichen Zinsanstieg. Neben einer allgemeinen Reserve und einer zentralen Investitionsreserve gibt es wieder ein Budget für Haushaltsrisiken im Bereich der gesetzlichen Sozialleistungen und eine zentrale Verstärkungsposition für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen.

Die gute Bewältigung der Flüchtlingskrise hat neben dem Einsatz finanzieller Mittel und einer großartigen ehrenamtlichen Unterstützung durch viele Bürgerinnen und Bürger auch zusätzliches Personal der Stadt erfordert. Deshalb ist der vom Rechnungshof mittlerweile bestätigte Personalabbau von über 1 000 Vollkräften der Kernverwaltung in den Jahren 2011 bis 2014 zwar im Jahr 2015 fortgeführt, aber durch die Einstellung zusätzlicher Beschäftigter für die Flüchtlingsversorgung in den Bezirken, dem Einwohnerzentralamt und dem Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung ergänzt worden. Das war beabsichtigt und ist richtig so.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da wir weiterhin in priorisierten Handlungsfeldern wie im Wohnungs- oder Straßenbau zusätzliches Personal benötigen, beruht der Haushaltsplan im Vergleich zur bisherigen Orientierungsgröße von 250 Vollkräften pro Jahr auf einem moderateren Personalabbau im Kernbereich der Verwaltung als früher. Dieser moderatere Personalabbau ist aber weiterhin erforderlich als gesamtstädtische Verständigung auf wirtschaftliches und sparsames Handeln, aufgabenkritisches Denken und moderne Verwaltung, zum Beispiel durch besseren IT-Einsatz.

Sehr geehrte Abgeordnete! Der Ihnen in Produktgruppen nach Aufwand und Ertrag vorgelegte Haushaltsplan lässt die Schwerpunkte des Senats deutlich erkennen. Für den Unterricht an Gymnasien sind über 400 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen, für Stadtteilschulen mehr als 500 Millionen Euro und für Grundschulen rund 600 Millionen Euro pro Jahr. Die Kostenermächtigungen für die Kindertagesbetreuung betragen fast 800 Millionen Euro jährlich. Für Hochschulen, Wissenschaft und Forschung sind über 1 Milliarde Euro eingeplant. Damit nehmen wir weiterhin einen Spitzenplatz unter den Bundesländern in Deutschland ein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Innere Sicherheit soll gestärkt werden durch mehr Mittel für Polizei, Feuerwehr und Justiz. Die

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

Auszahlung für Investitionen für Verkehrsprojekte, Krankenhäuser, den Hafen und andere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur betragen rund 700 Millionen Euro pro Jahr. Ein weiterer großer Teil der städtischen Investitionen erfolgt zusätzlich über das Sondervermögen Schulbau, städtische Projektgesellschaften und öffentliche Unternehmen, die hierfür die entsprechenden Zuschüsse oder Mietzahlungen aus dem Kernhaushalt erhalten.

Mit dem Haushaltsplan 2017/2018 und der Finanzplanung bis 2020 werden die finanziellen Grundlagen geschaffen, um die Schwerpunktthemen und Prioritäten des Senats umzusetzen: die Fortführung der Wohnungsbauoffensive für eine wachsende Stadt, die Stärkung des Bildungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes, der weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Fortsetzung der Sanierung der öffentlichen Infrastruktur, eine Stärkung der Inneren Sicherheit und die Verbesserung der Lebensqualität durch moderne Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik.

Der Senat hat einen Haushaltsplan-Entwurf vorgelegt, der den Haushalt konsequent weiter konsolidiert, aber zugleich die richtigen politischen Schwerpunkte setzt und damit die Voraussetzungen schafft für eine gute Entwicklung Hamburgs. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Thilo Kleibauer von der CDU-Fraktion.

Thilo Kleibauer CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich die Haushaltsentwicklung in dieser Stadt ansieht, dann gibt es in der Tat drei Sonderfaktoren, die kein Finanzsenator vorher genossen hat und über die sich jeder andere Senat wahrscheinlich gefreut hätte. Wir haben seit sieben Jahren steigende Steuern, einen Trend, den es so in dieser Zeitabfolge seit Jahrzehnten nicht gegeben hat. Wir haben historische Niedrigzinsen

(Farid Müller GRÜNE: Ist das Neid?)

und wir haben, wenn man sich den Vergleich seit 2011 anschaut, 400 Millionen Euro mehr Bundesmittel, also eine große Unterstützung, die vom Bund kommt für diesen Landeshaushalt. Und gerade in einer solchen Phase muss man doch in der Haushaltspolitik ein solides Fundament auch für die schlechteren Zeiten, die wieder kommen werden, legen, man darf sich nicht ausruhen. Und bei diesem Senat und bei dieser Haushaltspolitik haben wir leider den Eindruck, dass er sich auf diesen Zahlen sehr deutlich ausruht.

(Beifall bei der CDU)

Der Rechnungshof hat zum Auftakt dieser Woche eine sehr lesenswerte Analyse vorgelegt, in der auch die Haushaltspläne 2017/2018 eingeflossen sind, das Monitoring Schuldenbremse. Von zwölf Ampeln sind in dieser Situation mit vielen positiven Einnahmefaktoren fünf Ampeln auf Gelb, vor zwei Jahren waren es gerade noch vier. Es wird darauf hingewiesen, dass Reserven aufgebraucht werden, die Personalstrategie des Senats ist nicht aufgegangen, die Investitionshöhe ist sehr kritisch zu sehen, das Thema Verlagerung von Schulden in Tochterorganisationen der Stadt. Es werden sehr viele Haushaltsrisiken dort erwähnt. Lesen Sie sich diese Analyse durch. Als der Rechnungshof das vor einem Jahr gemacht hat, hatte ich bei dem Senat nicht den Eindruck, dass er ernsthaft darauf reagiert hat. Aber diese Warnhinweise müssen wir ernst nehmen, wenn wir uns den Haushalt ansehen.

(Beifall bei der CDU)

Und ich fand es interessant, Herr Dr. Tschentscher, dass Sie gesagt haben, das Finanzkonzept des Senats werde seit 2011 konsequent durchgesetzt. Ja, da fragt man sich doch, wo ist denn das Konzept überhaupt noch? Das ist doch gar nicht mehr zu erkennen. Das Konzept ist doch Prinzip Hoffnung, und das Prinzip ist Orientierungslosigkeit. Sie haben auch noch gesagt, es gehe darum, den Ausgabenanstieg zu begrenzen. Wir haben auch in den letzten Haushaltsberatungen immer nachgewiesen, dass das nur mit Tricks, mit Verschiebungen, mit Verlagerungen im Haushalt machbar ist. Wenn man sich noch einmal die Entwicklung ansieht: Seit 2011 haben Sie 1 Milliarde Euro an Zinsen gegenüber der ursprünglichen Planung eingespart. Das wurde zusätzlich ausgegeben, das wurde verkonsumiert. Sagen Sie also nicht, dass Sie Ihr Konzept der Ausgabenbegrenzung ganz sicher und souverän über die Jahre durchgehalten haben.

Wenn man sich den Haushaltsplan-Entwurf anschaut für 2017/2018, dann sehen wir einen deutlichen Anstieg. Die Ausgaben steigen um über 6 Prozent. Das ist nicht nur die Änderung beim Finanzrahmengesetz, wo man den anderen Steuertrend einbezieht, es werden auch mir nichts, dir nichts einfach noch einmal 300 Millionen Euro zusätzlicher Einnahmen eingeplant, unterstellt, die dazu führen, dass das Ausgabenvolumen deutlich steigt. Es wird immer deutlicher, die Ausgaben folgen nicht Ihrem Konzept, sondern dem, was sich konjunkturell darstellen lässt, Herr Finanzsenator, und das ist zu wenig in diesen Zeiten.

(Beifall bei der CDU)

Die Zahlen Ihrer Ankündigungen, Ihre Konzepte: Sie haben noch einmal hervorgehoben, 2014 habe es einen Überschuss von 400 Millionen Euro gegeben. Als Sie diesen Überschuss angekündigt haben, haben Sie auch gesagt, diese 400 Millio-

(Thilo Kleibauer)

nen Euro würden getilgt. Das war ein leeres Versprechen. Wo können wir denn die Tilgung ableisen? Ende 2013 waren die Schulden nach Ihrer eigenen Statistik bei 23,2 Milliarden Euro, Ende 2014 waren sie bei 23,2 Milliarden Euro, Ende 2015 waren Sie bei 23,2 Milliarden Euro und zum 30. Juli dieses Jahres waren sie immer noch bei 23,2 Milliarden Euro. Da haben Sie offensichtlich den Überblick über die eigene Kassenlage verloren. Das ist ein Widerspruch in Ihren eigenen Zahlen und Aussagen, den Sie uns erklären müssen, Herr Senator.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie auch gesagt – das haben Sie im Juni 2016 schon gesagt nach dem Senatsbeschluss, als der Senat den Haushaltsplan-Entwurf vorgestellt hat –, es gäbe überall mehr Reserven, Vorsichtsabschläge, da ist der Senat sehr vorsichtig unterwegs. Dann machen wir doch einmal den Faktencheck. Vorsichtsabschlag Steuern: fällt niedriger aus. Beim letzten Doppelhaushalt haben Sie 2,9 Prozent der Steuern abgezogen, diesmal 2,6 Prozent. Das ist weniger, Herr Senator. Da fehlen 57 Millionen Euro, die Sie sozusagen als Vorsichtsabschlag herausgenommen haben. Zentrale Reservemittel Personal: letztes Mal im Bereich 100 Millionen Euro, geht jetzt herunter auf 80 Millionen Euro, im Jahr 2018 sogar nur 60 Millionen Euro. Allgemeine Reserve: war sonst immer im Bereich 50 Millionen Euro, geht jetzt herunter auf 30 Millionen Euro. Gleichzeitig erhöhen Sie die globalen Minderkosten in allen Fachbehörden, es gibt zusätzliche Einsparvorgaben. Das ist doch nicht transparent, das wirft Fragen auf.

Sie haben seit Juni 2016 auch noch diverse Umbuchungen vorgenommen, bei denen man sich auch noch einmal im Einzelnen überlegen kann, ob das alles denn so zutreffend ist. Vielleicht galt das im Juni noch, aber spätestens danach wurden die Reserven noch einmal deutlich abgesenkt, und insofern ist es falsch, Herr Senator, wenn Sie sagen, es gäbe sehr viele Reserven und Sicherheitsposten in diesem Haushalt. Das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben zu Recht angesprochen – das debattieren wir auch nicht zum ersten Mal in diesem Haus – das große Haushaltsrisiko, das aus der HSH Nordbank resultiert. Und wir sehen, es materialisiert sich immer weiter. Sicherlich sind zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche gravierende Fehler passiert,

(Wolfgang Rose SPD: Ach, nein!)

die die Stadt lange belasten werden. Aber auch da sollte sich ein Finanzsenator, der seit fünf Jahren im Amt ist, selbstkritisch fragen, welche Fehler zu seiner Amtszeit entstanden sind, Herr Senator. Und man darf nicht vergessen, dass die HSH Nordbank im Jahr 2015 die höchsten Wertberichter-

ungen aller Zeiten, noch höher als im Krisenjahr 2009, ausgewiesen hat. Und das war zu Ihrer Amtszeit, Herr Senator.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Inanspruchnahme aus der Garantie ist die Prognose von Dezember 2015 bis März 2016 einmal eben um über 1 Milliarde Euro angehoben worden. Das war zu Ihrer Amtszeit, Herr Senator Tschentscher. Sie geben ein Heidengeld aus für Berater – das ist sicherlich in Teilen auch notwendig, 36 Millionen Euro Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der HSH Nordbank –, aber dann stellen Sie sich diesem Thema und dann stellen Sie sich auch den Fehlern, die in Ihrer Amtszeit dort passiert sind.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gesagt, es sei nun alles in der doppelten Welt, es gebe jetzt gar nichts mehr, man könne da gar nicht mehr Vermögen mobilisieren et cetera. Dann bleiben wir doch ein bisschen bei dem Thema, was neben dem eigentlichen Kernhaushalt ist, wo man immer so schön die Überschüsse im Haushalt hat, weil da die Steuereinnahmen in der jetzigen Höhe einfließen. Der Verlustausgleich für die HGV – ich glaube, frühere Finanzsenatoren können sich daran erinnern, dass die HGV etwas abgeliefert hat, nun sind wir in Zeiten eines Verlustausgleichs – steigt immer weiter. Sie planen bis 2018 ein Rekordvolumen von 114 Millionen Euro ein. Wir haben das Thema Beteiligung später noch einmal auf der Tagesordnung, ich hoffe, Sie bleiben im Haus, Herr Senator, aber es zeigt sich doch schon an dieser Zahl, dass im Bereich des Beteiligungsmanagements das eine oder andere im Argen liegt.

Die Verschuldung der Nebenhaushalte geht weiter durch die Decke. Das ist doch auch die Zahl, die wir immer sehr intensiv verfolgen und wo auch vom Statistischen Bundesamt die Zahlen geliefert worden sind. Sie wollen die Bürgschaften ausweiten auf Bäderland, Sie wollen die Bürgschaften bei der HPA erhöhen, Sie wollen f & w fördern und wohnen weiter verschulden. Sie verlagern Probleme, anstatt sie zu lösen, Sie verschieben die Probleme auf der Zeitachse, und damit schaffen Sie die Gefahr künftiger Sanierungsfälle. Das ist nicht okay in diesen Zeiten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich dann von Ihnen höre, wir müssten überhaupt kein Vermögen mobilisieren, dann frage ich mich, warum Sie denn in dieser guten Haushalts- und Einnahmelage Mittel in steigender Höhe aus den Versorgungsrücklagen der Stadt entnehmen. Warum nehmen Sie ansteigende Liquidität aus dem Bereich des Immobilienmanagements? Auch das ist ein Punkt, bei dem der Rechnungshof zu Recht drauf hingewiesen hat, die Reserven würden hier aufgezehrt und die Reserven könne man nur

(Thilo Kleibauer)

einmal nutzen. Und warum nutzen wir sie in dem Zeitraum, in dem wir Rekordsteuereinnahmen haben, Herr Senator?

(*Farid Müller GRÜNE*: Das sollten Sie eigentlich wissen!)

Das müssen wir auch im Rahmen der Haushaltsberatungen sehr kritisch diskutieren.

Wenn man sich das Thema öffentliche Unternehmen, Nebenhaushalte, anschaut, müssen wir sagen, der Weg zum doppelten Haushalt, zum kaufmännischen Rechnungswesen ist richtig und wichtig, aber wir müssen dann auch etwas weitergehen und noch etwas stärker auch die Konzernbilanz in den Blick nehmen. Der Kernhaushalt, den wir hier intensiv diskutieren werden, ist an manchen Stellen wenig aussagekräftig, wenn man nicht auch die Gesamtorganisation einbezieht – auch darauf hat der Rechnungshof hingewiesen –, und diese Konzernbilanz mit einer deutlichen Überschuldung, die wir nun einmal haben, dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator, ich möchte noch einen Punkt erwähnen, zu dem Sie auch etwas gesagt haben, das Thema Personal. Es steht ein wenig davon im Finanzbericht, jetzt stockt man auf, gerade im Bereich der Bezirke, der Kundenzentren, der Bauprüfungsabteilung et cetera.

(Zuruf von *Farid Müller GRÜNE*)

– Wie bitte?

(*Farid Müller GRÜNE*: Das haben Sie doch alles gefordert!)

– Ja, aber die Frage ist, was denn da passiert. Da müssen Sie einmal den Finanzbericht zu Ende lesen, wir stocken jetzt auf, und im Zeitraum der Finanzplanung wird wieder massiv abgebaut.

Es ist eine sehr merkwürdige Strategie, jetzt, wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, bessert man bei den Bezirken nach, und gleichzeitig müssen die Bezirke 55 Prozent der Abbauverpflichtung beim Personal in den nächsten Jahren tragen. Also was ist denn daran die Sinnhaftigkeit der Strategie, Herr Müller? Das können Sie uns vielleicht gleich einmal erklären.

(Beifall bei der CDU)

Es zeigt sich, dass dieser Haushalt an vielen Stellen nicht ehrlich ist, dass er intransparent ist, dass auch Vergleichbarkeit bewusst eingeschränkt ist, und das werden wir sicherlich im Rahmen dieser Haushaltsberatungen diskutieren.

Was wir ebenfalls diskutieren sollten: Wir haben am Anfang erwähnt, es gebe gute Steuereinnahmen. Das hat auch etwas mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu tun bei denen, die als Angestellte ihre Einkommensteuer zahlen und sich ab und

zu über eine Entlastung freuen. Ich weiß, wie mühsam es war, hier den Senator in Richtung Abbau der kalten Progression zu bewegen vor einem Jahr,

(*Michael Kruse FDP*: Oder Ihre Kanzlerin seit 12 Jahren!)

aber es ist auch wichtig, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit dieser Stadt als Basis für künftige Einnahmen im Blick behalten. Und das betrifft natürlich Infrastrukturinvestitionen, die wir sehr kritisch hinterfragen werden, das betrifft den Bereich Wissenschaft und Forschung, das betrifft den Bereich Wirtschaft, was wir im Bereich der Unternehmensgründungen tun und so weiter. Wenn wir uns auch künftig über steigende Einnahmen freuen wollen, ist es wichtig, dass wir diese wirtschaftliche Basis für künftige Einnahmen der Stadt nicht aus dem Blick verlieren. In diesem Sinne freue ich mich über kritische, aber auch über konstruktive Haushaltsberatungen, die wir in diesem Haus und in den Ausschüssen führen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Kleibauer. – Als Nächster hat Herr Quast von der SPD-Fraktion das Wort.

Jan Quast SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die zentrale Botschaft dieses Haushalts ist doch: Wir werden im Kernhaushalt keine neuen Schulden mehr machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und zwar nicht, wie schon so oft früher verkündet, am Ende einer längeren Periode, sondern schon nächstes Jahr, 2017, nicht mehr. Dieser Haushalt zeigt, Investieren und Konsolidieren geht zusammen. Das zeigt der uns heute vorgelegte Haushaltsplan-Entwurf der rot-grünen Koalition, der damit in der guten Tradition der auf die Schuldenbremse ausgerichteten Haushalte der letzten fünf Jahre steht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kleibauer, wenn Sie von Intransparenz sprechen, dann kann ich Ihnen wirklich nur empfehlen, die Haushaltsberatungen zu nutzen, um nachzufragen. Ich glaube, kein Haushalt der Vergangenheit ist so transparent, indem er nämlich so sehr Zukunftslasten abbildet und Investitionsmaßnahmen abbildet, Abschreibungen dafür aufzeigt, über Pensionen informiert wie ein doppelter Haushalt. Sicherlich müssen wir damit noch üben, Sie vor allen Dingen. Fragen Sie nach, Sie werden so viele Informationen bekommen, wie wir sie früher nie hatten.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

(Jan Quast)

Der Rechnungshof hat den Haushaltsplan-Entwurf bewertet. Er hat auch Haushaltsrisiken benannt, Herr Kleibauer, wobei ich in vielen Feldern anderes aus dem Rechnungshofbericht lese, als Sie das hier tun, denn dort steht, dass er eine nachhaltige finanzwirtschaftliche Strategie des Senats bewertet hat, die Einhaltung der Schuldenbremse testiert und auch eine erfolgreiche Umsetzung der Finanzplanung auf Basis des Haushaltsplans weiterhin erwartet. Ihre Interpretation ist doch sehr eigensinnig, zumal eine weitere Ampel auf Gelb gegangen ist, also sich positiv entwickelt hat. Vor dem Hintergrund verstehe ich auch Ihre Diskussion um die Nebenhaushalte nicht. Dort ist eine grüne Ampel. Es gibt keine rote Ampel, was im Hinblick auf die Verschuldung in Nebenhaushalten von Ihnen gerade dargestellt wurde. Das ist im Rechnungshofbericht vollkommen anders dargestellt. Vielleicht sollten Sie den noch einmal in Ruhe lesen und da etwas sachlicher herangehen.

(Ksenija Bekkeris SPD: Ja, guter Tipp!)

Auch das Thema Personal führt der Rechnungshof intensiv aus, das haben Sie eben auch noch einmal gemacht, und er sagt dort, es gebe keinen ungebremsten Personalabbau und die Entwicklung des Personalaufwands im Haushaltsplan-Entwurf bleibe in einem Rahmen, der die Einhaltung der Schuldenbremse nicht gefährde. Was wollen wir denn mehr hören?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist richtig, wir haben in den letzten Jahren in einigen Bereichen Personal aufgebraucht, denn wir werden den Ansprüchen an eine Regierung, die eine prosperierende Metropole mit sich bringt und die die Bedürfnisse der hier lebenden Menschen mit sich bringen, gerecht. Wir bilden mehr Polizei- und Feuerwehrbeamte aus und investieren so in Sicherheit. Wir stärken die Steuerverwaltung durch mehr Ausbildung und investieren so in mehr Steuergerechtigkeit. Und wir stellen Lehrerinnen und Lehrer ein und investieren damit in Bildung und Chancengleichheit. Wer von Ihnen will das kritisieren?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben auch mehr Personal aufgebaut, wo es nicht geplant war, nicht planbar war, nämlich vor allem für die Betreuung und Unterbringung von Geflüchteten. Das war wichtig und ist richtig und orientiert sich an den Bedarfen. Auch da frage ich Sie: Wer will das kritisieren?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der heute vorgelegte Finanzplan weist den Weg für die Zukunft. Wir werden den Personalkörper weiter umbauen, bedarfsgerecht und verantwortungsvoll mehr Personal für Bildung und Sicherheit, mehr Personal für Wohnungsbau und Bürgerservice einstellen, weniger Personal in der Verwal-

tung haben in moderaten Abbauschritten unter Nutzung der Fluktuation von Aufgabenkritik und stärker IT-gestützten Abläufen. Diese Personalentwicklung folgt damit den Schwerpunkten unserer Koalition für die kommenden Jahre.

Bildung und Chancengerechtigkeit zu ermöglichen bleibt unser prioritäres Ziel, und das beginnt in der Kita. Seit Anfang August wurden die Betreuungsschlüssel der Kinder im Alter von 25 bis 36 Monaten erneut verbessert. 2017 wird das erste komplette Jahr sein, in dem diese Verbesserung fruchtet. Die Verbesserungen erreichen dabei immer mehr Kinder, das ist gut für Chancengleichheit, aber es erfordert auch einen ständig wachsenden Einsatz zusätzlicher Mittel, und das leisten wir.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben es eben diskutiert, an den allgemeinbildenden Schulen stellen wir bei wachsenden Schülerzahlen weiter kleine Klassen und hohe Qualität sicher. Dafür erhalten die allgemeinbildenden Schulen 473 zusätzliche Vollzeitstellen. Gleichzeitig stärken wir die Inklusion, den Ganzttag und die berufsbildenden Schulen personell und investieren 25 Millionen Euro in die ganztagsgerechte Ausstattung von Schulkantinen, Räumen und Flächen. Insgesamt, und auch dort greife ich einen Kritikpunkt von Ihnen auf, Herr Kleibauer, investieren wir allein in den Schulbau 2017 400 Millionen Euro, so viel wie noch nie.

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GRÜNE)

Wir investieren auch in die Gesundheitsversorgung und erhöhen die Krankenhausinvestitionen auf fast 100 Millionen Euro, indem wir zusätzliche Hamburger Mittel einsetzen, um auch Mittel des Bundes aus dem Strukturfonds zu generieren.

Beim Wohnungsbau ruhen wir uns nicht auf den Erfolgen der letzten Jahre aus, die sich doch wirklich von dem unterscheiden, was Sie jemals geleistet haben, nein, wir legen noch einmal nach. Für eine bessere Wohnraumversorgung und stabile Mieten wollen wir künftig 10 000 neue Wohnungen im Jahr genehmigen, davon mindestens 3 000 öffentlich geförderte Wohnungen. Dafür finanzieren wir zusätzliche Stellen in den Bezirken für Planung und Baugenehmigung und erhöhen die Zahlen an unseren Investitions- und Förderbanken für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Von 2016 auf 2017 steigen die Kosten für Transferleistungen im Wohnungsbereich um über 20 Millionen Euro auf 144 Millionen Euro in 2017, und 2018 werden es dann fast 160 Millionen Euro sein, die wir hier investieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

All das ließe sich fortsetzen, Sie können aber auch in den Fachausschuss- und Haushaltsausschussdiskussionen diese Punkte noch einzeln

(Jan Quast)

herausarbeiten und besprechen. Ich will das an dieser Stelle gar nicht tun. Wir werden uns im Haushaltsausschuss auch intensiv mit den Risiken beschäftigen, die der Rechnungshof benannt hat, die der Finanzsenator benannt hat, Stichpunkt HSH Nordbank, das haben Sie selbst gesagt. Und da verstehe ich dann wirklich nicht, Herr Kleibauer, wie Sie dazu kommen, Herrn Tschentscher hier Fehler zu unterstellen.

(Karin Prien CDU: Ja, das wäre ja Majestätsbeleidigung! – Jörg Hamann CDU: Ich verstehe das nicht! – André Trepoll CDU: Das Schlimme ist, dass Sie das selbst glauben!)

Das, was Sie erleben, was wir in den letzten Jahren diskutiert haben und ausräumen mussten,

(Thilo Kleibauer CDU: Wer hat denn den jetzigen Vorstand der Bank ausgesucht?)

ist doch auf den Wahnsinn zurückzuführen, der in den Jahren 2001 bis 2004 vornehmlich durch Finanzsenatoren der CDU veranstaltet wurde.

(Zuruf von Thilo Kleibauer CDU)

Das holt uns alle ein. Und ich finde, wir haben nicht überall das optimale Ergebnis erreichen können, aber das ist auch nicht die Entscheidung der Stadt Hamburg allein gewesen. Aber das, was der Finanzsenator, was der Bürgermeister, was die Landesregierung in Kiel herausgeholt haben, ist das, was für Hamburg herausholbar war. Das ist ein guter Weg am Ende, einer, der uns zumindest Klarheit gibt darüber, wo wir landen können. Das, glaube ich, sollten Sie nicht kleinreden, indem Sie auch noch die Tatsachen verdrehen bei der Frage, wer das eigentlich angerichtet hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jeder gute Haushaltsplan-Entwurf lässt sich immer noch verbessern. Ich bin gespannt, ob Sie dazu in der Lage sind. Wir haben schon öfter bewiesen, dass wir gute Ideen haben und diese zusätzlich einbringen. Die Koalition wird das auch tun. Ein für uns wichtiger Bereich ist in diesem Fall das Thema Kultur. Wir haben dafür gesorgt, dass die Betriebskosten der Elbphilharmonie nicht zulasten des Kulturhaushalts gehen. Und wir haben auch bereits Verhandlungen mit den Privattheatern geführt, weil wir glauben, dass wir dort am Anfang bei deren Finanzierung für die Spielzeit ab 2017/2018 noch einmal einen etwas größeren Schritt gehen können, um diese abzusichern. Wir werden dann einen entsprechenden Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen vorlegen, um diese für Hamburg doch wichtigen Einrichtungen zu stärken.

Der frühere britische Premierminister Eden hat einmal gesagt:

"Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigiebigkeit im Besonderen".

(Thilo Kleibauer CDU: Da haben Sie aber lange nach einem Zitat gesucht! – Zuruf von Jörg Hamann CDU)

Ich bin sehr gespannt auf die Haushaltsberatungen, insbesondere auf die Opposition, weil sich an den ersten Beratungen in den Fachausschüssen schon abzeichnet, dass das, was Sie hier verkaufen, Herr Kleibauer, nämlich die Sparsamkeit im Allgemeinen, nichts mit den Forderungen Ihrer Kolleginnen und Kollegen in den Fachausschüssen zu tun hat, die dann die Freigiebigkeit im Besonderen fordern werden. Trotzdem wünsche ich uns erfolgreiche Haushaltsverhandlungen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält jetzt Farid Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir GRÜNE begrüßen es sehr, dass wir den Doppelhaushalt 2017/2018 ohne neue Schulden beschließen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage das deswegen noch einmal, weil es durchaus nichts Selbstverständliches ist. Sie wissen alle, dass die Herausforderungen der Zuwanderung uns auch finanziell alle – im Bund und in den Ländern, in den Kommunen – sehr fordern, und da wir Stadtstaat sind, uns eben doppelt fordern.

Herr Kleibauer, Sie haben gefragt, warum wir jetzt teilweise an die Reserven gegangen sind, teilweise nicht mehr so viel zurücklegen. Ja, das ist die Kehrseite der Medaille, die Kehrseite von "Wir schaffen das". Wir müssen das ausfinanzieren, was Ihre Kanzlerin gesagt hat. Das tun wir hier gern. Aber wir lassen uns dann von Ihnen nicht vorwerfen, dass das unseriös sei, denn das ist unseriös, Herr Kleibauer.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Mit Blick auf DIE LINKE, die uns nun die Sorge des Rechnungshofs in puncto Investitionen gleich als Tatsache vorwerfen, wir würden nämlich nicht genug investieren in dieser Stadt wegen der Schuldenbremse, kann ich nur sagen, auch das ist eine Verwechslung zwischen einer Befürchtung für die Zukunft – dazu sehen wir momentan überhaupt keinen Anlass –,

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Der Rechnungshof aber!)

und der Realität in diesem Haushalt. Der Kollege hat es schon ein bisschen angedeutet. Wir und auch andere haben im Länderfinanzranking deut-

(Farid Müller)

lich gesagt, dass Hamburg pro Einwohner mit den Investitionen an erster Stelle steht in der Republik, und das ohne Strukturmittel aus dem Bund und zusätzlich mit der Einzahlung in den Länderfinanzausgleich.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Wir stehen an erster Stelle in der Republik bei der Investition pro Einwohner. Ich finde, da müssen wir uns nicht verstecken, und da braucht man heute auch keine Sorgen zu haben, dass wir von diesem Weg abgehen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Natürlich muss man das im Blick halten, und ich finde angesichts dessen die vorgetragene große Sorge larmoyant, was wir nur in Hamburg mit den Nebenhaushalten machen würden. Wir sehen jetzt einmal auf den Schulbau Hamburg. Den haben wir zusammen eingerichtet, Herr Kleibauer, unter Schwarz-Grün, die SPD hat das fortgeführt, und wir investieren dort mehr denn je.

Wir haben uns viel vorgenommen. Wir wollen es schneller machen für die Schüler, weil wir mehr Schülerinnen und Schüler haben. Und auch wenn die Kollegin Prien kritisiert, dass dafür nun Container herumstehen, während wir sanieren und umbauen, bleibt es doch eine Tatsache, dass dieser Weg von Ihnen mit beschritten wurde und wir ihn jetzt fortführen. Ich kann wirklich nicht verstehen, Herr Kleibauer, warum Sie uns jetzt vorwerfen, dass wir das tun, was Sie angefangen haben.

(*Thilo Kleibauer CDU*: Ich habe fördern und wohnen gesagt!)

Wir machen es besser und wir machen es intensiver als Sie. Und ich finde, das ist kein Grund für einen Vorhalt, sondern eigentlich wäre das einmal ein Grund zumindest für ein leises Lob von der Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir schieben nicht nur Investitionen aus dem Kernhaushalt an und aus dem Schulbau Hamburg zum Beispiel, sondern wir haben auch noch beschlossen, Flüchtlingswohnungen zu initiieren. Das sind Investitionen, die wir anschieben, bei denen wir zurückmieten, die aber nicht gekommen wären, wenn wir nicht gesagt hätten, wir wollen, dass die Geflüchteten in dieser Stadt nicht irre lange in Containern und Holzhäusern oder gar Zelten schlafen müssen. Das haben wir angeschoben und das sind noch einmal Hunderte von Millionen Euro an Investitionen, die durch diesen Senat in Gang gesetzt werden und wurden. Auch das gehört als Teil der Wahrheit, was wir für die Zukunft in diese Stadt investieren, dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Denn die Kehrseite ist doch, dass die Integration über die Arbeit und auch über die Schule nur funktionieren kann, wenn diese Familien ein richtiges Dach über dem Kopf haben und nicht in irgendeiner Gewerbehalle hausen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen in diese Richtung gehen. Wir wollen, dass die Integration klappt, aber dafür muss man eben – das ist die Kehrseite der Medaille von "Wir schaffen das" – auch das Geld in die Hand nehmen, damit es etwas wird. Sonst wird es letztlich am Ende teurer.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und in Richtung DIE LINKE: die Grunderwerbssteuer. Ich habe, ehrlich gesagt, überhaupt nicht verstanden, warum wir die Grunderwerbssteuer wegen der Investitionsquote noch einmal erhöhen sollen, obwohl sie doch gut ist, so hoch wie nie. Das schlagen Sie vor. Ich muss ehrlich sagen, in einer Situation, in der die Immobilienpreise gerade auch in Hamburg durch die Decke gehen, ist es mir ein völliges Rätsel, wie Sie auf diese Idee kommen können, das auch noch zu verteuern und anzuhetzen. Ich glaube, das ist keine gute Idee, und wir werden das auch nicht machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die FDP, ich lese es einmal vor, hat einen schönen Satz:

"Es bedarf hier einer endlich wirklichen Aufgabenbeschreibung [...]"

Wir haben Bücher ohne Ende bekommen für die Haushaltsberatungen, da können wir doch einmal nachsehen, wie viele Aufgabenbeschreibungen da sind – und jetzt kommt es:

"[...] und einer finanzierbaren Personalpolitik".

Gerade die FDP hat sich doch in letzter Zeit sehr hervorgetan, uns in den Fachbereichen zu sagen, wir würden viel zu wenig Personal in der Justiz haben, viel zu wenig bei der Polizei und in der Kultur und so weiter.

Ich sage Ihnen, diese Doppelzüngigkeit überlegen Sie sich bitte noch einmal in der FDP. Finden Sie eine Linie. Wir haben sie gefunden. Wir werden da investieren an Personal, wo es gebraucht wird. Wir sind bezüglich der Einwohnerzahlen eine wachsende Stadt. Es ist auch klar, dass wir dann in einigen Bereichen mit dem Personal hinterherarbeiten müssen. Das haben Sie immer schon gefordert, aber Sie fordern immer noch einmal eins drauf. Da müssen Sie sich mit Ihren Haushaltspolitikern einmal unterhalten, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist ein sehr großer Bereich, der auch schon angekündigt worden ist beim Thema Investitionen.

(Farid Müller)

Bei der Wohnraumförderung in dieser Stadt ist uns klar, wenn wir jetzt von 6 000 auf 10 000 Wohnungen gehen, dass wir auch investieren müssen in das Grün dieser Stadt. Denn die Verdichtung, die damit einhergeht in Hamburg, werden wir sonst bei den Baugenehmigungen und vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen nicht mehr ohne große Konflikte erreichen. Die Hamburgerinnen und Hamburger lieben ihr Grün und wir wollen, dass sie es weiter lieben können, und sie sollen es auch behalten. Aber dazu muss man ein paar Euro mehr in die Hand nehmen. Wir investieren in das öffentliche Grün mit diesem Haushalt und wir werden auch – Sie haben es vielleicht durch die Medien mitbekommen – über den Natur-Cent noch einen Ausgleich für diese weitere Verdichtung auf den Weg bringen, damit Hamburg weiter eine grüne Stadt bleibt. Das ist die andere Medaille des Wohnungsbaus und es ist eine sehr wichtige, damit er gelingt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
André Trepoll CDU: Davon werden doch keine neuen Grünflächen geschaffen!)

Natürlich wird weiter in Straßen investiert, und wir haben diese Baustellen. Aber wir haben uns auch vorgenommen, den Radverkehr mehr zu fördern, weil das nämlich die andere Seite der Medaille ist; wir wollen nämlich, dass die Menschen, die ihr Rad mehr einsetzen wollen, ob zur Arbeit oder in der Freizeit, dies auch mit vernünftigen Radwegen können. Das kann ebenfalls eine Entlastung bedeuten im Verkehr und natürlich auf den Straßen und kann Platz machen für den Verkehr, der notwendig ist und der durch diese Stadt rollen muss. Aber es sollen eben auch diejenigen ermuntert und befähigt werden, umzusteigen auf das Rad, wenn sie es wollen. Das haben wir mit diesem Haushalt auf den Weg gebracht, mehr als 30 Millionen Euro in den nächsten Jahren. Auch das ist ein Signal in die Stadt, von dem wir glauben, dass es für die Zukunft unabwendbar ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und zum Schluss – es gäbe noch viele andere Bereiche, die sind auch schon erwähnt worden – will ich gern noch einen Punkt nennen, der uns als SPD und GRÜNE sehr am Herzen liegt. Es ist bereits angeklungen: der Kulturhaushalt.

Er wird erstmals richtig steigen, und zwar auch ohne die Elbphilharmonie. Und wir werden für die Bühnenhallen, wir werden ebenfalls für die Stadtteilkultur mehr Geld in die Hand nehmen und – Sie haben es schon mitbekommen durch die Medien und auch im Ausschuss beraten – auch die Privattheater werden mehr Geld bekommen, und zwar sehr viel mehr Geld für die nächsten Jahre mit einem sicheren Aufwuchs. Dafür investieren wir in der Kultur. Auch in diesem Bereich sagen wir, da kann es dann nicht bergab gehen, weil alle anderen Bereiche stabil langsam aufwachsen. Deswe-

gen freuen wir uns, dass wir in der Kultur ein deutliches Zeichen setzen können. Wir bauen nicht nur Straßen und Fahrradwege, sondern wir sorgen eben auch dafür, dass die Leute sich in dieser Stadt wohlfühlen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Haushaltsdebatten sind immer ein sehr breites Spektrum aller möglichen Fragestellungen, die angesprochen werden. Ich versuche mich dieses Mal zu konzentrieren, auch wenn ich mich darauf gefreut habe, dass es zwei schöne Ankündigungen gibt. Die Kultur bekommt mehr, und für die Flüchtlinge wird alles ausgegeben, was notwendig ist. Wir nehmen das für die Beratungen gern auf und finden das einen wichtigen Hinweis.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Gegensatz zu allen, die jetzt dazu geredet haben, will ich natürlich deutlich sagen, DIE LINKE, meine Fraktion, sieht den Haushalt und Hamburg nicht als Unternehmen oder dass es das Entscheidende ist, ob es nun Gewinn macht oder vielleicht Verluste vermeidet oder Ähnliches.

(*Michael Kruse FDP*: Das ist euch egal, nicht?)

Das habe ich gerade bei mir gemacht im Unternehmen. Da kann ich auch sagen, eine bestimmte Tätigkeit stelle ich dann ein. Für uns ist das Entscheidende zu sagen, wie der Senat in der Lage ist, mit dem gegenwärtigen Geld, das er zur Verfügung hat, die Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich in dieser Stadt möglichst gut zu erfüllen. Und das ist die entscheidende Aufgabe, die wir uns ansehen in den nächsten Monaten und bei der wir versuchen müssen, eine gewisse Bilanz zu erstellen, inwieweit das der Senat gut gemacht hat und inwieweit er das will.

Wir sind in einer relativ komfortablen Situation, ebenso der Senat. Wir haben gute Steuereinnahmen gehabt. Wir haben geringe Zinsausgaben. Und dementsprechend würde ich sagen, die Schulden sind nicht gewachsen. Darüber freue ich mich sehr. Es ist nämlich nicht so, dass DIE LINKE möglichst viel Geld ausgeben will, sondern darüber freue ich mich sehr, aber das Wichtige muss die Bilanz der Politik sein bei verschiedenen Punkten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich erwähne ein gern verbreitetes Vorurteil im Zusammenhang mit der LINKEN und Geldausgeben. Ich will Sie noch einmal an die großen Projekte der letzten Jahre erinnern. Wer hat denn dagegen ge-

(Norbert Hackbusch)

kämpft, gegen das, was die Olympia-Bewerbung bedeutet hätte für diese Stadt, und hat damit geschafft, dass wir viel Geld einsparen?

(Beifall bei der LINKEN)

Wer hat dagegen gekämpft, dass wir diesen Protzbau Elbphilharmonie hier bauen und auf diese Art und Weise Geld herausschleudern? Wir. Wir sind dagegen aufgetreten. Wir sind aufgetreten dafür, dass wir die HSH Nordbank schon vor einiger Zeit hätten abwickeln müssen. Das hätte uns auch etliches Geld gespart.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Das heißt, es ist eine andere Situation, als Sie sie darstellen, denn wir sind diejenigen, die viel stärker für ein Auskömmliches in dieser Stadt sorgen, als Sie es immer darstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch etwas Wichtiges sagen. Das Hauptproblem, das ich mit diesem Senat habe, ist, dass ich feststelle, er ignoriert die soziale Situation in dieser Stadt.

(Farid Müller GRÜNE: Wie bitte?)

Er macht eine Kampfansage an die Beschäftigten. Und ich finde, dass er intransparent ist bis zum Abwinken.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen das an den einzelnen Punkten genauer darstellen. Herr Scholz und Herr Tschentscher haben, anders als Herr Tschentscher es gegenwärtig gesagt hat, bei der Pressekonferenz, bei der sie den Haushalt präsentiert haben, gesagt – und das war in allen Zeitungen nachzulesen, das war ihre wichtige Botschaft –, dass alle Zuwendungsempfänger in dieser Stadt hätten, was sie brauchen. Das war die zentrale Aussage von Herrn Tschentscher und Herrn Scholz, alle hätten, was sie brauchen.

Und das zweite Wichtige: Es würden an keiner Stelle weniger Leistungen gegeben und so wäre es auch weiterhin in den nächsten Jahren.

Meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, die jetzt auch mit in der Stadt herumlaufen,

(Farid Müller GRÜNE: Wir laufen schon länger rum!)

was ist denn Ihre Erfahrung – nun hören Sie einmal zu – in den Diskussionen mit den Zuwendungsempfängern in den letzten Wochen? Was sagen die Ihnen denn?

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ja, was glauben Sie denn?)

Sie sagen ihnen allen, dass sie ihre Leistung einschränken müssten, weil sie seit Jahren nicht mehr

Geld bekommen haben. Und das bedeutet keinen Inflationsausgleich, es bedeutet weniger Möglichkeiten, etwas zu machen. Es ist genau das Gegenteil von dem, was der Senat versprochen hat.

(Jan Quast SPD: Was erwarten Sie denn, was die sagen?)

– Dem Senat.

Genau das haben Sie gesagt. Das heißt, es ist eine Lüge, oder wie sollen wir das bezeichnen?

(Beifall bei der LINKEN)

Ist es das, was sie brauchen? Diskutieren Sie denn mit den Bürgerhäusern, mit den Stadtteilkulturzentren?

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ja! Die kriegen auch mehr Geld!)

Diskutieren Sie darüber und sagen, wir brauchen das nicht, Sie haben alles, was Sie brauchen? Das war die Aussage von Herrn Scholz und Herrn Tschentscher.

Und ich werde Sie in all diesen Diskussionen daran erinnern, was die Aussage des Senats und was Ihre Aussage dazu ist. Mit diesem Widerspruch müssen Sie zurechtkommen. Sie können das nicht einfach so ignorieren und sagen, hier die Schönwettermeldung, und dann gibt es die anderen Diskussionen in den kleinen Diskussionen. Das funktioniert überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiterer Punkt ist die Situation im Bereich des Personals. Ich habe mir diese verschiedenen Diskussionen, die eben geführt wurden, angehört. Das Wichtige ist doch: Wenn Sie eine Situation fortsetzen, in der Sie sagen, es darf nicht mehr als 1 Prozent ausgegeben werden bei den sozialen Projekten in dieser Stadt, bedeutet das bei den Erhöhungen der Kosten, gerade der Lohnkosten, eine Einschränkung jedes Jahr von 1 oder 2 Prozent. Und das bedeutet, dass Sie dort in diesen Bereichen eine Reduzierung der Ausgaben vorschreiben, und zwar für jedes soziale Projekt und für jede Institution auch innerhalb der Behörden. Und das wissen Sie. Sie sagen, dass dies absolut notwendig sei. Das ist eine Einschränkung. Und es betrifft hier einen Bereich, in dem man nun nicht sagen kann, dass die Leute dort gut verdienen und dass es ihnen wunderbar geht, sondern einen Bereich, bei dem wir doch eigentlich gemeinsam feststellen, dass die Leute dort zu wenig verdienen, dass sie beispielsweise in den Kitas zu wenig verdienen. Und Sie sagen, das solle noch reduziert werden. Das ist eine Kampfansage an diese Menschen. Das ist eine Kampfansage an die Gewerkschaften.

(Beifall bei der LINKEN)

(Norbert Hackbusch)

Nehmen wir das Beispiel Transparenz. Es wurde groß dargestellt. Ich gebe zu, dass wir große Schwierigkeiten haben mit der Doppik, aber darüber will ich jetzt gar nichts sagen. Das wissen Sie alle genau, und das brauchen wir nicht genauer zu besprechen. Ich will Ihnen aber sagen, dass es möglich ist, mehr Transparenz herzustellen. Dazu will ich auch wieder auf die Pressekonferenz von Herrn Scholz und Herrn Tschentscher eingehen. Es wurde dort eine schöne Grafik dargestellt nach dem Motto, die Personalkosten wachsen kräftig, und zwar in den verschiedenen Ressorts. Und die richtige Frage war natürlich, wieso die denn in dem Bereich Soziales so viel mehr steigen als in dem Bereich Wirtschaft. Dann hat Herr Tschentscher gesagt, das liege doch nicht daran, dass die wirklichen Ausgaben stiegen, sondern die Rentenberechnungen seien neu gefasst worden, und aufgrund dessen stiegen die Kosten dort.

Ist das Transparenz? Unter normalen Umständen kann man den Menschen auf der Straße und uns auch sagen, das seien die Kosten, die real gestiegen seien an Löhnen, und das sei so und so gestiegen. Das ist die Berechnung aufgrund dessen, dass die neuen Renten neu zu berechnen sind. Und dann macht man das in zwei verschiedenen Tabellen und stellt Transparenz her. So, wie es jetzt ist, stellt man keine Transparenz her. Und dieses Beispiel gilt nicht nur in diesem Punkt bei der Pressekonferenz, sondern wir haben diese Beispiele an verschiedenen Punkten im Haushalt. Das finde ich unmöglich.

(Beifall bei der LINKEN – *Farid Müller GRÜNE*: Das können wir ja gemeinsam machen!)

– Das werden wir gemeinsam machen.

Wir stehen vor einer Frage: Ist eigentlich diese Stadt sozialer geworden? Eine der sehr wichtigen Fragestellungen, die doch insgesamt eine Aufgabe für die SPD ist oder für uns alle, aufgrund der Turbulenzen, die wir gegenwärtig haben in dieser Republik. Wir müssen uns gemeinsam damit auseinandersetzen.

Es gibt einen Gradmesser dafür, der uns in verschiedenen Punkten vorgelegt worden ist, der von allen auch als der richtig wissenschaftlich gemessene genannt worden ist, das ist nämlich die Armutsgefährdungsquote. Die ist absolut entscheidend. Und sie sagt uns folgende Zahlen für Hamburg: 17,4 Prozent Armutsgefährdungsquote 2005, 17,4 Prozent Armutsgefährdungsquote im Jahre 2010, 17,6 Prozent im Jahre 2012 und 18 Prozent im Jahre 2014.

Was bedeutet das? Es geht da immerhin um 300 000 Menschen in dieser Stadt. Was bedeutet das? Als Erstes bedeutet es, dass wir die Verunsicherung im Allgemeinen, die in dieser Republik vorhanden ist, ernst nehmen müssen, weil nämlich häufig hier im Parlament vergessen wird, wie die

reale Situation der Menschen ist. Und die ist nicht besser geworden in weiten Bereichen in dieser Republik und in dieser Stadt.

Das bedeutet zweitens übrigens für die SPD, alle Versprechungen, die es einmal gegeben hat, dass Hartz IV in der Lage wäre, die soziale Situation dieser Menschen real zu verbessern und sie aus dieser Problematik herauszuholen, falsch waren. Es ist doch eindeutig bewiesen, dass es ein Fehler war.

Und das bedeutet aber drittens, dass die SPD, wenn sie schon eine Bilanz ihrer Politik vorlegt, doch sagen muss, wir haben in einem zentralen Punkt versagt und sind nicht vorangekommen. Damit müssen Sie sich auseinandersetzen können und sagen, wir konnten vielleicht auch nichts machen. Aber die Situation so schönzureden, finde ich, gehört sich nicht. Dementsprechend: Es gibt noch wichtige Aufgaben in den Haushaltsberatungen. Wir werden uns damit beschäftigen. Wir haben bestimmte Momente, an denen wir das messen. – Ich bin leider nicht zu allen gekommen, aber ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vorausschauend hörte man von Senator Tschentscher in den vergangenen Jahren immer wieder den Kassandraruuf, dass Haushalte in guten und nicht in schlechten Zeiten ruiniert würden. Aber wie es mit Kassandraruufen nun einmal so ist, sie verhalten ungehört und unbeachtet. Unter Rot-Grün scheint jedenfalls genau dieses Ruinieren von Haushalten in guten Zeiten zum politischen Alltagsgeschäft geworden zu sein. Der Kassandraruuf des Finanzsenators ist folglich schon seit Längerem verstummt. Kein Wunder, hat uns der rot-grüne Senat doch mit diesem Haushaltsplan-Entwurf ein trojanisches Pferd vor das Tor des Rathauses gerollt.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Mein Gott!)

Hier liegt uns ein erschreckendes Paradebeispiel für das Ruinieren eines Haushalts in guten Zeiten vor.

(Beifall bei der FDP)

Und dieses trojanische Haushaltspferd hat es im wahrsten Sinne des Wortes in sich. Der rot-grüne Senat bekommt die Kosten offensichtlich nämlich nicht mehr in den Griff. Der veranschlagte konsumtive Gesamtaufwand im Ergebnisplan steigt 2017/2018 um 1 Milliarde Euro pro Jahr gegenüber dem letzten Doppelhaushalt auf jährlich deutlich mehr als 14 Milliarden Euro. Wohlgermerkt: trotz der allein schon 130 Millionen Euro Ersparnis bei

(Jennyfer Dutschke)

den Zinsausgaben gegenüber der damaligen Finanzplanung.

Die Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeiten liegen dennoch weit über 600 Millionen Euro pro Jahr höher als seinerzeit geplant und auch gegenüber dem fortgeschriebenen Plan für 2016. Dabei ist auch dieser wohl schon jetzt absehbar nur noch Makulatur, jedenfalls wenn man einen Blick in den Halbjahresbericht wirft.

Auch die bereits im Ist 2015 deutlich über Plan liegenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit, nämlich mehr als 12 Milliarden Euro, unterstreichen diesen Verdacht. Dabei waren auch das schon satte 1,1 Milliarden Euro mehr als noch im Jahr 2014.

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Senatsbank, der Rechnungshof hat es Ihnen gestern noch einmal attestiert. Sie rollen uns Ihr trojanisches Haushaltspferd eigentlich auf der blanken Holzfelge vor das Rathaus. Sie haben jegliche Reserven und Spielräume im Haushalt aufgebraucht und gleichzeitig noch erhebliche Verschuldung außerhalb des Kernhaushalts aufgebaut. Sie nutzen die Anpassung des Finanzrahmengesetzes schamlos bis zum Anschlag aus und lassen keinen Puffer mehr für Risiken. Im Gegenteil: Der Haushalt läuft Ihnen aus dem Ruder.

Konsolidierung: Fehlanzeige; Abbau von Risiken: Fehlanzeige; Vorsorge für die Zukunft: Fehlanzeige.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien CDU*)

Mit uns Liberalen ist das so nicht zu machen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einige Überraschungen, die das trojanische Haushaltspferd des Senats vor die Tür gestellt hat, darstellen.

Erstens: Der Senat legt seine Personalabbaustrategie de facto ad acta. Eigentlich kein Wunder, ist sie doch eh krachend gescheitert. Allein zwischen Ende 2010 und Ende 2015 wurde der Personalbestand unterm Strich um rund 1 700 Vollkräfte vergrößert. Hinzu kommen noch einmal etwa 1 900 Beschäftigte mehr bei öffentlich-rechtlichen Tochterorganisationen der Stadt. Das bedeutet allein für den Kernhaushalt inklusive Rückstellungsaufwand strukturell rund 100 Millionen Euro mehr Personalkosten pro Jahr.

Personalabbau mit Augenmaß unter Rot-Grün also: Fehlanzeige; Grün-Ziele und Kennzahlen dazu, was Rot-Grün mit diesem Mehr an Personal bis wann erreichen will: Fehlanzeige.

(Beifall bei der FDP – *Wolfgang Rose SPD*: Mit Augenmaß!)

Zweitens: Dass Sie mehr Personal benötigen, liegt bestenfalls bedingt an Hamburgs wachsender Einwohnerzahl. Denn die hat doch gerade erst vor allem wegen der Rekordzuwanderung im letzten Jahr den Stand erreicht, für den schon 2011 geplant wurde, vor der Korrektur durch den Zensus. Der Personalbedarf liegt wohl eher an den per Saldo etwa 100 neu erlassenen Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, die allein seit Mitte 2011 von diesem Senat gekommen sind.

Bürokratieabbau und Aufgabenkritik auch unter Rot-Grün: Fehlanzeige.

(Beifall bei der FDP)

Drittens: Erfreulicherweise werden für den Kernhaushalt erstmals Überschüsse geplant. Allerdings fallen diese angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen und extrem niedrigen Zinsausgaben viel zu niedrig aus. Zugleich sollen über die Sondervermögen Schulimmobilien sowie Stadt und Hafen jährlich weiterhin in dreistelligem Millionenumfang Kredite aufgenommen werden. Denen stellt der Senat die Überschüsse des Kernhaushalts gegenüber und spricht dann von einem Haushaltsausgleich inklusive der Sondervermögen im Jahr 2018. Das ist doch bereits jetzt schon Augenwischerei, denn im Wirtschaftsplan des Sondervermögens Schulimmobilien wird offen darauf hingewiesen, dass man 2017 bis 2019 zusätzliche Kreditaufnahmen aus nicht genutzten Kreditermächtigungsresten der Vorjahre einplant, und zwar im Umfang von rund einer Viertelmilliarde Euro.

Insgesamt sollen so bis 2019 noch einmal 1,1 Milliarden Euro zusätzlich Schulden aufgenommen werden, egal ob das nun entsprechend der neuen Diktion unseres Finanzsenators gute oder schlechte Schulden sein mögen. Auch hierauf werden künftig Zinsen zum Beispiel in Form von höheren Mieten für die Schulgebäude zu zahlen sein.

(Beifall bei der FDP)

Ende der Neuverschuldung vor 2019: unter Rot-Grün jedenfalls Fehlanzeige.

Viertens: Das größte Risiko außerhalb des Kernhaushalts hat der Senat benannt, es ist die HSH Nordbank. Die Summe aller Eventualverbindlichkeiten aus Garantieverprechen Hamburgs geht jedoch weit darüber hinaus. Über 15,4 Milliarden Euro zuzüglich mehr als 1,4 Milliarden US-Dollar waren es bereits zum 30. Juni 2016. Damit wurde eigentlich sogar gegen den für den fortgeschriebenen Plan 2016 festgelegten Kennzahlenwert verstoßen.

Anstatt das im Halbjahresbericht 2016 mitzuteilen, muss man jedoch erst einmal den Finanzbericht zum Haushaltsplan-Entwurf abwarten. Und genau darin wird die entsprechende Kennzahl dann vom Senat gleich ganz abgeschafft.

(Jennyfer Dutschke)

Risikotransparenz unter Rot-Grün: offenbar Fehl-
anzeige.

(Beifall bei der FDP)

Fünftens: Die Eventualverbindlichkeiten der Stadt hängen auch mit der teuren Shopping-Tour vom Ersten Bürgermeister Scholz zusammen. Der wollte bekanntlich sein beziehungsweise unser aller Hamburger Steuerzahler "Money back". Noch ist davon jedoch kein Cent zurückgeflossen. Im Gegenteil.

Insbesondere die Beteiligung an Hapag-Lloyd zehrt immer mehr am Eigenkapital der HGV. Das schlägt sich mittlerweile sogar im Ergebnisplan des Kernhaushalts nieder. Und die Reederei zeigt weiterhin keine Dividenden, was wiederum dazu führt, dass noch höhere Verlustausgleichszahlungen aus dem Haushalt und einem Bedarf an Eigenkapitalanlagen in dreistelligem Millionenvolumen bei der HGV anfallen, wie übrigens auch bei anderen Tochterunternehmen der Stadt, wo der Senat aus der Substanz lebt.

Letzteres preist Rot-Grün dann allen Ernstes als Anstieg der Investitionen. Dabei handelt es sich hier schlichtweg um ein Umetikettieren von konsumtivem Aufwand in Investitionen.

(Beifall bei der FDP)

Fakt ist jedenfalls: Ohne diesen sogenannten Erwerb von Finanzanlagen liegen die im kommenden Haushalt geplanten Investitionen unterhalb der Ist-Werte der Vorjahre.

Mehr Investitionen in Infrastruktur unter Rot-Grün: de facto Fehlanzeige; Haushaltsklarheit und -wahrheit unter Rot-Grün: Fehlanzeige.

(Beifall bei der FDP)

Da passt es nun ins Bild, dass im Haushaltsplan-Entwurf wesentliche Teile fehlen, zum Beispiel der Innovationsfonds Digitale Stadt, oder sie werden in Salami taktik nachgereicht wie dem Stadtentwicklungsausschuss gerade gestern per Senatsankündigung ein Gesetz zur Errichtung eines neuen Sondervermögens.

Das Fazit dieses Haushaltsplan-Entwurfs in puncto Konsolidierung: Fehlanzeige; Abbau von Risiken: Fehlanzeige; Vorsorge für die Zukunft: Fehlanzeige.

(Beifall bei der FDP – *Farid Müller GRÜNE*: Stimmt doch alles gar nicht!)

Wir als FDP-Fraktion werden Ihnen weiterhin eine konstruktiv kritische Opposition sein,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Was heißt weiterhin? Waren Sie ja nie!)

ob Ihnen das gefällt oder nicht. Wir werden auf Fehlentwicklungen hinweisen und Alternativen aufzeigen, und wir hoffen weiter darauf, dass unsere

Mahnungen und Warnungen im Interesse aller Hamburgerinnen und Hamburger eben keine Kasandraruße bleiben. – Vielen Dank. Ich wünsche uns angenehme Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Professor Dr. Kruse von der AfD-Fraktion.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist gut trotz der gegenwärtigen Bundesregierung.

Eine florierende Wirtschaft führt zu hohen Steuereinnahmen. Das gilt vor allem für die boomende Freie und Hansestadt Hamburg. Insofern ist es eigentlich kein besonderer Verdienst des Senats, sondern eine pure Selbstverständlichkeit, dass keine neuen Schulden gemacht werden sollen.

Dabei muss man natürlich zusätzlich berücksichtigen – auch darauf ist schon hingewiesen worden –, dass wir uns in einer Phase außergewöhnlich niedriger, manipulativ niedriger Zinsen bewegen, also alles Dinge, die den Haushalt entlasten, sodass es eigentlich von daher noch viel leichter sein müsste, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Trotzdem lobt man natürlich, dass es einen ausgeglichenen Haushalt gibt. Ich will auch noch einmal sagen, auf mich macht das Zahlenwerk durchaus einen soliden Eindruck, wobei ich bekennen muss, dass ich den Haushaltsplan-Entwurf, glaube ich, noch nicht wirklich durchschaut habe. Und ich würde gern wissen, wer von sich sagen würde, dass er ihn schon durchschaut hat. Wenn sich später herausstellt, es sind Risiken enthalten, die wir nicht gesehen haben, würde ich mich jedenfalls für meine Person darüber nicht wundern.

Aber ich will etwas Grundsätzliches sagen, nämlich dass auch dieses wieder das ist, was man sehr häufig in parlamentarischen Demokratien findet und was ich als Fehler bezeichnen würde, der systematisch angelegt ist, nämlich eine Überbetonung konsumtiver Ausgaben, die gegenwärtig Akzeptanz, Medienapplaus und Wählerstimmen bringen, und eine Vernachlässigung von Investitionen in die Zukunft, bei denen der massenhafte Applaus erst später kommt. Das verstehe ich in Hamburg umso weniger, als für mich klar ist – wie wahrscheinlich für die meisten hier im Hause –, dass die SPD vermutlich auch in fünf und zehn Jahren oder noch später den Bürgermeister stellen wird. Sie würden also für investive Ausgaben die Früchte ernten, die Sie jetzt säen würden.

Ich mache das einmal an zwei Beispielen fest.

(Zuruf von *Thilo Kleibauer CDU*)

(Dr. Jörn Kruse)

– Zu dem Thema, Herr Kleibauer, würde ich mich selbst wahrscheinlich von hier aus nicht äußern.

Das erste Beispiel bezieht sich auf die ökonomische Basis der Stadt – das ist für mich als Ökonom natürlich der Kern der Angelegenheit –, also die Wirtschaftsstruktur. Der Senat rühmt sich seit langer Zeit seiner Clusterpolitik. Das ist grundsätzlich ein vielversprechender Ansatz. Vor allem eignet er sich für schöne PR-Begriffe wie InnovationsAllianz, Smart Specialisation und, auch sehr schön, Quadruple-Helix, das habe ich von entsprechenden Webseiten des Senats heruntergenommen. Da geht doch jedem PR-Texter das Herz auf und der Leser ist beeindruckt, auch ich. Und das ist sicher auch der Sinn der Sache gewesen, dass der Leser beeindruckt ist. Aber wenn der Clusteransatz mehr sein soll als reine Deskription, wenn er also wirklich eine aktive Clusterpolitik sein soll, die tatsächlich Wirkung hat, also Unternehmen und Märkte beeinflusst – was man als Ökonom natürlich grundsätzlich mit Sorgenfalten betrachtet; Eingriffe in die marktwirtschaftliche Ordnung –, dann ist der Cluster eines: ein Stück weit strukturkonservativ und dirigistisch. Vorausschauende Standortpolitik sollte in den Produktzyklen ein Stück früher ansetzen. Was sind die Märkte und Cluster von morgen, die Hamburg übermorgen noch voranbringen und Arbeitsplätze schaffen und erhalten? Inhaltlich kann ich Ihnen die Antwort nicht geben, aber ich weiß, wo ich die Antwort suchen würde: an der wissenschaftlichen Forschungsfront der verschiedenen Fächer, und zwar nicht nur in bisherigen Clustern, sondern auch darüber hinaus. In technologiebasierten Sektoren erfolgen die ersten Schritte ins Neuland immer an Universitäten und staatlichen und privaten Forschungsinstituten, und Grundlagenforschung ist in der Tat eine staatliche Aufgabe. Das ist eine Frage exzellenter Universitäten und Forschungseinrichtungen. Da sollten Standortpolitiker, also hier der Hamburger Senat, nicht kleckern, sondern klotzen.

(Beifall bei der AfD)

Was Hamburg da zu bieten hat, ist durchaus nicht schlecht. Ich glaube, auf vieles, was in diesem Bereich in Hamburg da ist, kann Hamburg durchaus stolz sein. Aber auch hier gilt, und das will ich hier einmal als Schwerpunkt sagen: Viel mehr wäre noch viel besser auf die Zukunft gerichtet, wenn es darum geht, längerfristig in Hamburg Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Ich persönlich denke dabei immer an das Silicon Valley, das Dutzende von Produkten geschaffen hat, die wir alle, die wir hier sitzen, täglich nutzen. Es sind Zigtausende von hoch bezahlten und anderen Arbeitsplätzen geschaffen worden, und das schon seit Jahrzehnten. Silicon Valley basiert im Entstehungskontext auf einer einzigen exzellenten Universität, nämlich Stanford. Herr Bürgermeister, ich sage nicht, dass Sie sich an Stanford orientieren sollen, aber zeigen Sie doch einmal den Angebern aus München, was

eine Harke ist in Sachen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Hamburg würde die besten Forscher aus Deutschland, Europa und aller Welt hierherlocken können, wenn die Arbeitsbedingungen gut sind, denn die Softfaktoren für Hamburg sind schon hervorragend. Jeder würde unheimlich gern nach Hamburg kommen, wenn er hier gute Arbeitsbedingungen finden würde. Wir beide waren heute Morgen auf einer Veranstaltung, die ein exzellentes Beispiel dafür geliefert hat, in welche Richtung man hier gehen könnte. Also auch dafür, bin ich der Auffassung, sollte man deutlich mehr Geld in die Hand nehmen als wir das bisher tun. Die Steigerung in diesem Bereich halte ich für zu klein. Da sollte man endlich einmal nicht kleckern, sondern klotzen, und das würde sich hier auszahlen, auch in der Zeitspanne, die vielleicht noch in Ihrem politischen Horizont liegt.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Innere Sicherheit. Hamburg hat schon jetzt eine unerträglich hohe Einbruchskriminalität mit einer erbärmlichen Aufklärungsquote. Und das liegt nicht an der Polizei, sondern an der Politik, die der Polizei und den anderen Sicherheitsdiensten die nötigen Mittel verweigert. Einbruchs- und andere Formen der Kriminalität, einschließlich zum Beispiel Computerkriminalität, werden in den nächsten Jahren noch gewaltig anwachsen, wenn der Staat nicht entschlossen gegensteuert. Der Senat reagiert auch hier zwar vorsichtig auf die kommende Bedrohung – ich würde nicht Nichtstun vorwerfen –, aber in Anbetracht der Größe der Bedrohung einfach zu wenig. Auch hier gilt, dass man an dieser Stelle nicht kleckern, sondern klotzen sollte. Das Gefühl von Unsicherheit ist bei den Bürgern gravierend angewachsen. Wir brauchen also viel mehr Polizisten, mehr Ermittler bei der Kripo, mehr Auswerter von Internetvidenz bei Polizei und Verfassungsschutz, mehr Sonderkommissionen zur Bekämpfung von Eigentumskriminalität. Jede Bande – ich sage das einmal ein bisschen überzogen formuliert – aus Rumänien und Georgien sollte Hamburg meiden wie der Teufel das Weihwasser. Im Polizeipräsidium in Alsterdorf sollten Bildschirmsignale aufleuchten, wenn wieder das Auto einer solchen Bande aus Georgien über die Elbbrücken kommt. Das sind Zukunftsthemen, da man qualifizierte Ermittler und Verbrechensbekämpfer eben nicht im Katalog bestellt und auch nicht beim Arbeitsamt beziehen kann. Die muss man selbst ausbilden, was Jahre dauert. Man muss also den guten Leuten auch Anreize geben und Perspektiven, zur Polizei zu kommen. Man muss die Möglichkeiten dafür schaffen. Und das kann man natürlich nur tun, wenn man das im Haushalt entsprechend zum Ausdruck bringt. Natürlich ist es gut, wenn Hamburg von München und Zürich lernt, wie softwarebasierte Crime Prediction funktioniert. Das sollte so schnell wie möglich in Hamburg getestet und umgesetzt werden. Aber ich würde mir eigentlich wünschen, dass Hamburg hier Vorreiter wäre. Hamburger Me-

(Dr. Jörn Kruse)

thoden der Aufklärung von Einbrüchen und anderen Delikten sollten wegweisend sein und Export-schlager werden.

Das will ich nur einmal als zwei wichtige Punkte nennen, wo ich ein bisschen vermisste in der Haushaltspolitik, dass man klare Akzente setzt, die klar zukunftsorientiert sind. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Da der Senatsantrag bereits im Vorwege an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde, bedarf es heute keiner weiteren Abstimmung mehr.

Bevor ich Punkt 60 der Tagesordnung aufrufe, bin ich Ihnen noch zwei Wahlergebnisse schuldig.

Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde sind 96 Stim m zettel abgegeben worden, davon war ein Stim m zettel ungültig, somit sind 95 Stimmen gültig. Herr Justus Burgdorf erhielt Ja-Stimmen 36, Nein-Stimmen 51, Enthaltungen 8. Damit ist Herr Burgdorf nicht gewählt worden.

Bei der Wahl eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung sind 96 Stim m zettel abgegeben worden, null Stim m zettel waren ungültig, 96 Stim m zettel gültig. Herr Krzysztof Walczak erhielt Ja-Stimmen 34, Nein-Stimmen 51, Enthaltungen 11. Damit ist Herr Walczak nicht gewählt worden.

Punkt 60 der Tagesordnung, Drucksache 21/5618, Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration: Mehr Schutz, Selbstbestimmung und verbesserte Rahmenbedingungen für Prostituierte – Der Senat muss die Umsetzung eines Prostituiertenschutzgesetzes auf Bundesebene unterstützen und Selbstbestimmungsrechte und Schutz von Prostituierten stärken – Runden Tisch Prostitution einsetzen.

[Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksachen 21/3851 und 21/4048:

Mehr Schutz, Selbstbestimmung und verbesserte Rahmenbedingungen für Prostituierte – Der Senat muss die Umsetzung eines Prostituiertenschutzgesetzes auf Bundesebene unterstützen (Antrag der CDU-Fraktion) und Selbstbestimmungsrechte und Schutz von Prostituierten stärken – Runden Tisch Prostitution einsetzen (Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD)

– Drs 21/5618 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Engels von der GRÜNEN Fraktion, bitte.

Mareike Engels GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ausgerechnet am 2. Juni, am Internationalen Hurentag, fand die erste Lesung des Prostituiertenschutzgesetzes im Bundestag statt. Die Große Koalition hat dieses Gesetz noch kurz vor der Sommerpause beschlossen, obwohl klar ist, dass es eine Zumutung für die Menschen ist, die es eigentlich schützen soll. Meldeauflagen und verpflichtende Gesundheitsuntersuchungen gefährden die Anonymität, die Sexarbeiterinnen doch so wichtig ist. Aber dieser Zwang zum Outing ist kontraproduktiv. Er führt letztlich zu weiterer Stigmatisierung und drängt noch mehr Frauen und Männer in die Illegalität. Das sollten wir aber verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Debatte in den Medien und in der Politik ist von Moralvorstellungen dominiert. Es werden paternalistische und bevormundende Lösungen präsentiert. Das bringt die Debatte nicht weiter. Was wir brauchen, sind mehr Rechte für Prostituierte, und ja, das heißt mehr Regulierung in der Prostitution – aber eben so, dass die Prostituierten gestärkt werden und diese Regularien selbstbestimmt nutzen können. Das Milieu der Prostitution folgt bestimmten Regeln, die besondere Schutzvorkehrungen und Hilfen notwendig machen. Jede andere Wirtschaftsbranche wird auch reguliert, auch für die Prostitution ist dies dringend notwendig. Die Erlaubnispflicht für größere Prostitutionsstätten ist daher gut, um die Betreiberinnen und Betreiber der Bordelle besser kontrollieren zu können. Wir brauchen Maßnahmen, die die tatsächliche Situation von Prostituierten verbessern und zu ihrem Schutz beitragen. Wir brauchen aber keine Scheinmaßnahmen wie die Kondompflicht. Was wir fordern, sind mehr Selbstbestimmungsrechte und Schutz für Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind. Das erreicht man nicht durch Repression und Stigmatisierung, darin sollten wir uns eigentlich endlich alle einig sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü* fraktionslos)

Das Prostituiertenschutzgesetz zielt aber genau in die falsche Richtung. Insbesondere CDU-Politiker in Berlin geben vor, dass das Gesetz Sexarbeiterinnen schützen soll, doch das Gegenteil ist der Fall. Anstatt ihnen Rechte an die Hand zu geben, werden für sie zusätzliche Auflagen geschaffen, die ihre Situation weiter erschweren.

In Hamburg gehen viele Frauen und auch Männer dem Gewerbe der Prostitution nach. Es sind unterschiedliche Gründe, die sie dorthin geführt haben, und sicherlich ist dies nicht immer der Traumjob,

(Mareike Engels)

sondern eben eine Möglichkeit, Geld zu verdienen. Wir dürfen nicht vergessen: Die Chancen auf unserem Arbeitsmarkt sind extrem ungleich verteilt, am Ende des Monats müssen wir aber alle unsere Miete zahlen. Ich bin daher der Überzeugung: Das beste Aufstiegsprogramm oder besser noch Nicht-einstiegsprogramm ist der Abbau von Barrieren und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt sowie der Kampf gegen prekäre Arbeit

(Beifall bei den GRÜNEN)

und eben nicht die Repression derjenigen, die ohnehin wenige Optionen haben. Und egal, aus welcher Motivation heraus Frauen und Männer die Entscheidung treffen, der Sexarbeit nachzugehen, sollten wir dies respektieren, genauso wie wir wollen, dass Entscheidungen, die wir für unser Leben treffen, respektiert werden. Dem widerspricht aber nicht die Feststellung, dass die Situation der Sexarbeiterinnen in Hamburg häufig verbesserungswürdig ist. Wir haben gute Beratungsstellen in Hamburg, wir haben engagierte Menschen sowohl in der sozialen Arbeit als auch in den Berufsverbänden, die sich für Prostituierte einsetzen, die sich gegen Menschenhandel stark machen und sich für differenzierte Lösungsansätze einsetzen. Wir wollen diese Menschen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Behörden und anderen Akteurinnen und Akteuren zusammenbringen und gemeinsam an der Verbesserung der Situation in Hamburg arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Mit unserem Antrag bringen wir genau dies auf den Weg. Wir werden heute den zweiten Runden Tisch Prostitution für Hamburg beschließen, und das ist ein wichtiger und guter Schritt. Der runde Tisch ist Teil unseres Koalitionsvertrags und wir haben jetzt noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig es uns ist, diesen zu starten. Dabei geht es uns keinesfalls darum, festgefahrene Meinungen zum Thema Prostitution und Rotlichtmilieu gegeneinander zu stellen, der runde Tisch soll sich vielmehr als lernendes Gremium begreifen. Er soll die Möglichkeit des Austauschs bieten und durch externe Expertise gestützt verschiedene mit dem Thema Prostitution zusammenhängende Probleme erörtern. Der runde Tisch wird der Bürgerschaft – das ist uns wichtig – regelmäßig Bericht erstatten. Es wird Empfehlungen an die Politik und an die Verwaltung geben, die sich jenseits einer Moraldebatte bewegen und uns an den Lernprozessen des runden Tisches teilhaben lassen.

Die Arbeit des runden Tisches soll von dem Ziel geleitet sein, die Situation und die Selbstbestimmungsrechte von Sexarbeiterinnen zu verbessern. Es ist uns besonders wichtig, dass Sexarbeiterinnen dieses Mal selbst mit am Tisch sitzen und von der Politik, die sie betrifft, nicht ausgeschlossen bleiben. Hier und auch in anderen Punkten neh-

men wir uns ein Beispiel an Nordrhein-Westfalen. Der runde Tisch hat dort nicht zuletzt deshalb so gut funktioniert, weil er wirklich als ein offener und inklusiver Prozess begriffen wurde. Wichtig ist uns, dass es keine zeitliche Befristung für den runden Tisch gibt. Es geht uns darum, permanent im Diskussions- und Austauschprozess zu bleiben, so dass auch besser auf Veränderungen im Milieu, auf der Straße, in der Art und Weise, wie Prostitution ausgeübt wird, reagiert werden kann.

Die Behörde arbeitet jetzt an einem genauen Konzept, und ich bin zuversichtlich, dass wir den runden Tisch dieses Mal zum Gelingen bringen, und das heißt für mich, dass nicht nur das Gremium zu Ergebnissen kommt, sondern dass auch wir als Politik diese aufgreifen und umsetzen und bereit sind zu lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Denn in einem ersten Schritt geht es um Erkenntnisgewinn in diesem komplexen Thema, von dem wir viel nicht wissen, und in einem zweiten Schritt aber natürlich auch darum, konkret dort anzupacken, wo sich etwas verändern muss. In unserem Antrag haben wir daher auch eine Evaluation des Kontaktabbauverbots in St. Georg gefordert, und auch das ist ein ganz wichtiger Schritt. Wir GRÜNE haben schon damals wichtig gemacht, dass die Bußgelder Prostituierten erheblich schaden und sie in Not bringen und aus der Öffentlichkeit verdrängen. Das muss aufhören.

Das Prostituiertenschutzgesetz wird im Juli 2017 in Kraft treten und muss von den Ländern und Kommunen umgesetzt und eben auch finanziert werden. Wie setzt man dieses Gesetz, das in der Fachöffentlichkeit durchweg kritisiert und abgelehnt wird, mit möglichst wenig Schaden um? Hier liegt die erste große Aufgabe für den runden Tisch. Mich ärgert, dass wir beispielsweise für verpflichtende Gesundheitsuntersuchungen ... Alle aus der sozialen Arbeit wissen, dass Zwangsmaßnahmen nie zu positiven Effekten führen. Wie könnten wir diese Ressourcen sinnvoller einsetzen? Wir wissen, dass wir sie an vielen anderen Stellen brauchen; die Haushaltdebatte hatten wir gerade eben.

Wir haben die Anträge im Ausschuss schon ausführlich diskutiert, und ich bin froh, dass im Großen und Ganzen Einigkeit darüber besteht, dass dieser runde Tisch dringend notwendig ist. Auch die CDU hat letztlich unserem Antrag zugestimmt. Deswegen kann ich hier nur noch einmal sagen, dass es jetzt unsere Aufgabe bleibt, das Gremium auch parlamentarisch zu begleiten, uns über die Ergebnisse zu informieren und uns für diejenige politischen Maßnahmen einzusetzen, die zu einem besseren Schutz und für mehr Selbstbestimmung von Prostituierten in Hamburg beitragen. – Danke schön.

(Mareike Engels)

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Kammeyer von der SPD-Fraktion.

Annkathrin Kammeyer SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Hamburg und in ganz Deutschland leiden viele Prostituierte unter schlechten Arbeitsbedingungen, Ausbeutung und sozialer sowie gesellschaftlicher Ausgrenzung. Unsere Aufgabe muss es sein, die Selbstbestimmungsrechte von Prostituierten zu stärken und einer Verdrängung in die Illegalität vorzubeugen. Dabei haben wir sowohl diejenigen Prostituierten im Blick, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, als auch diejenigen, die aufgrund einer finanziellen Zwangslage Prostituierte geworden sind, als auch diejenigen, die sich aus freier Motivation für den Beruf der Sexarbeiterin entschieden haben. Für diese extrem verschiedenen Gruppen bedarf es differenzierter Lösungsansätze, die sich an den Lebensrealitäten der konkret Betroffenen orientieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu diesem Zweck haben wir als rot-grüne Regierungsfraktion bereits im Koalitionsvertrag die Einrichtung eines Runden Tisches Prostitution in Hamburg niedergeschrieben. Dieser runde Tisch soll sich am erfolgreichen Vorbild aus Nordrhein-Westfalen orientieren; Frau Engels hat es bereits angedeutet. Dort konnten, obwohl oder gerade weil der runde Tisch aus einem sehr breiten Spektrum an Vertreterinnen und Vertretern zusammengesetzt war, sehr erfolgreich gemeinsame Verhandlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung formuliert werden. Insbesondere waren auch Prostituierte selbst an den Beratungen beteiligt. An diesem Erfolgsprojekt aus NRW wollen wir uns nun messen lassen.

Der Runde Tisch Prostitution soll mit seiner Expertise ergebnisoffen diskutieren und uns als Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger Lösungsvorschläge für die verschiedenen Problemfelder und Herausforderungen im Bereich Prostitution an die Hand geben. Im Gegensatz zu dem Modell in NRW soll der Runde Tisch Prostitution in Hamburg allerdings als dauerhaftes Gremium eingerichtet werden, das nicht nur einmalige Lösungsvorschläge erarbeitet, sondern darüber hinaus auch als dauerhafte Anlaufstelle zum Erfahrungsaustausch und frühzeitigem Besprechen möglicher neuer Konfliktlagen dienen soll. Vorbild hierfür sind die in Hamburg schon als dauerhafte Einrichtungen etablierten runden Tische zur häuslichen Gewalt und Genitalverstümmelung.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang zu betonen, dass der Runde Tisch Prostitution in Hamburg zwar hinsichtlich der Anzahl der Teilnehmenden

begrenzt sein soll, aber in Bezug auf die Auswahl der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner keinen Closed Shop darstellen wird. Der runde Tisch ist explizit aufgefördert, auch regelmäßig Expertise von zusätzlichen Sachverständigen, aber auch die Meinung und Wahrnehmung von Anwohnerinnen und Anwohnern einzubeziehen. Auf diese Weise schaffen wir ein transparentes, wissenschaftlich gestütztes und zielgerichtetes Gremium mit dem klaren Ziel, die Situation der Prostituierten in Hamburg zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hinsichtlich der Situation von Prostituierten fordern wir den Senat jedoch außerdem auf, das Kontaktabbahnungsverbot in St. Georg zu evaluieren. Besonders die Auswirkungen, die das Kontaktabbahnungsverbot in den letzten Jahren auf den Schutz und die Arbeitsbedingungen der Prostituierten hatte, müssen überprüft werden. Anschließend ist eine Bewertung dahingehend vorzunehmen, ob die jetzige Regelung einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen der Anwohnerinnen und der Anwohner und der Prostituierten darstellt.

Die Situation der Prostituierten in ganz Deutschland ist verbesserungswürdig, nicht nur in Hamburg. Daher ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass sich auf Bundesebene mit dem Prostituiertenschutzgesetz dieses Themas angenommen wird. Schade dagegen ist, dass die Bundesregierung der Hamburger Rechtsauffassung nicht gefolgt ist und das Prostituiertenschutzgesetz für nicht zustimmungsbedürftig im Bundesrat hält. Zudem wurden auch die Fragen einiger Länder zur Klärung der mit dem Gesetz einhergehenden Finanzierungsfragen nicht beantwortet. Ich möchte an dieser Stelle Frau Senatorin Leonhard danken, die trotz der fehlenden formellen Beteiligung versucht hat, im Interesse Hamburgs und der Prostituierten Einfluss auf unterschiedliche Punkte des Gesetzes zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich freue mich, dass wir dieses wichtige Thema der Situation der Prostituierten auch noch einmal ausführlich im Sozialausschuss beraten haben. Für die Einsetzung des runden Tisches, Frau Engels hat es schon gesagt, gab es eigentlich einen breiten Konsens innerhalb der Fraktionen. Nun bleibt mir zum Schluss nur noch, allen Beteiligten des runden Tisches viel Erfolg bei ihrer Arbeit zu wünschen. Wir sind sehr gespannt auf die ersten Ergebnisse und freuen uns, diese dann auch in Politik umsetzen zu können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion.

Franziska Grunwaldt CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich hier einmal ein bisschen netter starten und den Kollegen von den GRÜNEN danken, dass sie dieses Thema zur Debatte angemeldet haben, weil die Diskussionen im Ausschuss mich sehr nachdenklich gestimmt haben. Und als ich den Bericht gelesen habe, hat mich das noch einmal viel nachdenklicher gestimmt. Auch der Antrag: Da wird davon gesprochen, dass die Situation verbesserungsbedürftig sei. Das ist eine Verharmlosung, die für mich schon an Ignoranz und Überheblichkeit grenzt. Aber, Frau Engels, was Sie hier eben gesagt haben, das hat mich richtig erschrocken gemacht. Sie wollen einen Runden Tisch Prostitution einrichten, der ein Bundesgesetz verhindern soll, bestmöglich –

(Mareike Engels GRÜNE: Quatsch! Das habe ich nicht gesagt! – Farid Müller GRÜNE: Hat sie nicht gesagt!)

ein Bundesgesetz, für das nicht nur Marcus Weinberg als Christdemokrat gestritten hat, sondern für das auch die SPD-Familienministerin Frau Schwesig sich ganz gewaltig eingesetzt hat. Sie wissen sehr genau, wie hart die Diskussionen waren, wie viele Menschen angehört worden sind, auch Betroffene. Das Ergebnis ist ein Riesenerfolg. Dass das die Aufgabe des runden Tisches sein soll, erschreckt mich wirklich.

Und wenn Sie schon auf andere Wirtschaftsbranchen verweisen, kann ich Ihnen sagen: Andere Branchen kennen ihre Beschäftigungszahlen. Wir schätzen nur. Wir raten nur. Wir gehen davon aus, dass es in Deutschland ungefähr 300 000 Prostituierte gibt – und das sind bestimmt nicht nur diejenigen, die sich freiwillig dafür entscheiden, aus freien Stücken. Natürlich unterstützen wir die auch, aber das ist doch nicht die Mehrzahl. Das zu glauben ist doch einfach nur naiv.

(Beifall bei der CDU)

Und eine Kondompflicht als Scheinpflicht zu bezeichnen, zu sagen, dass es ein Recht sei für die Frau, sich gegen ungeschützten Geschlechtsverkehr zur Wehr zu setzen, das finde ich wirklich ein absolut starkes Stück.

Angst vor dem Abrutschen in die Illegalität. Die Angst besteht. Aber ganz ehrlich, diese Angst kann doch nicht bedeuten, dass wir nichts tun. Was ist denn die Alternative zu dem Gesetz? Gar kein Gesetz? Das kann doch nun wirklich nicht Ihr Ernst sein. Ein runder Tisch ist gut und wir haben ihn auch gefordert, aber er kann niemals die alleinige Lösung sein. Und dass er auch erst 2017 kommt, wenn das Gesetz schon im Juli in Kraft tritt, ist schon relativ spät. Aber er ist ja nur dazu da, um das Bundesgesetz zu verhindern, insofern dürfte das zeitlich ausreichen.

Und was die Stigmatisierung anbelangt, die hier immer wieder angesprochen wird: Es geht um die betroffenen Frauen, bei denen gar keine Stigmatisierung möglich ist, weil sie eben gar nicht am öffentlichen Leben teilnehmen. Diese Frauen hat das Gesetz im Auge, und sie zu schützen ist unsere Aufgabe. Die SPD-Kollegen im Bundestag und die Bundesfamilienministerin Schwesig, die hier einen hervorragenden Job gemacht haben, haben glücklicherweise den gleichen Blickwinkel und nicht den der hiesigen Regierungsfractionen.

Klar ist, dass dieses Gesetz nicht das Ende der Fahnenstange ist; das wissen wir auch. Aber es ist eine Antwort auf eine untragbare Situation und der Anfang der Bekämpfung von Fremdbestimmung in der Prostitution. Diese ist mit der Menschenwürde völlig unvereinbar. Dieses Gesetz ist ein echter Paradigmenwechsel, nämlich weg von der von Rot-Grün im Jahr 2001 geschaffenen Liberalisierung, die zu untragbaren Zuständen im Prostitutionsmilieu geführt hat, hin zu mehr Kontrolle, Regulierung und damit zu mehr Schutz für die wirklich Schutzbedürftigen.

Lassen Sie uns doch noch einmal kurz rekapitulieren, was das Gesetz denn heißt. Zentrale Bedeutung – das wurde hier schon gesagt und das ist ja auch der große Aufreger – hat die persönliche Anmeldepflicht und der damit verbundene Nachweis über die gesundheitliche Beratung. Aber wir wissen doch, dass es hier nicht nur um eine plumpe Anmeldung geht. Es geht doch darum, dass die Frauen damit eine Kontaktperson außerhalb des Milieus bekommen. Sie werden außerdem über ihre Rechte aufgeklärt, und manche Frauen, insbesondere ausländische Prostituierte, bekommen so überhaupt erst einmal eine behördliche Identität. Im Moment ist es so: Wenn diese Frauen durch eine Gewalttat verschleppt werden, verschwinden oder Ähnliches, vermisst sie niemand, sie sind völlig schutzlos. Das kann man doch nicht ernsthaft wollen.

Weitere Kernpunkte sind die Erlaubnispflicht für die Prostitutionsstätten und die Zuverlässigkeitsprüfungen ihrer Betreiber. Nur so kann verhindert werden, dass einschlägig Vorbestrafte ein Bordell führen. Keine Betriebserlaubnis erhalten auch Stätten, die Sex mit Schwangeren anbieten. Der Schutz ungeborenen Lebens rückt damit in den Vordergrund.

Meine Damen und Herren, ich kann es gar nicht oft genug sagen: Ich vermisse nach wie vor ein klares Bekenntnis des Hamburger Senats zu genau diesem Gesetz, so, wie wir es in unserem Antrag gefordert haben. Aber vielleicht kommt das ja noch.

(Beifall bei der CDU)

Das Prostitutionsgesetz ist ein gutes Instrumentarium für Hamburg, endlich Licht ins Dunkel zu bringen und Fremdbestimmung in der Prostitution effektiv und zielgerichtet zu bekämpfen. Diese Chan-

(Franziska Grunwaldt)

ce sollte Hamburg im Interesse der betroffenen Frauen nutzen. Dafür hat uns, das ist richtig, der Gesetzgeber einen straffen Zeitplan auferlegt. Das Gesetz tritt, wie gesagt, im nächsten Juli in Kraft. Bis Ende des nächsten Jahres müssen alle Prostitutionsstätten ihre Erlaubnis nachweisen und alle Prostituierten angemeldet sein. Hamburg muss also spätestens im Januar mit der Schulung der zuständigen Mitarbeiter beginnen, sonst droht hier die Umsetzung des Gesetzes zu scheitern. Dafür benötigen wir dringend ein Ausbildungskonzept. Wir als CDU werden, das kann ich Ihnen versprechen – nach diesen Ansagen heute noch viel mehr –, das Einhalten dieses Zeitplans kritisch überprüfen, ebenso natürlich jetzt in den Haushaltsberatungen, dass die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Behörden ihren Überwachungsbefugnissen, nämlich dass sie Personalkontrollen in den Prostitutionsstätten vornehmen können, auch gerecht werden können. Das ist nicht blinde Oppositionspolitik, ganz sicher nicht, denn wir haben Ihrem Antrag im Ausschuss zugestimmt, obwohl unser Antrag, der selbstverständlich abgelehnt worden ist, weitaus präziser formuliert worden ist.

Ich hoffe, dass wir uns nicht in kleinteiligen Debatten und in einer, vorsichtig ausgedrückt, Naivität erschöpfen. Bitte lassen Sie uns im Interesse aller Frauen den Blick auf die Wirklichkeit lenken und versuchen, dieses Gesetz bestmöglich in Hamburg umzusetzen, hierfür alles herauszuholen – und nicht, es zu verhindern; ganz sicher nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren! Wir haben die Einrichtung des Runden Tisches Prostitution von Anfang an unterstützt und werden es auch weiterhin tun. Wir finden es wichtig und richtig, dass die Betroffenen, die Akteure an einen Tisch kommen und die Möglichkeit haben, im Sinne der Mitbestimmung auch Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Das muss gründlich vorbereitet werden. In der Anhörung im Sozialausschuss, als der Senat berichtet hat, haben wir von einer ausgeschriebenen Stelle im Referat Opferschutz gehört, die den runden Tisch koordinieren soll. Ich habe mir den Haushaltsplan-Entwurf angeschaut – das tun wir alle momentan – und habe festgestellt, dass im Bereich Opferschutz kein Zuwachs im Personalbereich eingeplant ist, was im Klartext wohl heißen wird: Diese Stelle wird eingerichtet, aber die Stun-

den dafür an anderer Stelle im Bereich Opferschutz gestrichen. Das geht so nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Mitarbeit an einem runden Tisch ist nicht nur sinnvolle Arbeit, sondern bedeutet eben auch Mehrarbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beratungsstellen und Behörden. Sie kennen unsere Kritik an der Unterbesetzung, an der Arbeitsverdichtung, an der Unterfinanzierung der Beratungsstellen im sozialen Bereich. Das werden Sie während der Haushaltsberatungen auch noch sehr oft von uns hören.

Wenn wir von den Kosten sprechen: Wir haben eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt zu den Auswirkungen des Bundesgesetzes auf die Landesebene. In seiner Antwort auf diese Anfrage hat der Senat festgestellt, dass auf Hamburg noch einmal zusätzlich 8,1 Millionen Euro zukommen – ein Schritt, den die Bundes-SPD unterstützt hat; Frau Grunwaldt sagte es bereits. Wenn man die CDU kritisiert, sollte man auf jeden Fall die SPD mit kritisieren, weil sie dieses Gesetz mitgestaltet hat.

Vielleicht noch einmal zu den Auswirkungen in der Praxis. Die betroffenen Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter müssen sich jetzt mit dieser Meldepflicht und einer verpflichtenden gesundheitlichen Untersuchung auseinandersetzen. Wir finden das sehr, sehr schwierig. Unserer Ansicht nach tragen diese Maßnahmen zur weiteren Schlechterstellung und eben auch zur Stigmatisierung der Personen, die in diesem Gewerbe tätig sind, bei. Wer sich nicht melden kann, wird in ungeschützte Räume ausweichen und Bußgelder in Kauf nehmen müssen, und eine erzwungene gesundheitliche Untersuchung hat den Beigeschmack von Entwürdigung und Entmündigung, was wir keineswegs unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir meinen auch, dass Schlechterstellung und Stigmatisierung in Hamburg bereits einen Namen hat, nämlich die Sperrgebietsverordnung. In der ersten Jahreshälfte 2016 sind schon 472 Bußgeldbescheide verteilt worden. Ein Bußgeld liegt beim ersten Mal immer bei 200 Euro und in der Folge meist sogar bei einem höheren Betrag. Sie können sich vorstellen, was für ein finanzieller Druck auf den Frauen und auf den Männern lastet, vor allem, weil sie dieses Geld noch einmal zusätzlich erwirtschaften müssen. Das kann im Sinne der Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation von Prostituierten nicht sein, derentwegen wir ja eigentlich im Ausschuss einstimmig dafür gestimmt haben, dass dieser runde Tisch eingerichtet wird.

Wir werden bei dem Thema nicht lockerlassen und wünschen uns, gerade im Sinne der betroffenen Personen, dass die Konzeption und Umsetzung des runden Tisches nun zügig über die Bühne geht. Aber eines ist uns wichtig dabei, und da kom-

(Cansu Özdemir)

me ich noch einmal kurz zurück auf Frau Grunwaldt. Sie haben eben gesagt, dass bei dem Gesetz auf Bundesebene viele Personen, viele Akteure angehört worden seien. Das Problem dabei ist aber, dass deren Vorschläge nicht eingeflossen sind, dass sie nicht berücksichtigt wurden. Unser Wunsch ist – und da werden wir auch hinterher sein –, dass es bei diesem runden Tisch eben nicht nur darum geht, dass Gespräche geführt werden, sondern dass die Lösungsvorschläge, die von den Akteuren kommen, die von den Betroffenen kommen, ernsthaft aufgenommen und gegebenenfalls mit umgesetzt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Im Juli hat der Deutsche Bundestag das besagte Gesetz zur Regelung des Prostituiertengewerbes verabschiedet. Kernelement ist die hier schon mehrfach zitierte Erlaubnispflicht für alle Prostitutionsgewerbe. Die Erteilung dieser Erlaubnis ist an die Erfüllung gesetzlicher Mindestanforderungen geknüpft. Ziel dieses Gesetzes war es wohl, Kriminalität und gefährliche Erscheinungsformen in der Prostitution zu verdrängen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen. Was Frau Grunwaldt hier an Intentionen vorträgt, ist alles sehr ehrenwert, aber wenn man sich dann dieses Bundesgesetz anguckt, dann wird es dem einfach in Gänze nicht gerecht. Gut gemeint ist an dieser Stelle nämlich leider nicht gut gemacht. Es ist höchst zweifelhaft, dass dieses Gesetz der Zwangsprostitution ein Ende setzen kann oder auch nur eine Zurückdrängung erzielt.

Um einige Kernelemente kurz anzusprechen, die schon die Vielzahl der Vorredner angesprochen haben: Eine Konsultation öffentlicher Stellen von Betroffenen in Zwangslagen erfolgt einfach vielfach nicht. Es ist deshalb fraglich, inwiefern die vorgesehenen Beratungsgespräche hier tatsächlich Abhilfe schaffen können. Besonders problematisch ist jedoch auch die neue Meldepflicht – das ist ebenfalls angesprochen worden –, denn sie stärkt nicht das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen, sondern führt stattdessen zu einer erheblichen Stigmatisierung. Viele der Betroffenen verheimlichen aus guten Gründen ihre Tätigkeit gegenüber Kindern, Eltern, Bekannten oder möglicherweise auch einem weiteren Arbeitgeber. Nun werden sie allerdings in ihrer Anonymität eingeschränkt, und das mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Statt massiver Gängelung sollten Beratungsangebote zielgerichtet ausgebaut werden. Zur Evaluation der tatsächlichen Bedarfe kann das Instrument des runden Tisches zweckmäßig sein, denn statt über die Betroffenen kann

so mit den Betroffenen geredet werden, und deshalb stimmen wir dieser Initiative zu.

(Beifall bei der FDP und bei *Martin Bill* und *Mareike Engels*, beide GRÜNE)

In Nordrhein-Westfalen ist der Abschlussbericht des Runden Tisches Prostitution bereits im Jahr 2014 vorgelegt worden; Frau Özdemir ist eben schon ansatzweise darauf eingegangen. Die Bundesregierung hat nämlich die Ergebnisse dieses Berichts beim Prostituiertenschutzgesetz gerade nicht umgesetzt beziehungsweise in wesentlichen Teilen schlichtweg ignoriert. Das sollte im Hinblick auf künftige politische Entscheidungen in diesem Bereich in Hamburg definitiv anders laufen. Die Freien Demokraten werden daher den Punkten 1.1 und 2 der Ausschussempfehlung zustimmen und Punkt 1.2 ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion das Wort.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Prostitution war, ist und bleibt eine heikle Sache in bürgerlichen Gesellschaften. 2002 brachte die rot-grüne Koalition in Berlin ein neues Prostitutionsgesetz auf den Weg, Ausgangspunkt auch der heutigen Diskussion. Eingeführt wurde unter anderem theoretisch eine Krankenversicherung, was durchaus löblich war, aber praktisch kaum genutzt wurde. Insgesamt hat Rot-Grün, das muss man heute so sagen, mit Schlagworten wie Prostitution als normaler Beruf wie jeder andere auch, Enttabuisierung und Entstigmatisierung aber auch eine Büchse der Pandora geöffnet. Plötzlich gab es einen neuen, explodierenden, völlig ungeordneten Riesenmarkt mit immer schrecklicheren Begleiterscheinungen. Prostitution, das zeigte sich jetzt auch in Deutschland, wie es sich auch in anderen Ländern zeigt, ist eben kein Beruf wie jeder andere, wie Lehrer, Zugführer oder Anwalt, er war immer mit Kriminalität verbunden und bleibt es wohl auch, oft mit schlimmem Zwang und barbarischem Vorgehen, Gesundheitsrisiken für Prostituierte und Kunden sind sowieso dabei. Nach dieser kolossalen Marktöffnung durch Rot-Grün entstanden unter anderem geradezu großindustrielle Betriebe in Deutschland. Mit Riesenbordellen mit Tausenden Quadratmetern und europaweitem Marketing kam ein gewaltiger, brutaler Menschenhandel in Schwung, besonders aus Osteuropa. Medien berichteten über organisierten Sextourismus aus der ganzen Welt tief nach Deutschland hinein, nicht nur aus Nachbarländern, auch aus Asien und den USA. Es gab Dokumentationen – ich erinnere eine von n-tv –, in denen gezeigt wurde, was passiert mit internationalem Marketing: Anzeigen wie "Spottbilliger Sechs-Tage-Bordellurlaub in Deutschland", ekelige

(Dr. Bernd Baumann)

Anzeigen wie "Flatrate-Mädchen für 49 Euro". n-tv resümierte: Auf Online-Auktionen können hierzulande Jungfrauen und Schwangere ersteigert werden. All das gehört längst zum deutschen Alltag. Dazu kommt Geldwäsche, Schwarzarbeit, fehlender Arbeitsschutz. Rot-Grün hatte also dem Markt für eine Massenproduktion des Rotlichtmilieus den Weg geebnet, der immer größer und in Teilen immer entsetzlicher wurde. Das war ein schrecklicher Irrweg linker Politik in diesem Land, mit abscheulichen Konsequenzen. So durfte es nicht weitergehen.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt endlich, im Juli, einigte sich – sehr spät – die Berliner Koalition, diesen entfesselten Moloch wieder etwas zu zügeln, vernünftig zu regulieren, wie Politik bei anderen Märkten mit potenziell schädlichen Begleiterscheinungen und Gefahren das ja auch tut, vom Finanzmarkt bis zu Gaststätten. Zuhältern – neuerdings Betreiber, wie sie von dieser Seite genannt werden – wird Anmeldepflicht auferlegt. Sie müssen Ihre Betriebsstätten der Prostitution – so heißt das jetzt – offiziell anmelden. Durch Zuverlässigkeitsüberprüfungen kommt man so näher an dieses Gewerbe heran und kann es besser überwachen. Es ist eine Überwachung möglich, sodass vollends menschenverachtende Konzepte wie Flatrate et cetera wegfallen können; vielleicht bekommt man es in den Griff. Außerdem müssen Prostituierte selbst sich nicht selbst anmelden, nur ihr Gewerbe anzeigen. Die Daten werden aber gleich anonymisiert, niemand wird so stigmatisiert. Durch verbindliche Behördentermine, die das mit sich bringt, ist eine Zwangssituation nicht mehr ganz so leicht zu verbergen.

Die AfD stimmte dem Antrag der CDU schon im Ausschuss zu, um dieses neue Bundesgesetz von Hamburg aus zu unterstützen und so finanziell und personell die nötigen Mittel beizeiten bereitzustellen. Auch den runden Tisch unterstützten wir. Doch nach Ansicht einer vereinigten Linken in diesem Haus, der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN, diesmal leider auch der FDP, ist das neue Prostituiertenschutzgesetz des Bundes wieder zu sehr Gängelung des Rotlichtmilieus, was die Umsetzung in Hamburg sehr erschwert. Parlamente aber, selbst in Ländern wie Schweden und Norwegen, sehen das vollkommen anders. Sonst eigentlich sehr liberal, bezeichnen sie den deutschen Sonderweg ausdrücklich als Katastrophe; so haben sie es gebrandmarkt im Parlament. Sie haben selbst aus leidvoller Erfahrung im Land dem Sexkaufmarkt erheblich staatliche Fesseln angelegt, weil er allzu oft und allzu schwer schlicht gegen die Menschenwürde verstößt. Sie verweisen auch auf den humanistischen Auftrag bürgerlicher Politik, die Schwächsten zu schützen, die bei einem solchen einmal entfesselten Moloch unter die Räder geraten.

Ich möchte schließen mit den Worten der zuständigen schwedischen Ministerpräsidentin im Parlament, die zur deutschen Praxis sagt, das widerspreche der Menschlichkeit. Und weiter – ich zitiere Frau Margareta Winberg –:

"Eine Gesellschaft, die Prostitution einfach nur als normalen Beruf oder Wirtschaftszweig anerkennt, ist eine zynische Gesellschaft, die den Kampf für die schutzlosesten und verwundbarsten Frauen und Kinder aufgegeben hat."

– Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte sich zunächst Ziffer 1.1 der Ausschussempfehlungen anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1.1 angenommen.

Wer möchte dann Ziffer 1.2 der Empfehlungen folgen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 1.2 wurde angenommen.

Und wer schließt sich Ziffer 2 an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 2 angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 75, Drucksache 21/5672, Antrag der Fraktion die LINKE: Mietpreisbremse, aber richtig!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Mietpreisbremse, aber richtig!
– Drs 21/5672 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Mietpreisbremse zeigt erste Wirkung – Mieterinnen und Mieter bei der Anwendung des Gesetzes unterstützen, Evaluierung durchführen
– Drs 21/5854 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/5854 ein Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE, Sie bekommen es.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mietpreisbremse – war da was? Erinnern Sie sich? Ein schöner Name, der geschaffen wurde, ein Name, der suggeriert, dass der Mietanstieg gebremst wird, also nicht weiter voranschreitet. Zur Erinnerung: Mietpreisbremse heißt,

(Heike Sudmann)

dass bei einer Weitervermietung einer Wohnung die neue Miete maximal 10 Prozent über dem Mietenspiegel liegen darf. Das wäre in Hamburg eine erfreuliche Entwicklung, wenn die Miete damit unter 9 Euro liegen würde. Aber diese Entwicklung gibt es nicht in Hamburg und auch anderswo nicht, weil nämlich das neue Gesetz dazu gleichzeitig sagt: Wenn die Miete aber schon vorher höher war als 10 Prozent über dem Mietenspiegel, darf sie auch bei der Weitervermietung höher sein. Und das Gesetz sagt auch: Bei neugebauten Wohnungen gibt es gar keine Begrenzung. Aber das hat weder die FDP noch die CDU noch die Wohnungswirtschaft vor einem Jahr davon abgehalten zu sagen: O Gott, o Gott, o Gott, das ist der Untergang unserer Wohnungswirtschaft, wir machen gar keine Gewinne mehr. So deutlich haben sie es nicht gesagt, aber es ist für sie ein ganz schreckliches Instrument. Die SPD hat sich vor Selbstlob überschlagen: Toll, wir machen etwas für die Mieter und Mieterinnen.

Wir als LINKE haben von vornherein gesagt: So, wie diese sogenannte Mietpreisbremse gestaltet ist, wird sie wirkungslos sein. Und was stellen wir fest nach einem Jahr? Die Mietpreisbremse hat nichts gebremst, sie hat nicht gewirkt. Der Mieterverein zu Hamburg hat Ende Juni festgestellt, dass bei circa 40 Prozent der Neu- beziehungsweise Weitervermietungen in Hamburg die Mietpreisbremse nicht beachtet wird. Der Mieterverein schätzt, dass dadurch den Mietern und Mieterinnen ein Schaden in Höhe von 20 Millionen Euro entsteht. Sprich 20 Millionen Euro an Miete nehmen die Vermieter und Vermieterinnen mehr ein, als nach dem Gesetz eigentlich möglich wäre. Das, finden wir, ist ein Unding. Das muss gestoppt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun mögen Sie vielleicht sagen: Klar, dass der Mieterverein das sagt. Aber auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat am 1. Juni 2016 eine Studie veröffentlicht, aus der ich gern einen Passus zitiere, der sagt:

"Weder wurde der Mietpreisanstieg gedämpft, noch scheinen ImmobilieneigentümerInnen im derzeitigen Umfeld damit zu rechnen, dass die Regulierung"

– die Mietpreisbremse –

"ihre künftigen Ergebnisse substanziell beschneidet. Die Umgehungsmöglichkeiten sind allem Anschein nach so vielfältig, dass sie nicht wirkt."

Genauso ist es. Und genau deswegen sind wir der Meinung, dass diese Mietpreisbremse endlich geschärft werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Und was macht der Senat? Was weiß der Senat? In einer Schriftlichen Kleinen Anfrage wollten wir wissen, wie viele Rechtsverfahren es aufgrund der Mietpreisbremse gegeben hat. Der Senat hat dazu keine Daten, sondern muss erst einmal eine Umfrage bei den Gerichten starten. Er macht diese Umfrage, und das Ergebnis ist: Es gibt kein einziges Verfahren. Nun könnte man denken, dann sei wohl alles in Butter. Nein, ist es eben nicht. Das Problem ist nämlich: Um so ein Verfahren anzustrengen, müssen Sie als Folgiemietler oder Folgiemietlerin wissen, wie hoch die Vormiete war. Das sagt Ihnen aber keine Vermieterin, kein Vermieter, weil es dazu keine Verpflichtung gibt. Insofern ist das schon einmal die erste Hürde, die sehr schwer zu nehmen ist. Und diese Erkenntnis ist auch bei der SPD bekannt, ist auch bei den GRÜNEN bekannt. Bei der SPD ist es sogar so, dass die Bundestagsfraktion gerade am letzten Wochenende genau das aufgenommen hat, was in unserem Antrag steht. Man höre und staune, die SPD sagt: Wir müssen eine Pflicht aufnehmen für die Vermieterinnen und Vermieter, dass die Vormiete bekannt gegeben wird. Wir müssen, wenn denn ein Verfahren erfolgreich ist, auf jeden Fall dafür Sorge tragen, dass die Miete ab Beginn des Mietvertrags zurückgezahlt wird und nicht erst nach Beschreiten des Rechtswegs. Das sagt Ihre Bundestagsfraktion.

Ich bin mir sicher, auch Sie hier wissen, dass diese Mietpreisbremse überhaupt nicht wirkt. Und trotzdem wollen Sie unserem Antrag nicht zustimmen. Das können Sie weder mir noch irgendeiner Mieterin, irgendeinem Mieter in Hamburg erklären, das zeigt einfach nur, dass Sie nicht bereit sind, für die Mieterinnen und Mieter zu kämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn ich in Ihrem rot-grünen Zusatzantrag lese, Sie hätten auf Bundestagebene gerade nicht die Mehrheit dafür, sage ich: Natürlich haben Sie die Mehrheit. Wenn Sie jetzt im Bundestag eine echte Mietpreisbremse beantragen würden, hätten Sie die Stimmen der GRÜNEN, Sie hätten die Stimmen der SPD, Sie hätten die Stimmen der LINKEN, und auch im Bundesrat würden Sie durchkommen. Jetzt erst einmal bis zur nächsten Bundestagswahl abzuwarten, davon haben höchstens Sie etwas mit Ihrer Taktiererei – wobei: das wird sich nächstes Jahr zeigen –; die Mieter und Mieterinnen haben davon überhaupt nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit dem Antrag, den wir Ihnen vorgelegt haben, kommen genau die Veränderungen in das Gesetz, die fehlen. Es kommt rein, dass die Vormiete von dem Vermieter oder der Vermieterin offengelegt werden muss. Es kommt rein, dass zu viel gezahlte Mieten von Anfang an zurückzuerstatten sind. Es kommt auch rein, worauf Sie in Ihrem Antrag, Herr Kienscherf, einen großen Schwerpunkt gelegt

(Heike Sudmann)

haben, dass natürlich der Mietwucher abgeschafft wird. Natürlich muss der Mietwucherparagraf so gestaltet werden, dass es nicht mehr 20 Prozent über dem Mietenspiegel liegen darf, es dürfen maximal 10 Prozent sein. Also alles, was wir brauchen, um diese Mietpreisbremse ein bisschen besser zu machen, ist in dem Antrag drin. Es gibt eigentlich gar keine andere Möglichkeit, als ihm zuzustimmen, wenn Sie wirklich etwas für die Mieter und Mieterinnen tun wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie endlich dafür sorgen wollen, dass aus diesem Mietpreisbremschen eine richtige Mietpreisbremse wird, dann machen Sie aus diesem Papiertiger eine angriffslustige Katze. Fahren Sie die Krallen aus, die Mieter und Mieterinnen in Hamburg werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Kienscherf von der SPD-Fraktion.

Dirk Kienscherf SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Wo sind die Krallen?)

Lieber Herr Hackbusch, liebe Kollegin Sudmann, das war ja wieder einmal eine Rede vollgespickt mit Floskeln für die Galerie.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Ich habe die SPD zitiert!)

Ich kann nur deutlich sagen: Verantwortungsvolle Wohnungspolitik sieht anders aus;

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Ja, das stimmt!)

Rot-Grün macht das.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kollegin Sudmann, du hast dir ein bisschen selbst widersprochen. Kollegin Sudmann hat eben vorgetragen, dass die Mietpreisbremse – und auch das habe die LINKE ja schon immer gewusst – völlig wirkungslos sei. Hamburg habe also ein Instrument eingeführt, das völlig wirkungslos sei. Am 29. Mai vor anderthalb Jahren war es wiederum die Kollegin Sudmann, die gesagt hat, die Mietpreisbremse – die, die wir jetzt eingeführt haben, deren Regelungen und auch deren Schwächen bekannt waren – müsse sofort in Hamburg eingeführt werden, die Mieterinnen und Mieter würden die SPD abstrafen, wenn wir das nicht machten. Kollegin Sudmann, ein Jahr später erzählst du auf einmal, ihr wusstet, dass die Mietpreisbremse immer wirkungslos sei. Das ist Blödsinn. Das ist Veräppelung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Bitte nachher melden. Jetzt bin ich gerade im Fluss, aber wenn du dich in drei Minuten meldest, kommst du gern dran.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Ich wollte etwas richtigstellen!)

– Nein, da ist jetzt nichts mit Richtigstellen, sondern so war es damals.

(Zurufe)

Ich will nur kurz – und das mache ich relativ sachlich – einfach einmal auf die Historie hinweisen. Warum ist es zur Mietpreisbremse gekommen? Warum hat man sich darum überhaupt bemüht und warum war das richtig?

Wir haben in Deutschland jahrelang auch den Bereich der Neuvermietung rechtlich regeln können. Paragraf 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes, der sogenannte Mietwucherparagraf, hat dafür gesorgt, dass im Bereich der Neuvermietung ebenso wie im normalen Mietrecht Höchstgrenzen waren. Dieser Paragraf ist letztendlich durch die Entscheidung des Bundesgerichtshofs abgeschafft worden. Es hat nämlich eine Beweisumkehr stattgefunden und auf einmal mussten die Mieterinnen und Mieter etwas vorweisen, was sie in der Praxis nicht vorweisen konnten.

(*Jörg Hamann CDU:* Wer hat Ihnen denn das erzählt?)

Das hat dann dazu geführt, dass gerade in den attraktiven Metropolen wie Hamburg – Herr Hamann kennt sich als Jurist manchmal aus – vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarkts

(*Jörg Hamann CDU:* Das hat damit überhaupt nichts zu tun!)

die Neuvertragsmieten hochgegangen sind. Da haben wir Sozialdemokraten gesagt: Es kann nicht sein, dass es in diesem wichtigen Bereich keinen rechtlichen Rahmen gibt. Hier müssen wir handeln. Dafür werden wir uns auf Bundesebene einsetzen. Und ich glaube, es war richtig, dass wir diese eindeutige Aussage getroffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Es war daher gut, dass nach der Bundestagswahl unsere Fraktion und letztendlich die SPD auf Bundesebene mit der CDU – und, Herr Hamann, das war damals kein einfaches Geschäft – dafür gesorgt hat, dass wir gesagt haben: Auch diesen Bereich wollen wir rechtlich regeln. Daher kam dann auch die Mietpreisbremse. Wir hätten sie uns auch noch etwas anders ausgestaltet gewünscht, aber es war in dieser Koalition nicht anders durchzubringen. Aber dass es überhaupt dazu gekommen ist, dass wir jetzt wieder einen rechtlichen Rahmen haben, ist gut für den Wohnungsmarkt und es ist auch gut für alle Wohnungssuchenden in dieser Stadt und auf Bundesebene. Das können wir feststellen.

(Dirk Kienscherf)

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Dieses Parlament – und das war auch die SPD-Fraktion, liebe Kollegin Sudmann – hat im Oktober 2014 als erstes den Beschluss gefasst, wenn die bundesgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dann werden wir in Hamburg landesweit die Mietpreisbremse einführen. Kollegin Sudmann hat immer gesagt, das würden wir sowieso nicht tun. Wir haben es gemacht. Wir haben als zweites Bundesland am 1. Juli die Mietpreisbremse eingeführt, und das ist ein großer Erfolg und das kann auch die LINKE einmal anerkennen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn sie völlig wirkungslos ist, verstehe ich nicht, dass Sie auf den Mieterverein verweisen, der sagt, in 40 Prozent der Fälle werde die Mietpreisbremse nicht angewandt. Das heißt doch im Umkehrschluss – Sie waren bei der Pressekonferenz nicht da, ich war aber da –, dass sie bei 60 Prozent Anwendung findet. Der NDR hat beim Mieterverein nachgefragt, ob es gut ist, dass die Mietpreisbremse eingeführt wurde, oder ob das überflüssig gewesen sei, und der Mieterverein hat ganz eindeutig gesagt: Es war gut und richtig, dass die Mietpreisbremse eingeführt worden ist. In 60 Prozent der Fälle wirkt sie schon. Nur wollen wir natürlich auch, dass sich auch bei den anderen Prozentpunkten etwas tut. Aber sie ist nicht wirkungslos.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Und deswegen noch einmal: Es war gut, dass wir die Mietpreisbremse eingeführt haben.

(Beifall bei der SPD)

Zu den rechtlichen Wirkungen. Auch dazu hat der Mieterverein etwas ganz Entscheidendes gesagt. Es ist bei vielen Rechtsverfahren entscheidend – Herr Hamann kennt das –, ob die Schaffung einer rechtlichen Möglichkeit dazu führt, dass die Mieterinnen und Mieter oder wer auch immer das eigentlich anwenden können. Ist das eigentlich ein wirksames Instrument? Und auch dazu waren die Ausführungen vom Mieterverein sehr interessant. Der Mieterverein selbst hat in dem Jahr rund 20 Fälle gehabt, wo sich Mieterinnen und Mieter bei ihm beschwert haben. In 18 Fällen hat es innerhalb von zwei Monaten eine Korrektur des Vermieters nach unten gegeben, und in zwei Fällen ist man auf gutem Wege.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das ist bei 1 000 Mietverträgen echt eine Leistung!)

Deswegen sagt der Mieterverein – und das haben wir auch in unserem Antrag aufgenommen –, dass dieses Instrument trotz seiner Schwächen eine hervorragende Grundlage bietet, um gegen die Vermieter vorzugehen, die sich rechtswidrig verhalten. Es muss aus unserer Sicht deswegen da-

rum gehen, jetzt die Mieterinnen und Mieter zu stärken, dass sie jetzt ihr Recht wahrnehmen können. Sie sollen nicht lange warten müssen auf eine Gesetzesänderung, sondern wir wollen, dass dieses Gesetz mehr Anwendung findet. Wir wollen die Mieterinnen und Mieter unterstützen. Dazu dient unser Antrag und das ist richtig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kommen wir einmal zu all diesen Änderungsvorschlägen. Wir haben eine breite Diskussion auf Bundesebene. Frau Sudmann, Sie brauchen die Wählerinnen und Wähler nicht zu veräppeln. Sie sagen, es gebe eine Mehrheit im Bundestag dafür, wir sollten dafür stimmen. Und unser Koalitionspartner, na ja ... Das ist so wie in Hamburg oder überall, wahrscheinlich auch bei der LINKEN in Thüringen: Wenn der Koalitionspartner auf einmal mit dem Rest des Hauses stimmt, dann macht das der Koalition nichts. Natürlich sind wir in dieser Koalition gebunden, wie alle Koalitionsregierungen, und die CDU wird dem nicht zustimmen. Deswegen sagen viele Experten: Wenn wir ehrlich sind, wird sich vor der Bundestagswahl 2017 nichts tun.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Nach der Wahl auch nicht!)

Ich glaube, wir brauchen den Menschen in dieser Stadt nichts vormachen. Von daher sagen wir, wir sollten diese Zeit nutzen. Wir sollen evaluieren, wir sollen die Mieterinnen und Mieter besser informieren, und wir sollen in dieser Zeit auch schauen, ob es gegebenenfalls Handlungsnotwendigkeiten gibt und wie sie auszuformen sind.

Und auch da ist etwas sehr spannend, liebe Kollegin Sudmann. Der Mieterverein hat im Sommer 2016 auf der Pressekonferenz – auf der Sie nicht waren – einige Vorschläge unterbreitet.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Hast du mich so vermisst?)

– Ich vermisse Sie immer, Frau Sudmann, wenn Sie nicht da sind.

Diese Vorschläge bezogen sich in der Tat auf die Mietpreisbremse. Wie Sie sicherlich gelesen haben, hat der Mieterverein zusammen mit dem Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen kürzlich erneut eine Pressemitteilung herausgegeben, in der beide zu der Erkenntnis kommen: Bevor wir an die Mietpreisbremse gehen, würden wir doch eigentlich gern an das Wirtschaftsstrafgesetzbuch rangehen und den Paragraphen 5 reformieren. Dazu kann ich nur sagen, dass Hamburg 2013 eine Bundesratsinitiative gestartet hat. Das ist einer unserer Wege, das wäre eigentlich fast am besten. Ich will damit nur sagen, dass es auch beim Mieterverein wie bei den Wohnungsverbänden sehr unterschiedliche Ansichten gibt, wie wir nun zu dem besten Ergebnis für die Mieterinnen und Mieter kommen.

(Dirk Kienscherf)

Wir finden diese Diskussion gut und wir wollen sie weiterbefördern. Ich will auch ausdrücklich das Papier unserer Bundestagsfraktion loben, ein sehr gutes Papier, das in die richtige Richtung weist. Aber wir sollten den Menschen hier nichts vorgaukeln. Etwas, das auf Bundesebene gelöst werden muss und sich nach der Wahl regeln wird – wobei es auch auf die Stimmverhältnisse ankommt, die wir haben werden –, werden wir heute nicht hier regeln können; und deswegen unser Antrag. Wir müssen darüber nachdenken. Wir müssen auch über Reformen nachdenken. Aber wir wollen in Hamburg fundiert evaluieren. Wir wollen in Hamburg Mieterinnen und Mieter jetzt unterstützen. Und wir wollen uns dann im Jahr 2017 oder 2018 auf Bundesebene dafür einbringen, dass es eine gute und eine verträgliche Lösung findet. Ich glaube, das sind wir den Mieterinnen und Mietern in Hamburg schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Hamann von der CDU-Fraktion bekommt nun das Wort.

Jörg Hamann CDU:* Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kienscherf, Sie meinten, der Kollegin Sudmann vorwerfen zu müssen, dass ihre Rede eine Rede für die Galerie gewesen sei. Da haben Sie sicher recht, aber Ihre Rede war es genauso.

(Beifall bei der CDU)

Nichts anderes ist das, was Sie gemacht haben. Sie haben Ihr altes Lied gesungen und nicht einmal versucht, es in neue Töne zu packen.

(*Martin Bill GRÜNE:* Dann liefern Sie jetzt mal!)

Warum auch? Es war bisher nicht richtig und es wird auch in Zukunft nicht richtig, was Sie hier verkünden oder erzählen wollen.

Besonders bemerkenswert finde ich, dass Sie jedes Mal, wenn die LINKEN kommen, so einen Antrag stellen und Ihnen das Stöckchen hinhalten, sofort bereit sind, darüber zu hüpfen. Dann bringen Sie einen Antrag ein, noch einmal drei Seiten, auf denen Sie dann zum x-ten Mal wiederkäuen, was Sie meinen, alles Gutes machen zu wollen. Frau Sudmann – Sie mögen sie scheinbar wirklich außerordentlich – kommt mit dem Stöckchen und Sie hüpfen jedes Mal darüber. Und so bekommen wir jetzt einen neuen Antrag von Ihnen, der letztlich überhaupt nichts bringt und der keine Bedeutung hat, wie Sie auch sehr genau wissen.

Wenn Sie mit dem Thema ernsthaft anfangen wollten, Sie, Frau Sudmann, oder Sie, Herr Kollege Kienscherf, dann würden wir das im Ausschuss diskutieren. Es ist ein klassisches Thema in der Tiefe, das wir im Ausschuss diskutieren müssten.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Aber weder die Kollegin Sudmann hat bisher eine Überweisung an den Ausschuss beantragt noch die SPD. Sie wollen das gar nicht inhaltlich diskutieren. Die eine will die Show machen, der andere will die Show machen. Gut, dann wollen wir einmal zwei Minuten bei der Show mitmachen; mehr ist es, ehrlich gesagt, auch nicht wert.

Zu Ihrem Antrag, Frau Kollegin Sudmann. Sie schreiben, die Mieter würden die Antworten vom Vermieter nicht automatisch erhalten. Ja, wenn Sie das als Nachteil sehen ... Jeder Mieter hat einen Anspruch darauf zu fragen. Dann soll er doch fragen. Wer nicht fragt, der will es scheinbar auch nicht wissen.

Dann steht in Ihrem Antrag im Vorspann zur Begründung, der Vermieter würde sich sonst bei Reparaturen zurückhalten. Also das ist ja nun völlig ... Gaga ist, glaube ich, noch einigermaßen parlamentarisch. Gut, ich streiche es: Es ist völlig neben der Sache. Auf Reparaturen gibt es einen vertraglichen und einen gesetzlichen Anspruch: Mietvertrag, Bürgerliches Gesetzbuch. Es ist etwas kaputt, es gibt die Vermieterinstandhaltungspflicht und der Vermieter muss es machen. Also das ist nun absolut abwegig.

Dann die Geschichte mit dem Mieterverein und den 40 Prozent. Sie selbst, LINKE, GRÜNE, SPD, sagen also: Niemand weiß genau, wie sich diese Mietpreisbremse nun auswirkt. Ein Jahr ist viel zu kurz. Die Amtsgerichte haben nichts feststellen können. Aber der Mieterverein will festgestellt haben, dass bei 40 Prozent der Neuvermietungen die Mietpreisbremse nicht beachtet worden und ein Schaden von 20 Millionen Euro entstanden sei. Ich kann Ihnen aus meiner beruflichen Erfahrung nur sagen, dass viele Vermieter bei mir nachgefragt haben, wie sie mit der Mietpreisbremse umzugehen und ob sie diese zu beachten hätten. Das fanden die wenigsten toll, die meisten haben mit den Zähnen geknirscht. Ich habe kaum einen in Erinnerung, der gesagt hat, er mache es trotzdem oder er mache es anders. Das machen die Vermieter im Regelfall nicht. Ich halte diese Zahlen für blanken Unsinn und auch für Propaganda des Mietervereins, in der Hoffnung, ähnlich wie mit dieser Internet-Homepage neue Mitglieder zu generieren. Das liegt weit neben der Sache.

Das ist im Wesentlichen Ihr Antrag. Was Sie fordern, ist in der Sache zum Teil falsch, zum Teil haben wir es schon.

Zum Kollegen Kienscherf. Ich weiß nicht, ob ich noch in den zwei Minuten bin, sonst gönne ich mir eine mehr. Und damit kann ich überleiten zu Ihrer Diskussion Paragraf 5, Mietpreiserhöhung. Das haben Sie scheinbar überhaupt nicht verstanden beziehungsweise das hat man Ihnen völlig falsch erzählt. Bei der Rechtsprechung des BGH damals

(Jörg Hamann)

ging es um die Frage, ob es in Hamburg ein geringes Angebot gibt und ob sich das geringe Angebot in Hamburg auf die ganze Stadt oder auf Teilmärkte beziehen muss. Jetzt müssten Sie aufwachen.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Wenn Sie Paragraf 5 Mietpreiserhöhungsgesetz wieder zum Leben erwecken wollen, können Sie das sehr einfach machen. Das geht total simpel. Das können Sie jederzeit, dazu brauchen Sie gar keine Gesetzesnovellierung. Sie müssen nur ein Gutachten in Auftrag geben. Aber Gutachten – ja, Sie schmunzeln – wollen Sie nicht und auch die LINKE nicht. Kein Mensch spricht hier von einem Gutachten. Lassen Sie ein Gutachten anfertigen, lassen Sie feststellen, wo es in Hamburg Wohnungsknappheit gibt. Wenn das Gutachten so ausfällt, wie Sie behaupten, dann haben Sie in ganz Hamburg die Wohnungsknappheit. Dann greift wieder der Paragraf 5 Wirtschaftsstrafgesetz. Das können Sie von heute auf morgen machen. Fragen Sie doch einmal Ihre Juristen. Ich weiß nicht, was die Ihnen erzählt haben; die BGH-Rechtsprechung ist völlig eindeutig. Das lief früher immer durch in Hamburg, bis der BGH gesagt hat, wir müssten auf die ganze Stadt schauen. Und nun? Besorgen Sie Ihr Gutachten, dann geht das wieder. Nun sind Sie ruhig. Also, beschäftigen Sie sich einfach mit der Materie, bevor Sie hier irgendetwas erzählen. Es ist schlichtweg falsch, was Sie sagen. Wenn Sie es wirklich machen wollen, dann können Sie sofort etwas machen. Aber das tun Sie nicht. Denn, wie gesagt, Ihr Antrag ist für die Galerie, Ihr Antrag ist Show, und nichts anderes ist auch das, was Sie hier im Großen und Ganzen sonst noch schreiben und was Sie meinen, was im Einzelnen denn nun gemacht werden solle.

Die Mietpreisbremse, das kann ich noch erwähnen, wollten Sie angeblich – das haben Sie nun wiederholt behauptet – sofort einführen in Hamburg. Wir haben das noch in Erinnerung. Sowohl die Kollegin Sudmann als auch die CDU und die FDP – nein, die FDP nicht, Entschuldigung –, wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Mietpreisbremse eingeführt wird. Wir haben gefragt, wann der Senat etwas macht. Das war ein Gedruckse mit der damaligen Senatorin. Ich weiß, Sie haben den damaligen Senat in diesem Punkt zum Jagen getragen, insofern haben Sie sich sicherlich ein paar kleine Sternchen verdient. Aber es war alles andere, als dass Ihr Senat das freudestrahlend machen wollte; das wollte er nicht. Aber das erzählen Sie nicht, sondern dann kommt wieder Ihre sozialdemokratische Geschichtsklitterung.

Schlussendlich: Die Anträge sind beide falsch. Der eine soll der Show dienen, der andere hat überhaupt keine Substanz. Nicht die Mietpreisbremse ist Murks, der Antrag ist Murks und das, was Sie hier machen wollen. Wir stimmen dementsprechend nicht zu.

(Zuruf)

– Das habe ich Ihnen die ganze Zeit erklärt. Jetzt zum Schluss wachen Sie auf und fragen nach der Sache. Lesen Sie sich das zumindest einmal durch, dann bekommen Sie es auch mit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion.

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hamann, ich stelle erst einmal fest: Sie möchten Show-Anträge im Ausschuss diskutieren. Das ist nicht die Art und Weise, wie wir im Ausschuss diskutieren.

(*Thilo Kleibauer CDU:* Nein, das würden wir niemals!)

Wir wollen Anträge mit Inhalt haben

(*Dennis Gladiator CDU:* Schreiben Sie doch mal welche!)

und keine Show-Anträge. Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass dieser Antrag für die Schaufensterauslage ist. Das ist der Hauptzweck, nicht die Inhalte selbst. Das sieht man im Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich will das kurz erläutern. Lassen Sie mich das darstellen. Sie behaupten in dem Antrag, dass der Senat keinerlei Interesse daran habe, hier in irgendeiner Art und Weise etwas zu evaluieren. Sie tun so, als hätte der Senat eigentlich gar kein Interesse an Mieterschutz – in Ihrer Rede haben Sie das deutlich gemacht –, und auch Rot-Grün hätte das nicht. Das ist doch absurd, wenn Sie sich einmal die Daten ansehen. Daran wird sehr deutlich, dass dieser Antrag ein Show-Antrag ist, dass Sie sich bestimmte Dinge auf Ihre Fahne schreiben wollen, die wir schon längst gemacht haben oder in Vorbereitung haben. Und wenn Sie hätten prüfen wollen und aufzeigen wollten, wo es hakt, hätten Sie einmal in die rechte, konservative Seite des Bundestags schauen müssen. Da sehen Sie, wo blockiert wird, aber nicht hier.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie brauchen sich nur einmal die Dinge ansehen, die wir zum Mieterschutz eingeführt haben. Das geht los mit Kappungsgrenze und Bestellerprinzip. Dann waren wir aktiv im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsstrafgesetz Paragraf 5 – das ist eben diskutiert worden –, dem sogenannten Wucherparagrafen. Wir haben – und sind weiter dabei – eine Vielzahl von Sozialen Erhaltungsverordnungen in besonders gefährdeten Bereichen gemacht, wo die

(Olaf Duge)

Mietpreisentwicklung davonläuft. Dort ist Umwandlungsverbot, dort kann die Luxussanierung gestoppt und damit letztlich die Verringerung von preiswertem Wohnraum vermieden werden beziehungsweise dieser kann erhalten werden.

Sie sagen, die Mietpreisbremse sei gar nicht wirksam. Das ist eben schon von Herrn Kienscherf erläutert worden. Die Dinge, die man verbessern kann, haben wir GRÜNE übrigens bereits im Bundestag eingebracht in einer Gesetzesvorlage. Im Juni haben die Fraktionsvorsitzenden der Bundesländer und des Bundestags zusammengesessen und die wunden Punkte darin angesprochen. Aber Sie brauchen doch niemandem weismachen, wir könnten das über den Bundesrat ändern,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Natürlich können Sie es ändern!)

bevor im Bundestag andere Mehrheitsverhältnisse sind, die es dann ermöglichen, die Lücken zu schließen. Es ist völlig richtig, dass natürlich die Transparenz für die Mieter, was die Mietveränderungen betrifft, ein großes Manko ist, dass die Lücken in Bezug auf Mietpreiserhöhungen durch Modernisierung noch drin sind und viele andere Dinge mehr. Aber tun Sie nicht so, als könnte man das über eine Bundesratsinitiative ändern.

Wir wollen nicht wie Sie mit dem Kopf gegen die Wand laufen, sondern wir nehmen die Kelle in die Hand und das Lot, loten das aus über die Evaluation und stärken die Mieterverbände beziehungsweise die Mieter, ihre Rechte auch wahrzunehmen. Das ist der richtige Weg, im Gegensatz zu dem, was Herr Hamann sagte. Hier können wir selbst etwas machen, und das werden wir tun. Deswegen ist unser Antrag auch derjenige, der eine Perspektive ausweist, was unter den jetzigen Verhältnissen möglich ist. Wir werden also weiter daran arbeiten und die Sache voranbringen. Ich glaube, da ist Luft nach oben; mehr als 60 Prozent werden wir, da bin ich optimistisch, erreichen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Meyer von der FDP-Fraktion.

Jens Meyer FDP: Verehrte Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter der Überschrift "Mietpreisbremse, aber richtig!" versucht die SED-Nachfolgepartei,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Wo bleiben Ihre Argumente?)

die schon von Rot-Grün verfehlte

(Beifall bei der CDU)

Wohnungsbaupolitik des Senats nochmals in den Schatten zu stellen

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und vertritt an dieser Stelle ein weiteres Mal die reine Lehre regulativer Staatswirtschaft. Allerdings wissen Sie im Gegensatz zum rot-grünen Senat wenigstens, wovon Sie reden. Schließlich konnten Sie rund 40 Jahre Erfahrungen auf diesem Gebiet sammeln, und so ist es wenigstens konsequent zu sagen, wenn schon Staatswirtschaft, dann richtig.

(Beifall bei der FDP)

Dass Sie, liebe LINKE, in Sachen sozialer Marktwirtschaft aber in den vergangenen 25 Jahren nichts dazugelernt haben, ist allerdings immer wieder ernüchternd festzustellen;

(Zuruf von Ralf Niedmers CDU)

Ihr Antrag beweist das eindrucksvoll. Ich möchte deshalb ein weiteres Mal darauf hinweisen, dass nicht etwa ein volkseigener Betrieb für Neubaubwohnungen sorgt, sondern in der Regel private Investoren Wohnungsbau betreiben und Immobilien bewirtschaften.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das löst die Probleme nicht!)

Das hat gegenüber Ihrem ewig gestrigen und sozialistischen Weltbild den großen Vorteil, dass sich Menschen um ihr privates Eigentum kümmern, anstatt staatliches Eigentum verkommen zu lassen. Meine Damen und Herren von links, glauben Sie im Ernst, dass Sie mit weiteren regulativen Eingriffen in den Mietwohnungsmarkt noch irgendeinen Grundeigentümer motivieren können, sich um seine Immobilie zu kümmern, sie instand zu halten, zu bewirtschaften und damit allen Bewohnern angenehme Wohn- und Lebensverhältnisse zu gewähren?

Ein anderer wichtiger Punkt behaglicher Lebensverhältnisse ist ein entspanntes Mieter-Vermieter-Verhältnis, das nicht nur oder nicht durch Rechtsanwältinnen – auch wenn es davon hier viele gibt – und Gerichte geprägt ist,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Vor allem entspannt für das Portemonnaie!)

sondern auf gegenseitiger und persönlicher Wertschätzung beruht. Wenn ich in Ihrem Antrag lese, Frau Sudmann, dass Mieter aus Ihrer Sicht – Zitat –:

"[...] nicht von Beginn an ein zerrüttetes Verhältnis zur Vermieterin beziehungsweise zum Vermieter eingehen wollen [...]"

– Zitat Ende –, spricht das eigentlich schon Bände und zeigt Ihre verquerten Vorstellungen eines friedlichen gesellschaftlichen Miteinanders.

(Beifall bei der FDP)

Aber kommen wir noch einmal auf die von Ihnen so gepriesene sozialistische Wunderwaffe Miet-

(Jens Meyer)

preisbremse zurück, die die Ursachen des angespannten Wohnungsmarkts aus Ihrer Sicht per Gesetz in Luft auflöst. Da fordern Sie den Senat einerseits – und, wie ich finde, zu Recht – auf, die versprochene Evaluation endlich auf den Tisch zu legen, und andererseits fordern Sie eine Entfristung der Mietpreisbremse, wie Sie es nennen. Beides passt nicht zusammen. Wenn Sie schon wissen, dass die Mietpreisbremse so gut ist, dass sie ewig fortbestehen soll, brauchen Sie doch keine Evaluation. Ehrlicher wäre es, die Mietpreisbremse – wie vom Senat ursprünglich versprochen – jetzt zu evaluieren. Sie würden dann feststellen, was in der Zwischenzeit auch schon diverse andere Untersuchungen ergeben haben, dass die Mietpreisbremse ungeeignet ist, den angespannten Mietwohnungsmarkt maßgeblich zu beruhigen und den Anstieg der Mieten zu reduzieren. Es wird Sie deshalb nicht weiter erstaunen, dass meine Fraktion Ihrem Antrag nicht folgen wird. Wir lehnen ihn in der Sache ab und halten ihn auch für so abwegig, dass wir ihn in keinem Fachausschuss diskutieren brauchen.

Herr Kienscherf, zu Ihrem Schaufensterantrag möchte ich dann aber auch noch ein paar Worte sagen. Er ist ja sehr kurzfristig eingegangen und Herr Hamann hat eigentlich das Wesentliche schon erwähnt: Das Stöckchen, das man Ihnen hinhält, wird dann gern übersprungen.

(Beifall bei Jörg Hamann CDU)

Im Grunde ist dieser Antrag völlig überflüssig. Der erste Punkt, weil – und das haben Sie wie ich und Herr Hamann gestern im Stadtentwicklungsausschuss im O-Ton von der Senatorin gehört – die Evaluation 2017 ohnehin kommen wird. Ich weiß nicht, warum Sie jetzt den Senat noch einmal ersuchen, etwas zu tun, was ohnehin schon entschieden ist. Das ist wirklich Effekthascherei an dieser Stelle. Gut, dem kann man natürlich zustimmen – ich glaube, hier ist ziffernweise Abstimmung beantragt. Das ist nicht falsch, aber es ist im Grunde selbsterklärend.

Zu den Ziffern 2 und 3. Herr Kienscherf, dass man eine Evaluation in irgendeiner Weise bewertet und Handlungsvorschläge ableitet, liegt in der Natur der Sache, sonst wäre es keine Evaluation. Aber wenn Sie bereits vorher wieder wissen, was Sie für Handlungsvorschläge ableiten,

(Dirk Kienscherf SPD: Gegebenenfalls steht da, Herr Meyer!)

dann sind Sie so voreingenommen, dass wir eigentlich jetzt schon feststellen können, dass das sowieso keinen Sinn macht. Und der dritte Punkt macht aus unserer Sicht auch keinen Sinn. Sie sollten das Mieter-Vermieter-Verhältnis verbessern durch Ihre Politik und hier nicht weiter Unfrieden stiften. Insofern werden wir den dritten Punkt auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion bekommt nun das Wort.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Thema Mietpreisbremse ist nun wirklich alles gesagt. Die AfD ist noch nicht lange im Parlament, aber in der kurzen Zeit ist es jetzt das dritte Mal, dass es auf der Tagesordnung steht. Wir kommen auch nicht wirklich weiter in der Sache, denn die Dinge liegen klar zutage. Die LINKE und Rot-Grün wollen sich aber partout mit dem Thema bei der Wählerklientel weiter beliebt machen, vielleicht weil ihnen die Wähler gerade in großen Scharen davonlaufen. Auf jeden Fall haben wir es auf der Tagesordnung.

In den Ohren vieler Menschen ohne tieferen Einblick in die verzwickten marktwirtschaftlichen Zusammenhänge mag das Wort gut klingen: Mietpreisbremse. Man drückt auf einen Knopf und die Probleme sind gelöst. Das scheint so einfach. Diese Menschen wissen nicht um die ordnungspolitischen Erfordernisse wirklich erfolgreicher Wohnungsbaupolitik. Politik, die wirklich hilft, muss dickere Bretter bohren: öffentlich geförderten Wohnungsbau intensiver betreiben – Sie haben mit der SAGA GWG das größte kommunale Wohnungsbauunternehmen Deutschlands mit 300 000 Mietern –, Baukosten reduzieren bei staatlichen Auflagen wie der EnEV, reduzierte Auflagen vereinfachen Wohnungsbau, weniger Steuerbelastung – wir kennen das: Grunderwerbs- und Grundsteuer –, Bauflächen früher und großzügiger ausweisen, Wohneigentum fördern. Bremen hat 40 Prozent Wohneigentum, Hamburg hat 20 Prozent.

Die Mietpreisbremse wirkt da nicht nur nicht, sondern sie bewirkt genau das Gegenteil, wie jeder dauerhafte Staatseingriff mit Preisobergrenze in Märkte hinein. Wir lehnen deshalb den Antrag der LINKEN ab, der diese Regulierung noch verschärfen will und damit den kleinen Wohnungsmietern in Wirklichkeit auf Dauer noch mehr schadet. Wir lehnen auch Punkt 2 des rot-grünen Antrags ab, der die Sache noch einmal verschärfen will. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Vorab muss ich sagen: Es ist schon eine Leistung, dass ich es schaffe, alle vier relevanten Fraktionen gegen den Antrag aufzubringen, aber alle vier mit sehr unterschiedlichen Argumenten. Das ist auch schon etwas wert.

Herr Kienscherf hat versucht, noch einmal die Geschichte darzustellen. Herr Kienscherf, Sie haben

(Heike Sudmann)

selbst davon gesprochen, wie schwer es für Sie auf Bundesebene war, diesen Kompromiss zu finden. Genauso schwer ist es der LINKEN gefallen, zu beantragen, diese Mietpreisbremse, die Sie als Kompromiss erstritten haben, in Hamburg umzusetzen. Wir haben von vornherein gesagt – und das haben Sie eben unterschlagen –, dass diese Mietpreisbremse wichtig ist, aber wirkungslos, wenn sie so kommt, wie sie kommen sollte. Und das stimmt weiterhin, das haben Sie selbst in Ihrer Bundestagsfraktion auch erkannt.

Ich zitiere jetzt noch einmal den Mieterverein in einer Pressemitteilung, die er zusammen mit dem Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen herausgegeben hat. Darin finden Sie den schönen Satz des Mietervereins:

"Ein Jahr nach der Mietpreisbremse steht fest: sie hat ihre Wirkung verfehlt."

Herr Kienscherf, Sie fahren die Krallen immer gegen uns aus, Sie müssten die Krallen gegen die Vermieter und Vermieterinnen ausfahren, die überhöhte Mieten nehmen. Darauf warte ich noch. Da machen Sie immer den Kuschelbären. Das ist nicht gut.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist für Herrn Kienscherf ungewöhnlich, Kuschelbär, ich weiß.

Sie haben sich eben auch dafür gelobt, dass der Senat 2013 auf Bundesebene versucht hat, Paragraph 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes zu verändern. Da helfe ich Ihnen gern noch einmal Ihrem Gedächtnis aus. 2011 hat mein Kollege Joachim Bischoff einen Antrag zur Wohnungspolitik eingebracht, in dem unter anderem genau auf diesen Wucherparagrafen eingegangen wurde und wir gefordert haben, ihn zu verändern. Sie haben dann zwar zwei Jahre gebraucht, um das zu einem eigenen Antrag zu machen, aber ich freue mich, dass Sie das immerhin als positiven Weg anerkennen.

Es ist alles ein bisschen schwierig. Herr Duge spricht von einem Schauantrag und versucht, den gesamten Antrag zu zerpfücken, ohne dabei zu merken, dass die Punkte, die im Antrag stehen – und ich wiederhole das gern noch einmal –, letztes Wochenende von Ihrem gewünschten Koalitionspartner in spe auf Bundesebene, der SPD, genau so beschlossen wurden. Sie können feststellen, dass es eigentlich eine breite Bewegung dafür gibt, und ich hatte gedacht, ich könnte auch die GRÜNEN dort sehen. Ich hatte gedacht, dass auch die GRÜNEN sagen, dieses Mietpreisbremsegesetz müsse geändert werden. Aber allem Anschein nach sind Sie gerade auf dem Weg mehr in Richtung wirtschaftsliberal.

(Zuruf von *Farid Müller GRÜNE*)

Womit ich zu Herrn Meyer komme. Herr Meyer hat es heute geschafft, eine Rede zu halten, für die er

eigentlich viel zu jung ist – und eigentlich, dachte ich, auch viel zu intelligent. Aber gut, wenn Sie es wollen ... Sie meinen, Sie müssten uns hier in Hamburg vorwerfen, wir hätten eine SED-Vergangenheit. Das ist eine gewagte These, aber es mag Ihnen vielleicht helfen. Aber Sie haben nicht ein Wort dazu gesagt, was eigentlich aus Ihrer Befürchtung geworden ist. Sie haben letztes Jahr immer gesagt: Mietpreisbremse, sehr schwierig, sehr problematisch. Sie haben genau wie Herr Hamann immer gesagt, das werde ganz übel werden.

Und Sie, Herr Hamann, haben in der letzten Debatte selbst gesagt, es gebe keinerlei Verfahren, die Ihnen bekannt seien. Auch Sie haben von der Wirkung der Mietpreisbremse relativ wenig gemerkt. Insofern hätte ich mich gefreut, wenn die CDU eine Überweisung beantragt hätte. Ich habe mir das gespart, weil ich wusste, dass der rot-grüne Zusatzantrag kommt. Aber, Herr Hamann, Sie sind jederzeit frei, das zu machen; ich würde gern mit Ihnen, mit der FDP und vor allem mit Rot-Grün im Ausschuss diskutieren.

Wenn Sie sich nicht bewegen und immer sagen, Sie machten das im nächsten Jahr, bin ich mir sicher, dass Sie nach der nächsten Bundestagswahl sagen werden, Sie hätten wieder keine Mehrheit. Sie sollten wenigstens einmal klar Farbe bekennen und hier in Hamburg alles versuchen, dass die Mieter und Mieterinnen ein besseres Leben haben, weil ihnen nicht so tief in die Tasche gegriffen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor und wir kommen zur Abstimmung.

Wir beginnen mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE.

(Glocke)

Darf ich um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit für die Abstimmung bitten? – Wir kommen zur Abstimmung und beginnen mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 21/5672.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/5854. Diesen möchte die AfD-Fraktion zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte also nun zunächst Ziffer 1 annehmen? – Hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 angenommen.

Wer möchte sodann Ziffer 2 folgen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 2 angenommen.

(Vizepräsidentin Antje Möller)

Wer möchte dann Ziffer 3 zustimmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3 ist somit angenommen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 18 und 62, den Drucksachen 21/4972 und 21/5113, Große Anfrage der FDP-Fraktion: Hamburgs Unternehmensbeteiligungen – welche Unternehmen besitzt die Stadt und wie gut werden sie gesteuert? und Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Hamburger Beteiligungsverwaltung gut aufstellen und die Empfehlungen des Rechnungshofes umsetzen.

[Große Anfrage der FDP-Fraktion: Hamburgs Unternehmensbeteiligungen – Welche Unternehmen besitzt die Stadt und wie gut werden sie gesteuert? – Drs 21/4972 –]

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Hamburger Beteiligungsverwaltung gut aufstellen und die Empfehlungen des Rechnungshofes umsetzen – Drs 21/5113 –]

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Wir beginnen mit der nächsten Debatte und ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Die Fraktion DIE LINKE und die FDP-Fraktion möchten die Drucksache 21/4972 an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen überweisen. Zudem liegt zur Drucksache 21/5113 vonseiten der CDU-Fraktion ebenfalls ein Antrag auf Überweisung an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen vor.

Wer wünscht dazu das Wort? – Herr Kruse von der FDP-Fraktion, Sie bekommen es.

Michael Kruse FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unter Bürgermeister Olaf Scholz hat sich ein Konglomerat von Unternehmensbeteiligungen entwickelt, das seinesgleichen sucht. Seit 2011 ist die Anzahl der Beteiligungen um über 20 Prozent gestiegen. Dadurch ist eine Komplexität entstanden, die für den Senat

(*Jan Quast* SPD: Die FDP-Fraktion eher!)

kaum mehr überschaubar und kontrollierbar ist. Der Senat verstrickt sich mit seiner planlosen Beteiligungspolitik in immer größere Verantwortlichkeiten, denen er kaum noch gerecht werden kann und bei denen er das Risiko auch nicht mehr überblickt. Längst hat ein schleichender Kontrollverlust eingesetzt, denn pro Mitarbeiter im Beteiligungs-

management werden immer mehr Unternehmen betreut. So entfallen auf einzelne Mitarbeiter des Beteiligungsmanagements bis zu elf Aufsichtsratsmandate. Eine tragfähige Kontrolle der einzelnen Beteiligungen ist so nicht möglich.

(Beifall bei der FDP und bei *Norbert Hackbusch* und *Stephan Jersch*, beide **DIE LINKE**)

Und noch schlimmer: Die Hamburgische Bürgerschaft kann die wachsenden finanziellen Risiken außerhalb des Kernhaushalts – sie wurden vorhin schon angesprochen – kaum effektiv überwachen. Anfragen zu diesen Themen werden insbesondere bei den großen Hamburger Beteiligungen – mithin den großen Hamburger Risiken – HSH Nordbank, HHLA, Hapag-Lloyd mit dem Hinweis auf Geheimhaltung abgeblüht.

Reihenweise Fehler begehen städtische Unternehmen zudem beim Vergabewesen. Bei zahlreichen Millionen-Vergaben wurde in städtischen Unternehmen nicht auf die Einhaltung der Regeln geachtet. Auffällig oft sind dabei Monopolisten wie die HPA oder die Stadtentwässerung im Zentrum von Vergabeproblemen; all das hat Ihnen der Rechnungshof ins Stammbuch geschrieben.

(*Arno Münster* SPD: Das stimmt doch alles gar nicht!)

– Lieber Kollege Arno Münster, auch Sie sollten den Rechnungshofbericht einmal lesen, er ist aus dem Februar dieses Jahres. Sie haben heute einen Antrag dazu eingebracht.

(*Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE: Nicht zur Vergabe! Dazu haben wir keinen Antrag eingebracht!)

Leidtragende dabei sind der Wettbewerb und die Steuerzahler. Die stetige Ausweitung einer risikohaften Staatswirtschaft unter Bürgermeister Scholz und seinem Finanzsenator Tschentscher ist verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP)

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Scholz und seine Truppe schlechte Unternehmer sind.

(*Wolfgang Rose* SPD: Reißen Sie sich mal am Riemen!)

Viele Hundert Millionen Euro Beteiligungswerte wurden so schon versenkt. Die Dummen sind am Ende immer die Hamburger Bürger, denn sie bezahlen die teuren Bruchlandungen von städtischen Unternehmen.

Und dann wundert es mich ganz besonders, und da möchte ich an die Haushaltsdebatte von vorhin noch einmal anknüpfen, wenn der Senat bei Kosten, die entstehen, und bei Ausgaben, die entstehen, zum Beispiel bei der HSH Nordbank auf sogenannte Sondereffekte verweist. Das ist auch sehr

(Michael Kruse)

spannend in der Schriftlichen Kleinen Anfrage, die ich gestellt habe, in der das nämlich drinsteht. Da wird auf Sondereffekte verwiesen,

(Arno Münster SPD: Du musst wissen, was das ist!)

wenn die Stadt als Eigentümerin von Unternehmen am Ende die Zeche zahlt, wenn es nicht läuft. Meine Damen und Herren, die Übernahme von Verantwortung aus einer Unternehmensbeteiligung ist kein Sondereffekt, sondern das ist ganz normales unternehmerisches Risiko. Und deswegen ist die Antwort auf diese Anfrage, Herr Senator, gelinde gesagt Mumpitz.

(Glocke – Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Kruse, einen Moment bitte. Ich würde Ihnen gern zu etwas mehr Aufmerksamkeit verhelfen. – Bitte fahren Sie fort.

Michael Kruse FDP (fortfahrend): Vielen Dank. – Es handelt sich also hierbei nicht um Sondereffekte, sondern schlicht um die Verluste, die städtische Beteiligungen nun einmal erzielen, und dass man die übernehmen muss, ist eine Selbstverständlichkeit.

Man muss dazu sagen, dass wir auch noch andere Positionen im Haushalt haben, gerade bei den öffentlichen Beteiligungen, wo uns eben auch kein reiner Wein eingeschenkt wird. Beispielsweise haben wir die Beteiligung zu Hapag-Lloyd mit 34 Euro in den Büchern stehen. Herr Senator, kein privates Unternehmen hätte das so hinbekommen. Kein Wirtschaftsprüfer hätte einem privaten Unternehmen das so durchgehen lassen.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Der HGV-Abchluss ist durch Wirtschaftsprüfer testiert!)

Der Börsenkurs liegt bei 16 Euro, wenn es gerade einmal gut läuft, bei 17 Euro. Der langfristige Unternehmenswert – und da können Sie ganz genau hineinschauen – soll bei 28 Euro liegen, das sagen alle Beratungen.

(Arno Münster SPD: Du hast ja keine Ahnung!)

Und Sie schreiben ernsthaft 34 Euro zu diesem Unternehmen in Ihre Bücher. Sie wissen sehr genau, dass Sie diese 34 Euro nicht haben. Was Sie da machen, ist stille Reserven aufbauen und damit natürlich auch kein echtes Bild von den Verlusten der Hamburger Beteiligungen zeichnen.

Schauen wir uns einmal im Detail an, wie eigentlich die Steigerungen zustande gekommen sind. Das ist ganz interessant. Der Kollege Schreiber hat dazu in der Replik ein Interview gegeben und gesagt, das liege nur daran, dass neuerdings die kleinen Beteiligungen ausgewiesen würden. Dazu

kann ich nur sagen: Ja, das stimmt – teilweise. Warum stimmt es nur teilweise? Das gilt für das Jahr 2015. Aber auch in den Jahren davor, seit 2011 – genau seitdem Sie regieren –, ist die Anzahl der städtischen Unternehmen ausgeweitet worden, Jahr für Jahr. Schauen Sie in die Anlage 1 meiner Großen Anfrage, dann werden Sie auch das feststellen. Also, bleiben Sie bei der Realität.

Interessant ist, der Rechnungshof hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass Sie endlich ein ordentliches Beteiligungskonzept vorlegen sollen, eine programmatische Grundlage dafür. Aber genau das machen Sie jetzt nicht, genau das fordern Sie, liebe rote und grüne Fraktion, von Ihrem Senat nicht ab. Es ist aus meiner Sicht löblich, dass Rot-Grün einen Antrag zu diesem Thema einbringt und den Senat auffordert, sich mit seinen Beteiligungen auseinanderzusetzen. Nur, wenn der Senat ausschließlich dazu aufgefordert wird, einmal zu überprüfen, ob er denn in der Vergangenheit alles richtig gemacht hat und ob er alles richtig macht, dann kann ich Ihnen die Antwort schon sagen. Es wird dabei keine Überraschung herauskommen. Insofern ist Ihr Antrag ehrlich gesagt ein zahnloser Tiger. Herr Tschentscher hat vorhin schon gesagt, dass er da nicht heran möchte. Genau das ist der Grund, warum wir in Sorge sind, ob das Geld der Steuerzahler bei Ihnen eigentlich in den richtigen Händen ist.

Wir würden gar nicht sagen, dass Sie all die Verluste – und es sind immer noch dreistellige Millionen-Verluste jedes Jahr, die im Hamburger Haushalt aus städtischen Beteiligungen stehen – zu verantworten haben, Herr Tschentscher. Selbstverständlich haben auch die Vorgängersenate gerade bei den Verlusten bei der HSH Nordbank ihren Teil dazu beigetragen. Nur: Was ist denn die Konsequenz daraus? Die Frage ist doch, was die Konsequenz daraus ist. Die Konsequenz daraus, dass möglicherweise auch Vorgängersenate eine Verantwortung tragen, kann doch nicht sein, dass Sie sagen, Sie gingen überhaupt nicht an die Beteiligungen heran. An dieser Stelle machen Sie nicht einmal das, was der Rechnungshof von Ihnen fordert. Ehrlich gesagt: Ob wir den Rechnungshof und dessen Arbeit schätzen, entscheidet sich nicht einmal im Jahr, ganz am Ende des Jahres, wenn hier ein Dank vorgelesen wird und alle im Haus kräftig applaudieren, sondern es entscheidet sich in den 364 Tagen dazwischen, ob wir seine Arbeit ernst nehmen und seine Hinweise auch aufnehmen. Sie nehmen nur sehr wenige dieser Hinweise auf. Deswegen werden wir diese Drucksache weiter im Ausschuss beraten müssen, weil wir die Hoffnung haben, dass daraus dann noch ein paar mehr Arbeitsaufträge für den Senat erwachsen und wir diese programmatische Grundlage endlich erhalten.

Wir fordern: Die Stadt soll alle städtischen Beteiligungen abstoßen, die nicht der Daseinsvorsorge

(Michael Kruse)

dienen oder ein strategisches Interesse haben. Wenn Sie das nachweisen können, sind wir offen dafür. Deswegen freuen wir uns auch auf die Debatte im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Schreiber von der SPD-Fraktion bekommt nun das Wort.

(Vizepräsidentin Christiane Schneider übernimmt den Vorsitz.)

Markus Schreiber SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Rechnungshof hat in verdienstvoller Art und Weise einen Jahresbericht 2016 geschrieben, in dem er sich in großen Teilen mit der Beteiligungsverwaltung auseinandersetzt. Das ist, glaube ich, sehr vernünftig und gut gewesen, das muss man loben und sich dafür bedanken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Thema der Beteiligungsverwaltung ist, wie man nachlesen kann, sehr wichtig. Aus dem Bericht des Rechnungshofs geht hervor, dass die Unternehmensbeteiligung, die wir in dem Beteiligungsbericht 2014 haben, eine Bilanzsumme von 29 Milliarden Euro mit 58 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – das sind mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als es ansonsten in der Freien und Hansestadt Hamburg gibt – und eine jährliche Investitionssumme von 1,3 Milliarden Euro im Jahr aufweist, das ist doppelt so viel wie der Rest der Stadt investiert. Insofern würde ich sagen, ist die Beteiligungsverwaltung, wenn man sich diese insgesamt ansieht, mindestens halb Hamburg, wenn nicht mehr. Es ist klug und richtig, darauf einen genauen Blick zu richten, und zwar nicht nur durch den Rechnungshof, sondern natürlich auch durch den Ausschuss Öffentliche Unternehmen. Deswegen haben wir, anders als Sie es eben dargestellt haben, die Empfehlung des Rechnungshofs aufgegriffen und gesagt, das, was da empfohlen wird – ich kann das einmal aus diesem Bericht zitieren –,

"Der Rechnungshof hält eine solche möglichst zeitnahe und die gesamte Beteiligungsverwaltung umfassende Organisationsuntersuchung für erforderlich. Dabei sollte neben der Frage nach den für die Verwaltung der städtischen Beteiligungen angemessenen Ressourcen auch untersucht werden, ob die Prozesse und Strukturen wirtschaftlich und geeignet sind, die von der FHH und ihren Beteiligungen verfolgten politischen, strategischen und operativen Ziele zu erreichen."

wollen wir umsetzen. Diese Empfehlung hat die Finanzbehörde in ihrer Stellungnahme zum Rechnungshofbericht befürwortet und sie für sinnvoll ge-

halten. Wir greifen diese Idee heute auf, haben den Antrag dazu formuliert und gesagt, dass wir das haben wollen. Wir wollen gern eine Organisationsuntersuchung, und zwar nicht durch den Senat, Herr Kruse, wie Sie es eben dargestellt haben, sondern durch eine unabhängige dritte Firma, die für Geld beauftragt wird und diese Untersuchung durchführt. Ich glaube, wir als Bürgerschaft sind absolut klug beraten, diese Organisationsuntersuchung zu beauftragen, im Ausschuss zu begleiten und am Ende allerdings auch dafür zu sorgen, dass die Empfehlungen, die wir diskutieren müssen, wenn sie richtig und gut sind, umgesetzt werden. Das wird der schwierige Teil der Operation werden.

Nicht richtig ist Ihre Darstellung, die Sie jetzt, ich weiß nicht warum, aufgrund Ihrer Großen Anfrage und auch aufgrund unseres Antrags gewählt haben, dass massenhaft öffentliche Unternehmen geschaffen und wir mit Herrn Scholz an der Spitze Geld vergeuden würden; das ist dummes Zeug.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In Wahrheit wissen Sie das. Ich habe in den Medien gesagt, ein Teil der Zuwächse bei den öffentlichen Unternehmen sei darauf zurückzuführen, dass jetzt auch Beteiligungen unter 20 Prozent mitgezählt werden. Deswegen sind über 100 Unternehmen hinzugekommen. Was verstehen wir unter einem Unternehmen? Wir haben heute 101 Unternehmen, also nicht über 400 oder 460.

Kommen wir zum eigentlichen Kern, nämlich zu der Frage, ob es gut oder nicht gut ist, ein öffentliches Unternehmen zu haben. Ich sage, in der Regel ist es gut. Wir müssen genau hinsehen, was sie machen. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass es bei einem Unternehmen, das heute schon einige Male zitiert wurde, nämlich bei der HSH Nordbank, nicht immer so klappt und das Steuerungssystem vielleicht noch optimierbar ist.

(Katja Suding FDP: Das sind ja Kleinigkeiten!)

Das Steuerungssystem und das Kontrollsystem für öffentliche Unternehmen muss man so gestalten, dass so etwas auf jeden Fall nicht wieder vorkommt. Das ist richtig. Aber ich glaube, dass öffentliche Unternehmen an vielen Stellen eine hohe Berechtigung haben und dass das, was Sie gesagt haben, nämlich erst einmal alle abstoßen,

(Michael Kruse FDP: Das habe ich nicht gesagt!)

keine Lösung ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist nicht die Lösung, die wir brauchen, sondern wir gehen da anders ran. Wir brauchen immer eine Begründung. Ein öffentliches Unternehmen hat dann eine Begründung, wenn private es nicht ma-

(Markus Schreiber)

chen können. Wir müssen Zielvorgaben machen, aus denen hervorgeht, was wir für die Freie und Hansestadt Hamburg brauchen und weshalb es ein öffentliches Unternehmen machen muss. Das ist aber in der Regel der Fall. Zufälligerweise habe ich heute mit einem Vorstandsmenschen eines öffentlichen Unternehmens gesprochen, der aus einer anderen Stadt hierhergekommen ist. Er sagte – das ist ein bisschen ein Kontrapunkt zu dem, was Sie gesagt haben –, im Gegensatz zu dem anderen Bundesland, in dem er früher gearbeitet habe und jetzt hierhergekommen sei, um ein öffentliches Unternehmen zu leiten, seien die Kultur der öffentlichen Unternehmen und insgesamt die Beteiligungsverwaltung hier viel besser aufgestellt als in anderen Ländern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – *Wolfgang Rose SPD*: Ja, genau!)

Auch im Rechnungshofbericht steht, dass das Verantwortungsmodell, insbesondere das erweiterte Verantwortungsmodell, in der Regel funktioniere. Das konnte man Ihren Ausführungen nicht vollständig entnehmen. Auch wenn es im Grunde gut funktioniert, sagen wir, dass es sich aufgrund der Bedeutung, der Größe der Beteiligungsverwaltung und der öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen insgesamt lohnt, da genau draufzugucken. Es lohnt sich, eine Organisationsuntersuchung durchzuführen, für die wir dem Senat bis Ende nächsten Jahres Zeit geben. Dann wollen wir aber auch nicht vom Senat, sondern von dem von uns beauftragten Unternehmen Ergebnisse haben.

(*Michael Kruse FDP* lacht: Ich dachte der Senat macht das!)

– Ich glaube nicht, dass, nur weil ein Unternehmen beauftragt wird, es nicht das schreibt, was es auch meint. Das ist ja das, was bei Ihnen dahintersteht.

Natürlich muss man ein ordentliches Unternehmen beauftragen, das diese Untersuchung absolut unabhängig durchführt und uns Hinweise gibt, die wir dann zu bewerten und am Ende auch umzusetzen haben, um die Steuerung der Beteiligungsverwaltung zu gewährleisten. Das ist eine große Aufgabe. 29 Milliarden Euro Bilanzsumme, 58 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 1,3 Milliarden Euro Investitionssumme, das sind ja schon Zahlen, die einem auch ein bisschen Ehrfurcht einflößen sollten. Insofern sind wir gut beraten, den Antrag heute zu beschließen und nicht erst an den Ausschuss überweisen. Wir werden ihn aber – das ist, glaube ich, auch richtig – im Nachhinein in den Ausschuss überweisen, damit er dort weiter diskutiert werden kann. Wir werden Ihre Große Anfrage an den Ausschuss überweisen, weil es nie schadet, wenn man möglichst viele Daten hat, um Themen zu diskutieren. Das halte ich für richtig und stehe dazu, dass man nicht alles ablehnt, nur weil es von der FDP kommt.

(Beifall bei der FDP – *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Das ist eine gute Idee!)

Immerhin sind die Hälfte der Großen Anfrage ja auch Antworten, die ja nicht schlecht sein müssen. Insofern kann man das, finde ich, schon diskutieren. Ich bitte Sie darum, unserem Antrag zuzustimmen und ihn und die Große Anfrage der FDP anschließend an den Ausschuss zu überweisen, in dem wir das weiterhin fachlich diskutieren werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Schreiber. – Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion, Sie haben jetzt das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns darin einig, dass die öffentlichen Unternehmen für die Stadt, für die Finanzen dieser Stadt, von überragender Bedeutung sind. Es gibt sehr unterschiedliche öffentliche Unternehmen, wir haben klassische kommunale Unternehmen, wir haben Sonderfälle, Banken, Reedereien et cetera im Portfolio, die teilweise schon angesprochen worden sind. Wir haben relativ viele Aktivitäten im Immobilienbereich. Wir haben einige Zweckgesellschaften, die gar nicht mehr für den Zweck vorhanden sind, für den sie eigentlich gegründet worden sind, sondern ein fröhliches Eigenleben führen. Darüber kann man lang und breit reden, aber in der letzten Legislaturperiode haben wir die richtige Entscheidung getroffen, dafür einen eigenen Ausschuss einzusetzen.

(Beifall bei *Michael Kruse FDP* und *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Die Ausschussmitglieder haben geklatscht; das finde ich gut.

Das Gute ist, dass es einheitliche Vorgaben für die öffentlichen Unternehmen gibt. Das Schlechte ist, dass sie nicht weiterentwickelt, nicht gepflegt und nicht eingehalten werden. Das Gute ist, dass es Zielvorgaben, Zielbilder für die öffentlichen Unternehmen gibt. Das Schlechte ist, dass sie völlig veraltet sind. Ich glaube, dass seit 2011, also seitdem dieser Bürgermeister im Amt ist, für kein wesentliches Unternehmen das Zielbild geändert worden ist. Sie sagen immer, Sie machten mit der SA-GA GWG jetzt etwas ganz Tolles, etwas ganz anderes, aber das Zielbild stammt vom alten Senat von 2009 oder 2010. Also, so schlecht kann es damals doch gar nicht gewesen sein.

(Beifall bei *Ralf Niedmers CDU*)

Es gibt in vielen Fällen kein einheitliches Risikomanagement. Es gibt auch viele Fälle, das kann man anhand vieler Einzelfälle dokumentieren, bei denen die Kontrolle der öffentlichen Unternehmen

(Thilo Kleibauer)

stark vernachlässigt ist. All das, Herr Senator Tschentscher, ist auch ein Versäumnis von Ihnen, der Sie nun seit 2011 die zentrale politische Verantwortung für das Beteiligungsmanagement in dieser Stadt tragen.

Der Rechnungshof hat in seinem diesjährigen Jahresbericht die Mängel im Beteiligungsmanagement massiv kritisiert. Aber, Herr Schreiber, einmal ehrlich, wir kennen diese Mängel nicht erst seit dem Jahresbericht 2016 des Rechnungshofs. Viele Mängel, viele Kontrollverluste sind seit Jahren bekannt. Wir hatten viele Fälle, Hamburger Friedhöfe, bei denen die Finanzbehörde seit Jahren mit der Umweltbehörde streitet und nebenbei noch versäumt hat, ihren eigenen Platz im Aufsichtsrat nachzubesetzen. Wir hatten das Thema serv-Count, ein Tochterunternehmen der Wasserwerke, bei dem einmal eben zweistellige Millionenverluste mit irgendeiner komischen Geschäftsidee entstanden sind. Wir hatten das sehr eigenwillige Verfahren bei der Nachbesetzung von Herrn Elster als Hochbahnchef, bei der die Finanzbehörde fröhlich ausgegrenzt worden ist. Nein, Herr Schreiber, das wussten wir nicht erst seit 2016, wir wussten das seit vielen Jahren. Da besteht Handlungsbedarf und das wurde von diesem Finanzsenator bislang versäumt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich finde Organisationsuntersuchungen durchaus gut,

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Also, Zustimmung!)

wobei ich trotzdem, Herr Tjarks, den Antrag schlecht finde. Ein Grundübel vieler Organisationsüberprüfungen ist im Übrigen, dass das Amt, das überprüft werden soll, häufig selbst den Auftrag vergibt. Ob dabei immer so etwas Schlaues herauskommt, sei einmal dahingestellt. Auch das spricht dafür, dass wir uns das genau im Ausschuss ansehen, ehe wir es als Schnellschuss auf den Weg bringen.

Darüber hinaus hat die Finanzbehörde schon in der letzten Legislaturperiode mehrfach gesagt, diese Organisationsüberprüfung werde jetzt durchgeführt. Als jemand, der auch in der letzten Legislaturperiode dabei war, fühle ich mich von den Antragstellern veralbert. Ich zitiere aus einer Drucksache aus dem Jahr 2012, in der der Senat schreibt:

"Unterschiedliche Entwicklungen geben Anlass, das Gesamtsystem der Verfahren und Methoden im Beteiligungsmanagement sowie deren Organisationen, Fachbehörden und Finanzbehörde auf seine Zukunfts- und Leistungsfähigkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls zu optimieren. Dem Senat soll bis zum 31. Dezember 2012 berichtet werden."

31. Dezember 2012. Ich habe dann, wie sich das für einen guten Abgeordneten gehört, Herr Tjarks, im Januar 2013 einmal nachgefragt, was denn daraus geworden sei.

"Der Abschluss der Überprüfung sowie ein entsprechender Bericht an den Senat sind für das erste Halbjahr 2013 vorgesehen. Der Bericht wird auch Handlungsoptionen zur Optimierung der Beteiligungssteuerung enthalten."

Also schon 2013 wusste der Senat, dass es Handlungsbedarf gibt. Auf die Nachfrage nach Mitte 2013 antwortete der Senat regelhaft mit dem Textbaustein:

"Die Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen."

Wenn Sie dann heute noch mit so einem Antrag kommen und der Senat als Reaktion auf den Rechnungshofbericht behauptet, er ändere nun alles, dann fühle ich mich wirklich sehr veralbert

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Klar, eine solche Untersuchung kann man immer machen. Ich bin dafür, dass wir sie gründlich vorbereiten. Dafür haben wir jetzt, wenn das Ganze seit 2012 geplant ist, auch noch die ein, zwei Monate Zeit, das im Ausschuss zu machen. So eine Untersuchung ersetzt nicht politische Entscheidungen. Wir haben den Rechnungshofbericht ja auch im Rechnungsprüfungsausschuss beraten.

Die zentrale politische Fragestellung ist doch, ob wir eine starke Finanzbehörde wollen oder ob uns das egal ist. Dazu mag jeder aus seinem Fachbereich vielleicht unterschiedliche Auffassungen vertreten. Aber wenn wir zentrale Vorgaben für die Beteiligungssteuerung haben, dann muss eine zentrale Beteiligungsverwaltung diese auch umsetzen. Wenn uns jetzt die Finanzbehörde erzählt, sie sei nur für die Vorgaben, aber nicht für deren Einhaltung zuständig und sehe sich das nachträglich nicht an, dann ist das schwach. Das sind politische Entscheidungen, die geklärt werden müssen, bevor wir diese Organisationsuntersuchungen starten.

(Beifall bei der CDU)

Ein letzter Punkt zu Ihrem Antrag: Ich finde es nicht so geschickt, wenn wir als Bürgerschaft sinngemäß in den Antrag schreiben, der Senat solle die geeigneten Unterlagen und Informationen prüfen, die die Bürgerschaft bekommt. Auch dazu sollten wir uns vorher eine Meinung bilden. Über Berichtspflichten an die Bürgerschaft gibt es bereits eine umfangreiche Beschlusshistorie. Das sollten wir nicht mit einem Schnellschussantrag wegdelegieren und dann diesen Antrag beschließen und jahrelang warten, bis der Senat darauf antwortet. – Vielen Dank.

(Thilo Kleibauer)

(Beifall bei der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Kleibauer. – Jetzt hat Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind uns darin einig, dass die öffentlichen Unternehmen mit 58 600 Beschäftigten von 114 000 Beschäftigten des Konzerns Hamburg, einem Investitionsvolumen von 1,3 Milliarden Euro – doppelt so viel wie der Kernhaushalt – und mit 40 Prozent der Bilanzsumme der Freien und Hansestadt Hamburg sehr sorgfältig betrachtet werden sollten. Ich glaube, dass wir uns in der Sache nicht so uneinig sind, in welche Richtung das gehen sollte. Insofern kann man vieles, was gesagt worden ist, abschichten.

Aber, Herr Kruse, der zentrale Knackpunkt der Debatte, die Sie aufgemacht haben, ist die Frage, ob wir eigentlich öffentliche Unternehmen wollen, und wenn ja, wohin diese geführt werden sollen. Ich sah mir Ihren Antrag zum letzten Landesparteitag an, in den Sie folgenden Satz hineingeschrieben haben:

"Nur bei Beteiligungen, die Aufgaben erfüllen, für die es keinen Markt gibt oder sich dieser regulatorisch nicht herstellen lässt, kann auf eine Veräußerung verzichtet werden. Andernfalls werden wir privatisieren, insbesondere wenn dies aus ordnungspolitischen Gründen geboten ist."

In diesem Satz steckt doch die eigentliche Sprengkraft der Debatte, denn mit diesem Satz, Wohnen sei ein Markt, sagen Sie doch, dass Sie SAGA GWG privatisieren wollen. Genau das steht in diesem Satz, auch wenn Sie jetzt den Kopf schütteln. Das steht in Ihrem Leitantrag, Sie haben es eben noch einmal gesagt. Dann müssen Sie doch einmal den Hamburgerinnen und Hamburgern reinen Wein einschenken, indem Sie sagen, Sie als FDP möchten SAGA GWG privatisieren. Ich halte das für falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das, was Sie möchten, ist falsch für diese Stadt. Es gibt noch andere Unternehmen, die einen Markt haben, die HHLA zum Beispiel.

(*Michael Kruse FDP:* Da waren Sie auch mal progressiver!)

Das ist ein großer Markt. Man kann sich darüber streiten, ob das eine staatliche Dienstleistung sein soll. Aber wenn Sie, Herr Kruse, jetzt sagen, Sie wollen sie privatisieren, dann kann ich nur sagen, dass schon einmal HHLA-Anteile für 1,16 Milliarden Euro privatisiert wurden. Das Gesamtvolumen des Wertes der HHLA ist momentan 1,03 Milliar-

den Euro. Ich weiß nicht, ob Sie nicht dann einfach sagen würden, wir würden öffentliches Vermögen an dieser Stelle verschleudern, weil die HHLA an dieser Stelle unterbewertet ist. Auch das wäre total falsch unabhängig von der Frage, ob es sinnvoll ist oder nicht. Auch da fahren Sie eine Strategie, die nicht nachvollziehbar ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Katja Suding FDP:* Weil Sie es nicht verstanden haben, Herr Tjarks!)

Dann haben wir das Thema Hapag-Lloyd. Auch bei diesem Thema haben Sie wieder gesagt, auch wenn der Wirtschaftsabschluss der HGV durch Wirtschaftsprüfer testiert wird, also nicht ganz unrechtmäßig sein kann, es gebe eine Differenz in der Bewertung der Aktien in den Büchern und der realen Bewertung an der Börse. Sie sagen, wir sollten das jetzt auch verkaufen. Sagen Sie, wir sollten diese Verluste realisieren und dann nicht mehr die Sicherheit haben, dass das Unternehmen am Standort bleibt? Was sagen Sie eigentlich in der Konsequenz dazu, außer dass das alles überhaupt keinen Sinn macht? Wir werden die weitere Fusion mit UASC beraten. Aber das ist keine Strategie, wie man öffentliche Unternehmen in Hamburg führt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - *Michael Kruse FDP:* Das haben Sie vor der Wahl doch auch noch erklärt!)

– Ich habe nicht erklärt, dass man Hapag-Lloyd verkaufen soll, ich habe erklärt, dass ich die zweite Tranche nicht gekauft hätte.

Aber man muss doch damit umgehen, was man mit den gekauften Aktien macht. Man muss doch zur Kenntnis nehmen, dass wir mit der Fusion von UASC jetzt auf, ich weiß nicht genau, 14 Prozent des Gesamtanteils schrumpfen. Und wenn wir unter 10 Prozent kommen, kann man den Hauptsitz aus Hamburg verlagern. Aber genau das wollen wir doch nicht. Wir wollen doch gemeinsam, dass Hapag-Lloyd in Hamburg bleibt. Insofern ist doch der Verkauf keine Option.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

In der Sache ist es, glaube ich, klar. Wie Herr Kleibauer gesagt hat, ist die Beteiligungsverwaltung eine komplexe Angelegenheit. Es gibt aus unterschiedlichen Gründen mehr Unternehmen, es gibt einen leichten Anstieg an Vollzeitkräften, die sich um die Betreuung dieser Unternehmen kümmern, und es wird natürlich auch darum gehen, die Beteiligungssteuerung neu einzurichten. Es geht um die Frage, welchen Wert die Fachlichkeit und die finanzielle Kraft haben. Insofern ist dieser Antrag der Auftakt, nicht nur für ein Gutachten zu sorgen, sondern nach dem Gutachten stehen auch Entscheidungen an. Ich würde mir wünschen, dass wir uns diesbezüglich möglichst gemeinsam auf den

(Dr. Anjes Tjarks)

Weg machen. Deswegen werden wir diesen Antrag und auch Ihre Große Anfrage an den Ausschuss überweisen, obgleich ich das inhaltlich anders sehe. Aber wir sollten gemeinsam für eine Risikominimierung sorgen, auch wenn wir beim Wohl und der Sinnhaftigkeit der öffentlichen Unternehmen möglicherweise sehr weit auseinanderliegen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Tjarks. – Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Tjarks hat eben das große Thema aufgemacht, mit dem zumindest der männliche Teil der FDP nach der Sommerpause die großen Prinzipien Diskussionen aufgemacht hat: Keine Staatswirtschaft mehr in Hamburg, die Wohnungswirtschaft solle frei organisiert werden. Ich glaube nicht, dass das eine Lösung für Ihre Krise ist, die Sie in den nächsten Monaten haben werden. Aber das sollte jetzt kein großes Thema sein.

Wir müssen ernsthaft über das Problem der Beteiligungsverwaltung diskutieren. Darauf ist Herr Tjarks auf die schöne Rede von Herrn Kleibauer hin, der die Genese des Antrags aufgezeigt hat, überhaupt nicht eingegangen. Der Antrag ist drei Jahre alt, wird jetzt noch einmal ausgepackt und als etwas Neues dargestellt. Das hat mit seriöser Politik nichts zu tun. Dazu kann ich nur sagen, tut mir leid, das ist eigentlich eine gute Idee, aber man kann ja einmal auf sie eingehen.

Ich möchte kurz auf die zwei wichtigen Themen zu sprechen kommen. Erstens: Was ist mit der HSH Nordbank schiefgegangen? Zur Erinnerung: Die krisenhafte Entwicklung der HSH Nordbank fand zwar noch unter öffentlicher Beteiligung statt, aber der Sprung in die Privatisierung war bereits vorgenommen worden. 25 Prozent sind damals schon privatisiert worden. Man hat die Gewährträgerhaftung riesig aufgebläht, um diesen großen Privatisierungsschritt zu machen. Das heißt, es ist weniger eine Bilanz von öffentlicher Beteiligung als vielmehr eine Bilanz von Privatisierung schiefgegangen. Darüber müssen wir meiner Meinung nach anders diskutieren. Hätte die HSH Nordbank wie die Bremer Landesbank agiert, wäre das eine andere Situation gewesen. Dann hätte es nicht diese Katastrophen gegeben, die wir gegenwärtig zu verdauen haben.

Zweitens möchte ich etwas zum Thema Elbphilharmonie ausführen, denn die Elbphilharmonie wird gern als Beispiel dafür angeführt, dass öffentliche Unternehmen damit nicht umgehen können. Wir haben das im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss genau untersucht und festgestellt, dass man für die Organisation der Elbphilharmonie Pri-

vate hinzugezogen hat, um den gesamten Staatsapparat möglichst zu umgehen. Das ist kein typisches Beispiel dafür, wurde aber als typisches Beispiel für ÖPP, also öffentlich-private Partnership genannt. Das und nicht die staatliche Beteiligung ist in die Hose gegangen. Von daher taugen diese beiden Bereiche nicht als Beispiele, auch wenn die staatliche Beteiligung immer zu Fehlern führen kann und das durchaus ein wichtiger Bereich ist.

Die Schlussfolgerungen aus diesen Beispielen müssen sein, dass wir eine enge politische Steuerung von öffentlichen Unternehmen haben müssen. Dafür müssten Sie sich ein bisschen kritischer mit dem Rechnungshofbericht auseinandersetzen, denn der Rechnungshofbericht nennt Ihnen drei kritische Punkte: Erstens: Wir steuern die öffentlichen Unternehmen über Zielbilder. Das machen Sie, wie der Rechnungshof deutlich festgestellt hat, aber nicht. Die Zielbilder sind in weiten Bereichen nicht entwickelt, nicht aktualisiert und es wird nicht aktiv danach gehandelt. Das heißt, die gesamte politische Steuerung findet diesbezüglich nicht statt. Das ist das erste Entscheidende, das wir kritisch diskutieren müssen.

Zweitens – das hat Herr Kleibauer schon deutlich dargestellt – sind die Ressourcen kaum vorhanden, um das wirklich kontrollieren zu können. Ich will Ihnen das als praktisches Beispiel nennen, über das wir alle uns geärgert haben. Das war diese 140-Millionen-Euro-Geschichte, die von HPA und einem Unternehmer, dessen Namen egal ist, in Steinwerder versenkt worden ist. Sie alle kennen dieses Beispiel. Bei der Untersuchung dieses Falls bestand doch die Schwierigkeit des Rechnungshofs darin, festzustellen, dass es zu den Vorbereitungen der Aufsichtsratssitzung der HPA in der Wirtschaftsbehörde noch nicht einmal Unterlagen darüber gab, dass wir das kontrollieren konnten und nicht einmal eine Ahnung davon hatten, was dort geschehen ist. Dort ist keine politische Steuerung, sondern ein Desaster geschehen.

(Arno Münster SPD: Das war doch der CDU-Kollege! Das müssen Sie nicht der SPD vorwerfen!)

– Ja, ich sage doch nur, dass die Situation der Beteiligungsverwaltung sich seitdem nicht verbessert hat. Ich befürchte, dass wir an verschiedenen Punkten solche Situationen, wie sie auch der Rechnungshof festgestellt hat, bekommen werden. Dementsprechend ist an dieser Stelle etwas zu machen.

Von daher ist das, was Sie machen, ein kleiner Schritt voran; er ist überfällig, wird aber nicht ausreichen. Wir brauchen eine stärkere Entwicklung von Zielbildern, denn nur so sind wir in der Lage, öffentliche Unternehmen so zu steuern, dass es zu den anvisierten Ergebnissen kommt.

Ein Beispiel für Arno Münster:

(Norbert Hackbusch)

(Arno Münster SPD: Ja, gern!)

Worin bestand denn die Steuerung des Staats im Zusammenhang mit der HHLA in den letzten Monaten? Die HHLA hat einen wichtigen Teil, die Logistik, mehr oder weniger abgestoßen.

(Arno Münster SPD: Halt mal den Ball ein bisschen flach!)

– Das hat sie doch so gemacht. Das können wir noch einmal genauer diskutieren.

Ich merke, er hört gar nicht mehr zu, auch wenn man ihn dazu anspricht. Deswegen lasse ich das an dieser Stelle und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Hackbusch. – Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion, Sie haben das Wort.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon sehr viel Richtiges gesagt worden. Öffentliche Unternehmen sind nichts per se Schlechtes. Das Gegenteil kann der Fall sein. In einem Unternehmen gibt es klare Verantwortlichkeitsbereiche. Personal wird nicht nach Parteibuch, sondern nach Kompetenz eingestellt, zumindest sollte das so sein, und straff von Fachleuten unter Aufsicht der Behörde geführt. Unter diesen Voraussetzungen ist ein öffentliches Unternehmen einer Verwaltung grundsätzlich vorzuziehen. Öffentliche Unternehmen können deutlich effizienter sein als Behörden. Auch gibt es gute Gründe, wenn zum Beispiel die Mehrheit der Bevölkerung per Volksentscheid bestimmt, dass bestimmte Aufgaben unter hoheitlicher Verwaltung für die Gründung öffentlicher Unternehmen auszuüben sind. Der Staat sollte sich einerseits nicht aus den Kerngebieten staatlicher Daseinsvorsorge zurückziehen. Hier sind in vielen Fällen nicht unmittelbar hoheitliche Aufgaben in der Organisation eines Unternehmens vorzuziehen. Was der Staat aber andererseits auch nicht machen sollte, ist, sich als der bessere Unternehmer zu sehen.

Jenseits der genannten Kerngebiete staatlicher Daseinsvorsorge ist die Privatwirtschaft erfolgreicher. Hauptaufgabe des Staats ist das Schaffen passender Rahmenbedingungen für das Wirtschaften. Dies vorausgeschickt, ergeben sich wichtige Schlüsse aus der Senatsantwort auf die Anfrage.

Auch eine große Anzahl von öffentlichen Unternehmen ist vom Grunde her unproblematisch. Bedingung ist, dass die Unternehmen sich an die Vorgaben der Stadt halten und kontrollierbar sind. Der Rechnungshof hat in seinem Bericht 2016 zurecht moniert, dass sich nicht alle öffentlichen Unterneh-

men an diese Vorgaben halten. Als Beispiel wurde die Gründung einer im Ausland befindlichen Betriebsstätte angeführt, die dann einmal schnell 800 000 Euro Verlust einfuhr. Sie überraschte damit die Hauptniederlassung und den Senat. Der Hamburger Steuerzahler musste diesen Verlust ausgleichen, obwohl die ausländische Niederlassung gar nicht hätte gegründet werden dürfen. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die Einhaltung von Regeln und Überwachung der städtischen Unternehmen und Beteiligungen ist.

Weiterhin ist Transparenz wichtig. Transparenz gegenüber der Bürgerschaft und gegenüber den Bürgern. Hier darf nicht einmal der Verdacht aufkommen, dass in der Vielzahl der Beteiligungen Haftungsrisiken versteckt werden sollen – keine Schattenhaushalte.

Noch einmal: Der Staat ist grundsätzlich ein schlechter Unternehmer. Ich darf an dieser Stelle das Bundeskartellamt zitieren:

"Wenn die öffentliche Hand wirtschaftlich tätig wird, sollte sie ihre Beweggründe und die mit der wirtschaftlichen Betätigung verbundenen Vor- und Nachteile vor der Entscheidung transparent und damit abwägbar machen."

– Zitatende –

Ich möchte hinzufügen, dass die Notwendigkeit städtischer Unternehmertätigkeit regelmäßig neu zu überprüfen ist. Gerade in einer Stadt, die über Jahrhunderte vor allem auch von privatwirtschaftlichem Engagement profitiert hat und mit ihm gewachsen ist, sollte der Senat sich perspektivisch von allen nicht notwendigen Beteiligungen trennen. Das heißt nicht, dass man nach dem Motto, ein Wohnungsbauunternehmen sei nicht notwendig, handelt. Das heißt nur, dass man das überprüfen muss. In diesem Zusammenhang begrüßen wir, dass der Senat die Empfehlungen des Rechnungshofs in weiten Teilen annimmt. Dem Rechnungshof gebührt Dank für die ausführliche Würdigung der Problematik und die zielführenden Anregungen. Dem Antrag von SPD und GRÜNEN stimmen wir zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Oelschläger. – Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion, Sie haben das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ohne die Debatte in die Länge zu ziehen, möchte ich anmerken, dass ich es sehr angemessen gefunden hätte, wenn der zuständige Senator das Wort ergreift. Herr Tschentscher, Sie sind nicht nur Senator von Haushaltsüberschüssen, von steigenden Steuereinnahmen, Sie sind auch unmittelbar betroffen. Es geht um ein Amt Ih-

(Thilo Kleibauer)

rer Behörde, dem Defizite vorgeworfen werden. Ich finde, Sie hätten sich bei diesem Antrag der Regierfraktionen zu Wort melden müssen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Zwei Argumente möchte ich kurz anführen. Erstens: Der Antrag, den die SPD vorgestellt hat, setzt voraus, dass es eine Organisationsuntersuchung gibt. Sie sagen, Sie möchten über die Ergebnisse unterrichtet werden. Ich habe noch einmal genau geprüft, welche diplomatisch zurückhaltende Stellungnahme der Senat abgegeben hat. Der Senat sagt in seiner ganzen Weisheit:

"Die vom Rechnungshof angeregte Organisationsuntersuchung wird grundsätzlich für sinnvoll gehalten."

Ich glaube, der Senat hält grundsätzlich vieles für sinnvoll. Ich hätte gern von diesem Senator an dieser Stelle gehört, dass er so eine Untersuchung tatsächlich sinnvoll findet und sie beauftragen wird.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Zweitens: Vor der Sommerpause haben wir uns im Rechnungsprüfungsausschuss in intensiven Beratungen mit diesem Thema beschäftigt. Aus Krankheitsgründen war dabei die Besetzung der Finanzbehörde suboptimal. Auch deswegen wäre es angemessen gewesen, dass heute der oberste Chef der Beteiligungsverwaltung hier ist und dazu noch kurz etwas erklärt. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der FDP und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Kleibauer. – Nun sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen also zur Abstimmung.

Wer möchte nun zunächst die Drucksache 21/4972 an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das überwiesen.

Wer schließt sich dann dem Überweisungsbegehren zur Drucksache 21/5113 ebenfalls an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen an? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wir stimmen dann über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN aus Drucksache 21/5113 in der Sache ab.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist bei mehreren Gegenstimmen der Antrag angenommen.

Die Fraktionen der SPD und GRÜNEN möchten diese Drucksache nun nachträglich an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die nachträgliche Überweisung beschlossen.

Ich bedanke mich für die Debatte und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Zuruf)

– Herr Dr. Schulz, bevor Sie jetzt den Plenarsaal verlassen, möchte ich Ihnen im Namen des ganzen Hauses zu Ihrem heutigen Geburtstag gratulieren. Ich finde es bewundernswert, dass Sie so lange ausgeharrt haben, und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Beifall bei allen Fraktionen – Rechnungshofpräsident Dr. Stefan Schulz: Vielen Dank!)

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 63, Drucksache 21/5423, Antrag der AfD-Fraktion: Öffentlichkeit über Abstimmungsverhalten im Bundesrat informieren.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Öffentlichkeit über Abstimmungsverhalten im Bundesrat informieren
– Drs 21/5423 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN:
Öffentlichkeit über Abstimmungsverhalten im Bundesrat informieren
– Drs 21/5855 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/5855 ein Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN vor. Die AfD-Fraktion möchte die Drucksache 21/5423 an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion, Sie haben es.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hamburg hält sich viel auf seine Transparenz zugute. In einigen Bereichen ist Hamburg dabei sicherlich auch Vorreiter, was ich ausgesprochen begrüßenswert finde. Aber ausgerechnet beim Abstimmungsverhalten Hamburgs im Bundesrat herrscht Geheimniskrämerei.

(*Sylvia Wowretzko SPD*: Das ist doch Quatsch!)

Das heißt, es wird nicht systematisch und vollständig veröffentlicht. Das ist deshalb erstaunlich, weil sich in den vergangenen Jahren immer mehr Länder entschlossen haben, ihr Abstimmungsverhalten gänzlich offenzulegen. Komplett tun das Bay-

(Dr. Jörn Kruse)

ern, Bremen, Saarland und Baden-Württemberg und teilweise Sachsen und, zumindest gegenüber den Abgeordneten, Nordrhein-Westfalen. Insbesondere die rot-grüne Regierung in Bremen ist Hamburg bezüglich der Transparenz ihrer Bundespolitik weit voraus. In vielen Fällen ist das von großem Interesse für die Öffentlichkeit, und zwar nicht nur bei so koalitionsheiklen Themen wie die Einstufung von Tunesien, Marokko, Algerien als sichere Herkunftsstaaten. Wir alle erinnern uns noch an die Diskussion, die wir hier geführt haben, und an das Rumgeeiere der Koalitionsfraktionen in dieser Angelegenheit. Es wäre also in jedem Fall hilfreich, dass wir das systematisch erfahren. Der von allen geforderte Anspruch auf weitgehende politische Transparenz von Parlaments- oder Regierungsentscheidungen sollte auch in Hamburg konsequent umgesetzt werden. Hierzu gehört auch und vor allem die Veröffentlichung des Hamburger Abstimmungsverhaltens zu den einzelnen Vorlagen im Bundesrat. Deshalb haben wir in unserem Antrag gefordert:

"Die Bürgerschaft möge beschließen, der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird zukünftig sein Abstimmungsverhalten zu jedem einzelnen Beratungsgegenstand im Bundesrat kurzfristig nach der jeweiligen Bundesratsitzung gegenüber den Medien kommunizieren und gleichzeitig den Medienauftritt des Senats veröffentlichen."

– Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Schönen Dank, Herr Professor Kruse. – Herr Steinbiß von der SPD-Fraktion, Sie haben nun das Wort.

Olaf Steinbiß SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, ich kann meinen Redebeitrag relativ kurz halten. So ein Antrag passt wieder einmal ins Gefüge der AfD, vor allem, weil wir wissen, was dahintersteht: Es wird so getan, als würde irgendetwas vertuscht

(Dr. Bernd Baumann AfD: Das machen andere Länder doch auch!)

oder als hätten wir keine Transparenz. Sieht man sich einmal die gelebte Praxis im Bundesrat an, so gibt es jedes Mal doch schon vor der Sitzung eine Pressemitteilung der Landesvertretung, aus der deutlich hervorgeht, wie im Einzelnen abgestimmt wird. Darüber hinaus sind die Sitzungen öffentlich, jeder kann zuschauen, das Fernsehen ist anwesend,

(Dr. Monika Schaal SPD: Phönix!)

und meistens gibt es sogar schon am Tag nach der Sitzung eine Zusammenfassung, die alle Fraktionsvorsitzenden höchstwahrscheinlich per Post

zugestellt bekommen, in der Punkt für Punkt genau steht, was im Einzelnen abgestimmt worden ist. Insofern ist mit aller Deutlichkeit dargelegt, wie Hamburg abgestimmt hat.

Sie sprachen zu Recht an, dass Hamburg in Sachen Transparenz Vorreiter ist. Gerade vor diesem Hintergrund wollen wir uns mit unserem Zusatzantrag dem nicht verschließen und sagen, dann wird eben noch ein bisschen mehr öffentlich als ohnehin schon gemacht wird. Im Internet können Sie übrigens immer verfolgen, wie im Einzelnen abgestimmt wurde. Aber wir verschärfen das jetzt noch etwas. Deshalb haben wir unseren Zusatzantrag gestellt, für den ich Sie um Ihre Zustimmung bitte. – Besten Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Steinbiß. – Herr Seelmaecker von der CDU-Fraktion, Sie haben das Wort.

Richard Seelmaecker CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Auch ich kann es kurz machen. Wir schließen uns dem Zusatzantrag an. Er ist richtig und gut und nicht nur ausreichend, sondern tatsächlich auch besser, denn er bringt zum einen die Transparenz, die dieser Antrag letztlich gewährleisten will, und auf der anderen Seite setzt er auch die richtigen Schwerpunkte. Wen es interessiert, der kann die Bundesratssitzungen im Internet oder live verfolgen. Es ist richtig, dass Schwerpunkte gesetzt werden und dabei die hamburgrelevanten Dinge betont werden. Damit erzielt man viel mehr Medienwirksamkeit als mit einem großen Katalog, in dem vieles aufgeführt ist, was letztlich kaum relevant ist. Insofern ist der Antrag von einer Unschärfe gekennzeichnet, denn darin ist die Rede von Entscheidungen. In Wirklichkeit haben Sie Zustimmungsgesetze, Einspruchsgesetze, Entschließungen – all das sind unterschiedliche Dinge –, Sie haben auch die Mitwirkung beim Richterwahlausschuss beziehungsweise bei der Wahl der Bundesrichter. Das sind also viele Dinge, bei denen Schwerpunkte zu setzen sind; das ist nichts Neues. Ich fand es toll, denn der Antrag entspricht dem Antrag, den die LINKEN in der Bremer Bürgerschaft eingereicht haben.

(Beifall bei Martin Dolzer DIE LINKE)

Da sind wir wieder einmal bei einer Einigkeit zwischen ganz rechts und ganz links, ganz erstaunlich, aber es ist so.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Insofern hat der Antrag sogar etwas Gutes, denn er hat mir zweierlei Dinge noch einmal klar aufgezeigt: erstens, dass es eine unserer wichtigen Aufgaben ist, die Politik zu transportieren. Wir können sie aber nur transportieren, wenn wir bei den wesentlichen Dingen anwesend sind, beispielsweise

(Richard Seelmaecker)

gestern im Justizausschuss, wo wir den Haushalt beraten haben. Es wundert mich, dass lediglich Frau Oelschläger einmal kurz vorbeigeschaut und sich hinten in den Zuschauerraum gesetzt hat, ansonsten aber keiner von der AfD an den Haushaltsberatungen, dem ureigenen Recht des Parlaments, wo wir Einfluss nehmen können, teilgenommen hat. Da müssen wir sein, darum müssen wir uns kümmern, da müssen wir Anträge stellen, da müssen wir fragen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Der zweite Denkanstoß, den mir der Antrag auf den Weg gegeben hat, ist, dass wir uns durchaus überlegen müssen, was wir letztlich besser machen können. Das ist in der Tat ähnlich, wie es Nordrhein-Westfalen macht und wie wir es hier mit den Vorlagen, die europarechtliche Relevanz haben, machen. Wir können uns überlegen, ob wir eine Konkretisierung der Erweiterungen vornehmen, also das, was in Artikel 31 unserer Verfassung steht, indem man nämlich festlegt, ab wann uns der Senat über wesentliche Dingen, die er entscheidet, informieren muss. Wir wollen diese Informationen nicht in letzter Sekunde, sondern gestaffelt bekommen. Das haben die Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen weise und schlau gemacht, und ich glaube, darum müssen auch wir uns kümmern. Das ist aber etwas anderes als zu sagen, wir setzen alle Informationen, die es gibt, ins Internet und produzieren Papier, das in Wirklichkeit keiner braucht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Seelmaecker. – Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben das Wort.

Farid Müller GRÜNE:* Die GRÜNE Fraktion stimmt Herrn Steinbiss voll und ganz zu. Wir wollen noch öffentlicher machen, was schon längst öffentlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Müller. – Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben jetzt das Wort.

Martin Dolzer DIE LINKE: Zehn Minuten haben wir noch.

(*Farid Müller GRÜNE:* Aber ohne Metaebene heute!)

– Doch, die Metaebene wird auch bedient.

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Wie bereits Herr Seelmaecker gesagt hat, ist der Antrag der AfD in weiten Teilen vom Antrag unserer Kolle-

ginnen und Kollegen aus Bremen abgeschrieben, nur dass Letzterer wesentlich klarer formuliert war. Die Intention, wie sie Herr Kruse in seinem Beitrag in einem einzigen Beispiel deutlich gemacht hat, die Drittstaatenregelung Tunesien, Marokko, Algerien, ist eine völlig andere. Genau aus diesen und drei weiteren Gründen, die ich noch aufzählen werde, werden wir dem Zusatzantrag von Rot-Grün zustimmen und Ihren AfD-Antrag ablehnen.

Würde die AfD wirklich Transparenz wollen – auch darauf ist Herr Seelmaecker kurz eingegangen –, gäbe es ganz andere Möglichkeiten. In Thüringen zum Beispiel ist es so, dass ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt, nämlich Bundsratsangelegenheiten, im Europaausschuss debattiert wird. Herr Wolf als Vorsitzender des Europaausschusses und der AfD könnte im Europaausschuss für mehr Transparenz über das Vorgehen im Bundesrat, der Bundesregierung oder der EU-Kommission sorgen. Er tut aber immer das Gegenteil. Immer wenn wir versuchen, in irgendeiner Form Transparenz einzufordern, stimmt er dagegen. Das zeigt ein riesengroßes Problem mit der AfD auf. Die AfD betreibt rechtspopulistischen Mumpitz im Parlament, und zwar zielgerichtet, indem sie unsere Bürgerschaft als Bühne nutzt und in den Ausschüssen, wo wirklich Arbeit notwendig wäre, nicht anwesend ist. Herr Seelmaecker, in diesem Punkt stimme ich hundertprozentig mit Ihnen überein: Wieso ist in einer Haushaltsberatung der Vertreter des Justizausschusses nicht dabei? Wie kann man im Europaausschuss gegen Transparenz agieren und gleichzeitig hier Transparenz einfordern? Das sehe ich als höchst problematisch an.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das zeigt mir etwas. Es gab, gestartet 1964, eine fürchterliche Law-and-Order-Sendung: "Vorsicht Falle – Nepper, Schlepper, Bauernfänger." Ich bin nicht bauernfeindlich, aber wenn ich mir die Politik der AfD vor Augen führe, kann ich Sie, liebe Hamburgerinnen und Hamburger, nur warnen. Fallen Sie nicht auf diesen Mumpitz rein. Die AfD stellt auf der Theaterbühne der Hamburgischen Bürgerschaft irgendwelche Anträge, in denen sie vorgibt, die kleinen Leute zu bedienen. In Wirklichkeit aber vertritt sie völlig andere Interessen, nämlich die von nationalistischen Kapitalvertretern und nationalistischen Militärs. Das ist aus vielen ihrer hier eingereichten Anträge deutlich geworden.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch etwas zu Ihnen, Herr Seelmaecker: Sie sagten, die AfD und die LINKE hätten darin eine Übereinstimmung. Nein, das stimmt nicht.

(Glocke)

Wir stehen wirklich für Demokratie und Transparenz, während die AfD dies nur vorgibt.

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Herr Dolzer, würden Sie bitte kurz aufhören? Ich möchte Ihnen Ruhe verschaffen und das Haus bitten, ein bisschen leiser zu sein. – Danke, Sie können fortfahren.

Martin Dolzer DIE LINKE (fortfahrend): Ich wiederhole das gern noch einmal: Wir setzen uns wirklich für Demokratie und Transparenz ein. Der Antrag unserer Fraktion ist in Bremen mit einer großen Mehrheit, auch von der Regierungskoalition, umgesetzt worden; selbst die Opposition hat, glaube ich, in der Bremer Bürgerschaft zugestimmt. Auch in den Ausschüssen und in der Gesellschaft setzen wir eine derartige Politik um.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein* FDP: Hammerhart!)

Die AfD spiegelt das vor. In letzter Zeit hat sie ein bisschen die Praxis der Front National

(*André Trepoll* CDU: Nun ist aber gut!)

angenommen und versucht, linke Themen zu adaptieren, sie populistisch nach rechts zu wenden, um die Wählerinnen und Wähler im Sinne Nepper, Schlepper, Bauernfänger anzulocken. Darauf fallen wir nicht rein. Deshalb werden wir keinem Antrag der AfD hier zustimmen.

Ich zitiere einmal etwas von Charlotte Knobloch, der Präsidentin des Zentralrats der Juden, das sie zur Wahl in Mecklenburg-Vorpommern gesagt hat.

(*André Trepoll* CDU: Das gehört jetzt aber nicht dazu!)

– Das gehört dazu und ist ein Grund dafür, dass wir jeden Antrag der AfD ablehnen und die CDU dazu auffordern,

(Zurufe von der CDU: Zur Sache!)

viele Vorgaben der AfD, insbesondere ausländerfeindliche, abzulehnen, um der AfD keinen Nährboden zu verschaffen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Herr Dolzer! Wenn ich mit der Glocke bimmele, möchte ich Sie wirklich bitten, kurz zu unterbrechen, und zur Sache zu kommen.

Martin Dolzer DIE LINKE (fortfahrend): Aus den von mir aufgezählten Gründen lehnen wir diesen Antrag ab. Ich ende mit einem Zitat von Charlotte Knobloch, der Präsidentin des Zentralrats der Juden:

"Dass eine rechtsextreme Partei, die unverblümt widerlich gegen Minderheiten hetzt und mobilisiert, in unserem Land ungebremst aufsteigen kann, ist ein wahr gewordener Albtraum."

Dieser Antrag ist ein Teil Ihrer Politik, den wir ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Herr Dolzer, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir auch in Zitaten den parlamentarischen Sprachgebrauch wahren. – Herr Kruse von der FDP-Fraktion, Sie haben das Wort.

Michael Kruse FDP: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Inhaltlich ist vieles gesagt worden. Ich versuche einmal, etwas mehr auf das Thema einzugehen.

(*Dr. Mathias Petersen* SPD: Können Sie doch im Internet nachgucken!)

Unserer Meinung nach lautet die wichtige Fragestellung der Debatte: Ist der Senat dazu verpflichtet, künftig alle Entscheidungen öffentlich zu machen, oder entscheidet er weiterhin selbst darüber, was für ihn wichtig ist und was er kommuniziert? Wir haben uns dafür entschieden, dass alle Entscheidungen, die der Senat im Bundesrat für Hamburg trifft, öffentlich gemacht werden. Wir sind in diversen Schriftlichen Kleinen Anfragen an die Grenze gestoßen, dass der Senat sagt, er erkläre nicht, wie er abgestimmt habe, und dass er es auch im Nachgang nicht erklärt. Deswegen halten wir die Intention des Antrags für richtig. Die Veröffentlichung auf der Homepage oder wo auch immer muss man dem Senat nicht vorschreiben. Aber reduziert man den Antrag auf den Kern, so hat er ein richtiges Anliegen. Deswegen halten wir die Überweisung des Antrags für richtig und werden ihm, sofern er nicht überwiesen wird, zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Jörn Kruse* AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Kruse. – Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz der zum Teil sehr unsachlichen Ausführungen mehrerer Kollegen möchte und werde ich sachlich bleiben und den Antrag sowie den Zusatzantrag kurz analysieren.

(*Ksenija Bekeris* SPD: Muss das sein?)

Vorab: Wir haben unseren Antrag, die Öffentlichkeit über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat umfassend zu informieren, am 28. Juli 2016 eingebracht, also vor mehr als einem Monat. Die Regierungsfaktionen haben ihren Zusatzantrag heute Vormittag, mehr als einen Monat nach Einbringen

(Dr. Alexander Wolf)

unseres Antrags und nur wenige Stunden vor Beginn dieser Sitzung, eingebracht.

(Dr. Monika Schaal SPD: Das ist aber üblich!)

Trotz des späten Einbringens freuen wir uns darüber, weil wir es als Zeichen dafür sehen, dass wir augenscheinlich ein Anliegen in die parlamentarische Arbeit eingebracht haben, dem sich auch die Regierungsfaktionen nicht verschließen können. Wir befürchten dabei, dass Sie Ihren Antrag einmal mehr zu dem taktischen Zweck eingebracht haben, einem von uns, der AfD, aufgebrachtem legitimen Anliegen in der Sache zwar zuzustimmen, es aber trotzdem dabei zu vermeiden, formal einem AfD-Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der AfD)

Wir kennen das auch von anderen Fraktionen, zum Beispiel von der CDU. Darüber mögen sich die Bürger im Lande ihr eigenes Bild machen und in den Wahlen zum Ausdruck bringen. Entscheidend ist für mich rein sachlich die Frage, ob es am Ende in die richtige Richtung geht, ob es unser Land voranbringt. Ob der Zusatzantrag allerdings in die richtige Richtung geht und unser Land voranbringt, werden wir gleich, trotz der schon etwas fortgerückten Stunde, analysieren.

Zu unserem Antrag. Wir beantragen:

"Der Senat wird zukünftig sein Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Beratungsgegenständen im Bundesrat kurzfristig nach der jeweiligen Bundesratssitzung gegenüber den Medien kommunizieren und gleichzeitig auf dem Internetauftritt des Hamburger Senats veröffentlichen."

Das heißt, umfassend und ohne Einschränkungen. Das ist wichtig; darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

Wir haben uns dabei, wie bereits angemerkt wurde, an den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft vom 17. Februar 2015 angelehnt. Denn wir beurteilen, wie unser Parteivorsitzender Meuthen vor wenigen Tagen sagte, Anträge sachlich, inhaltlich und nicht in erster Linie danach, von wem sie stammen.

(Beifall bei Dr. Jörn Kruse AfD)

Die LINKE beantragte dort – Zitat –:

"Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sein Abstimmungsverhalten im Bundesrat künftig umfassend und zeitnah nach jeder Bundesratssitzung auf der entsprechenden Webseite der Senatskanzlei öffentlich zu dokumentieren".

Dieser Antrag wurde in der Bremer Bürgerschaft am 23. April einstimmig, das heißt, von allen dort

vertretenen Fraktionen, auch von der SPD und der CDU, angenommen.

(Zuruf: Hamburg muss nicht nach Bremen schauen!)

– Der Zuruf, Hamburg müsse nicht nach Bremen schauen, ist berechtigt, aber im Ausnahmefall können wir das ja einmal tun.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Herr Dr. Wolf, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Alexander Wolf AfD (fortfahrend):* Nein, ich möchte zum Ende kommen.

Vor diesem Hintergrund sind wir auf die Abstimmung über unseren Antrag, der das, was Bremen vor anderthalb Jahren beschloss, in Hamburg erreichen möchte, sehr gespannt. Und nicht nur Bremen; es klang bereits an, dass auch eine ganze Reihe anderer Bundesländer deutlich transparenter als Hamburg sind. Bayern, Baden-Württemberg oder das Saarland haben überhaupt kein Problem damit, offen und transparent zu sein.

Aber nun, das ist auch spannend und lohnt die Mühe, zur Analyse des heute kurzfristig eingereichten Antrags von SPD und GRÜNEN: In der Begründung heißt es im ersten Absatz, dass die Landesvertretung Hamburgs am Vortag der Bundesratssitzung in einer Pressemitteilung – Zitat –:

"[...] die zentralen Punkte jeder Sitzung breit vorstellt und erläutert."

Warum, fragt man sich unbefangen, nur zentrale Punkte? Wer entscheidet, was zentral ist und was nicht? Wir sind für eine ungefilterte, freie Information. Sehen wir uns doch einmal an, was in einer derartigen Pressemitteilung steht. Ich greife beispielhaft die der Bundesratssitzung vom 16. Juni 2016 heraus. Erster in der Pressemitteilung angesprochener Punkt war Tagesordnungspunkt 6, die Debatte zu den Maghreb-Staaten. Hier die entscheidende Aussage – Zitat –:

"Hamburg hat eine freie Hand bei der Abstimmung beschlossen und wird unmittelbar vor der Sitzung entscheiden, wie es votieren wird."

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Und wie hat es votiert?)

Da ist man richtig schlauer. Und danach werden weitere elf Punkte herausgegriffen – die Tagesordnung der Bundesratssitzung umfasst insgesamt 70 Punkte –, und es bleibt regelmäßig unklar, wie Hamburg votieren wird. Mit Formulierungen wie:

"Offen ist, ob die Initiative in der Sitzung eine Mehrheit erhalten wird".

(Dr. Alexander Wolf)

Sehen wir uns den zweiten Absatz der Begründung an. Der zweite Absatz des Zusatzantrags verweist darauf, dass die Bundesratssitzungen öffentlich und live sind und per Livestream verfolgt werden können. Das ist zwar richtig, aber das Abstimmungsverhalten wird für den Zuschauer deshalb nicht offenbar. Die LINKE schrieb in ihrer Pressemitteilung zur Annahme des Antrags in Bremen 2015 – Zitat –:

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Ich möchte Sie kurz unterbrechen und alle, die im Raum sind, bitten, leise zu reden, und zwar draußen. Schönen Dank. – Fahren Sie fort.

Dr. Alexander Wolf AfD (fortfahrend):* Danke. Es ist ein trockenes Thema.

"Das Abstimmungsverhalten der einzelnen Bundesländer im Bundesrat ist bislang geheim. Der Bundesrat gibt dazu keine Auskunft. Auch das Protokoll enthält zwar das Ergebnis von Abstimmungen, aber nicht, welche Länder zugestimmt haben."

Also geht auch dieser Hinweis der Begründung der Regierungsfractionen an der Sache vorbei.

Im dritten und vierten der vier Absätze wird darauf verwiesen, dass im Anschluss an die Plenarsitzungen des Bundesrats die Fraktionsvorsitzenden sowie die Staatsräte, ich verkürze ein wenig – Zitat –:

(Beifall bei *Michael Westenberger* CDU)

"[...] eine Übersicht über das Votum Hamburgs zu den zentralen Punkten der Tagesordnung erhalten und dass diese Übersicht auf Anfrage jedem Interessierten zur Verfügung gestellt wird beziehungsweise auf konkrete Nachfragen hin Auskünfte erteilt werden".

Der Antrag der Regierungsfractionen, lautet dann, dass der Senat ersucht werde,

"[...] die oben genannte Übersicht über das Votum Hamburgs zu den zentralen Punkten der Tagesordnung zu veröffentlichen."

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Augenblick, bitte, Herr Dr. Wolf. Mein letzter Appell hat offensichtlich nicht viel bewirkt. Deswegen bitte ich alle noch einmal, zu schweigen oder hinauszugehen. – Danke.

Dr. Alexander Wolf AfD (fortfahrend):* Auch hier haben wir uns die Mühe gemacht, uns die Übersicht zur Bundesratssitzung vom 17. Juni 2016 konkret anzusehen. Das Ergebnis: Es werden 17 der 70 Punkte der Tagesordnung als zentral an-

gesehen und herausgegriffen, also nicht mehr nur zwölf, wie in der Pressemitteilung vorab. Es stellt sich aber erneut die Frage, wer nach welchen Kriterien, was zentral sein sollte, entscheidet.

Weiter: Bei mehreren Punkten lässt sich das Abstimmungsverhalten Hamburgs dieser Übersicht zwar entnehmen, wenn es zum Beispiel heißt:

"Der Bundesrat hat einstimmig zugestimmt."

Oder ausdrücklich in einem anderen Tagesordnungspunkt:

"Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs beschlossen [...]"

Häufig wird in dieser Übersicht jedoch lediglich das Ergebnis der Bundesratsabstimmung mitgeteilt. Diese Übersicht ist mithin doppelt unvollständig, zum einen, weil sie sich auf zentrale Punkte beschränkt, zum anderen, weil selbst bei den Punkten, die der Senat als zentral einstuft, das Abstimmungsverhalten nur zum Teil angegeben und zum Teil weggelassen und ausgeblendet wird.

(*Wolfgang Rose* SPD: Sag einmal, geht es noch?)

Ich komme zum Fazit: Der Zusatzantrag der Regierungsfractionen verweist somit letztlich auf den Status quo, mit dem kleinen Unterschied, dass nicht nur auf Nachfrage, sondern automatisch die Sache eingestellt werden soll. Er enthält aber der Öffentlichkeit nach wie vor wesentliche Informationen vor.

Er ist eine Scheinlösung, der dem selbst gestellten hehren Anspruch von Transparenz und Offenheit geradezu Hohn spricht. Wer Transparenz und Offenheit wirklich ernst meint und nicht nur als Lippenbekenntnis im Koalitionsvertrag postuliert, kann gar nicht anders als unserem Antrag zuzustimmen. Wir sind gespannt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. – Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:*

(Zurufe)

– Nein, an Herrn Wolf und die Konsorten von der AfD gerichtet, möchte ich Ihnen einen Arbeitstipp zur Erleichterung geben. Sie finden auf unserer Homepage eine sogenannte Länderdatenbank. Darin befinden sich die Anträge der LINKEN von ganz Deutschland. Wahrscheinlich werden auch die SPD und die GRÜNEN so etwas haben, und da können Sie dann gucken, welchen Antrag Sie, wie in diesem Fall, mit Copy-and-paste für Hamburg übernehmen können. Es mag aus Ihrer Sicht ein vermeintlich geschickter Schachzug sein. Er

(Heike Sudmann)

wird aber nicht davon ablenken können, dass Sie in Hamburg weder an der parlamentarischen Arbeit noch an politischen Inhalten, die nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun haben, ein Interesse haben. Wenn Sie das machen, können Sie es immer wieder versuchen, aber es wird mit Copy-and-paste nicht besser werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst die Drucksache 21/5423 an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz überweisen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab und beginnen mit dem Antrag der AfD-Fraktion aus Drucksache 21/5423. Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN, Drucksache 21/5855. Wer stimmt diesem zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 78, Drucksache 21/5699, Antrag der CDU-Fraktion: Besserer

Schutz von Minderjährigen vor Eheschließungen im Kindes- und Jugendalter.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Besserer Schutz von Minderjährigen vor Eheschließungen im Kindes- und Jugendalter
– Drs 21/5699 –]**

Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN möchten diese Drucksache an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz überweisen. Zudem liegt vonseiten der CDU-Fraktion ein Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration vor. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass auf die Debatte verzichtet wird, und wir kommen direkt zur Abstimmung.

Wer möchte die Drucksache 21/5699 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wer schließt sich dem Überweisungsbegehren an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung beschlossen.

Wir sind zum Ende der Sitzung gekommen. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Abend.

Ende: 20.03 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Anna Gallina, Stephan Gamm, Dirk Nockemann, Milan Pein und Brigitta Schulz